



Rheinland-Pfalz

MINISTERIUM FÜR  
UMWELT, LANDWIRTSCHAFT,  
ERNÄHRUNG, WEINBAU  
UND FORSTEN

# AGRAR- UND ERNÄHRUNGSBERICHT 2013



**Herausgeber**

Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung,  
Weinbau und Forsten, Rheinland-Pfalz (MULEWF-RLP)  
Kaiser-Friedrich-Straße 1  
55116 Mainz

**Bearbeitung**

Abteilung Weinbau, Ernährung, Tierschutz und Tierhaltung  
und Abteilung Landwirtschaft und Landentwicklung des MULEWF

**Fotos:** ©lily (Fotolia), eROMAZe, StefanieMohrPhotography, Ben185 (iStockphoto)

27. August 2013



Liebe Leserinnen und Leser,

mit dem vorliegenden Bericht halten Sie erstmals den rheinland-pfälzischen „Agrar- und Ernährungsbericht“ in Händen. Er löst den „Agrarbericht“ ab und stellt den Start in eine neue Form der Berichterstattung dar.

Die Land-, Wein- und Ernährungswirtschaft in Rheinland-Pfalz steht vor einem weitreichenden Paradigmenwechsel. Lebens- und Futtermittelmärkte sind im Licht der Öffentlichkeit besonders sensible Märkte. Der Ernährungssektor ist aber auch von tiefgreifenden und langfristigen Ereignissen wie dem Klimawandel und knapper werdenden Ressourcen betroffen. Diese Ereignisse haben dazu geführt, über die Zukunft der Land- und Ernährungswirtschaft nachzudenken und nach neuen Instrumenten und Wegen zu suchen, diese Herausforderungen zu bewältigen. Dazu soll auch die Darstellung dieses für uns alle im wahrsten Sinne des Wortes lebenswichtigen Sektors beitragen. Die neue Bezeichnung „Agrar- und Ernährungsbericht“ bringt dies zum Ausdruck und stellt zugleich die strategische Bedeutung der Land- und Ernährungswirtschaft dar: qualitativ hochwertige, gesunde Nahrungsmittel zu erzeugen, in der Region für die Region, nachhaltig und ressourcenschonend, sind nach wie vor die wichtigsten Ziele unserer heimischen Landwirtschaft und unseres vielfältigen Weinbaus in den sechs Anbaugebieten sowie der Ernährungswirtschaft.

Auch im Aufbau und der Perspektive werden aufmerksame Leserinnen und Leser eine Neuausrichtung des Berichts erkennen. Künftig soll ein jährlich wechselndes Schwerpunktthema den jeweiligen Agrar- und Ernährungsbericht prägen, ohne dass wir gänzlich auf die bewährten Teile der Vergangenheit verzichten. In diesem Jahr steht die Ernährung erstmals im Fokus. Dies ist nicht nur eine Referenz an die Bezeichnung meines Ressorts, sondern ist der Landesregierung ein besonderes Anliegen: Die Gründe dafür, dass in der Ernährung umgesteuert werden muss, lassen sich in einfache Zahlen fassen: fast eine Milliarde Menschen weltweit hungern, eine knappe weitere Milliarde hat nur das Nötigste. Ebenso viele Menschen sind fehlernährt – die Kosten für die Behandlung ernährungsbedingter Krankheiten belasten das Gesundheitssystem mit Summen in Milliardenhöhe (jährlich zwei Drittel aller Krankheitskosten).

Die diesjährige „Grüne Woche Rheinland-Pfalz“ stand unter dem Motto der Landeskampagne „Rheinland-Pfalz isst besser“. Sie will das Bewusstsein für gute Lebensmittel und die Zusammenhänge zwischen Ernährung, Gesundheit und Umwelt sowie regionaler bäuerlicher Erzeugung und der Vermarktung schärfen. „Rheinland-Pfalz isst besser“ will auch die Bedeutung einer guten Ernährung in Schulen, Kitas und anderen Einrichtungen mit Gemeinschaftsverpflegung an konkreten Beispielen verdeutlichen. Die Kampagne will Wege aufzeigen, wie regionalen Produkten ein größerer Stellenwert eingeräumt werden kann und die somit zu mehr Wertschöpfung im ländlichen Raum führen.

Mir ist es wichtig, die Rolle der Land- und Ernährungswirtschaft im Zusammenhang mit ihren vor- und nachgelagerten Bereichen darzustellen. Dieser Sektor ist wichtiger als oft angenommen und kommuniziert wird. Viele der vor uns liegenden Herausforderungen wie qualitativ hochwertige Ernährung, Ernährungssicherheit, die Bewältigung des Klimawandels, der Energiewende, die Bewahrung der Artenvielfalt, ein zukunftsorientiertes Wassermanagement, der Schutz der weiteren natürlichen Lebensgrundlagen Boden und Luft, Tierschutz, eine nachhaltige Ressourcennutzung bis hin zur Entwicklung und Erhaltung attraktiver ländlicher Räume und Arbeitsplätze weisen einen engen Bezug zu einer multifunktionalen, effizienten Land- und Ernährungswirtschaft auf. Nötig ist eine nachhaltigere sowie gerechtere Agrarpolitik. Die Rolle der bäuerlichen Landwirtschaft darf es dabei nicht sein, billiger Rohstofflieferant zu sein, sondern Basis der zukünftigen Entwicklungen auf dem Land. Die Landespolitik muss die Rahmenbedingungen auf die aktuellen Herausforderungen hin neu ausrichten und die EU- und Bundesbeschlüsse in dieser Richtung beeinflussen und nutzen. Was wir ebenso benötigen, ist eine neue Wertschätzung der Lebensmittel. Wir wissen, dass wir vor gewaltigen Herausforderungen stehen, wenn wir erreichen wollen, dass dauerhaft ein gutes Leben für alle Menschen dieser einen Erde möglich wird. Der Land- und Ernährungswirtschaft kommt dabei die Schlüsselrolle zu. Nicht nur, weil sie Lebensmittel in ausreichender Menge und guter Qualität bereitstellen muss, sondern weil ihre Produktion einen maßgeblichen Einfluss auf die Nutzung der Ressourcen hat.

Zum Paradigmenwechsel in der öffentlichen Darstellung und Wahrnehmung der Land- und Ernährungswirtschaft ist deshalb ebenfalls ein neuer Ansatz erforderlich.



Die Zusammenhänge der zahlreichen Wirtschaftszweige müssen erfasst und ihre Bedeutung im Hinblick auf die erwähnten Herausforderungen, auf Innovation und Forschung verdeutlicht werden. Dazu wird im „Agrar- und Ernährungsbericht 2013“ erstmals der Weg beschritten, die rheinland-pfälzische Land- und Ernährungswirtschaft im Zusammenhang mit der Agrar- und Ernährungswirtschaft zu erfassen. Dieser Ansatz soll weiter ausgebaut werden.

In diesem Jahr wirft selbstverständlich die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik 2014 – 2020 ihre Schatten voraus. Ende Juni wurden die politischen Weichen nach über zweimonatigen Trilog-Verhandlungen zwischen Rat, EP und Kommission für die Zukunft der GAP ab 2014 gestellt. Das „Greening“ als flächendeckendes, auf einzelbetrieblicher Ebene ansetzendes Instrument der Ökologisierung der Landwirtschaft und der Grundsatz „Öffentliches Geld für öffentliche Güter!“ sind wichtige Bestandteile des Paradigmenwechsels der künftigen Agrarpolitik in Europa. Hier bringt sich die Landesregierung auf allen verfügbaren Wegen aktiv in die Umsetzung der Reform in Deutschland ein. Überfällig sind insbesondere bundeseinheitliche Direktzahlungen, damit die bislang bestehenden Ungerechtigkeiten endlich ein Ende haben. Ich setze mich aber auch für ein finanzstarkes ländliches Entwicklungsprogramm ein, mit dem wir die 1. Säule der GAP flankieren, eine bäuerliche, nachhaltige Land- und Weinwirtschaft auch auf dieser Schiene stützen, Natur und Umwelt in unseren vielfältigen ländlichen Räumen bewahren sowie die ländlichen Regionen unter aktiver Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger auf den demografischen Wandel vorbereiten und zukunftsorientiert gestalten. Dies alles soll in unserem neuen ländlichen „Entwicklungsprogramm Umweltmaßnahmen, Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft, Ernährung“ (EULLE) für die Jahre 2014 bis 2020 erfasst und umgesetzt werden. Hier setze ich auf Ihre aktive Mitwirkung und auf die Zusammenarbeit mit Ihnen freue ich mich!



Ulrike Höfken

Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten

**Inhaltsverzeichnis**

	Seite
<b>1. Vorwort</b>	1
<b>2. Schwerpunktthema der Landesregierung</b> Gute und nachhaltige Ernährung – Rheinland-Pfalz isst besser	6
<b>3. Agrar- und Ernährungswirtschaft Rheinland-Pfalz</b>	13
3.1 Allgemeine Situation und Funktion des Agrarsektors in der Gesamtwirtschaft und der Gesellschaft	13
3.2 Agrar- und Ernährungswirtschaft Rheinland-Pfalz	14
3.2.1 Ausgewählte Wirtschaftsbereiche des Agrarsektors und Wertschöpfungsketten	18
3.2.1.1 Einkommenssituation	19
3.2.1.2 Fortschreitender Strukturwandel in Rheinland-Pfalz	33
3.2.2 Agrarmärkte im Wirtschaftsjahr 2011/12	35
3.2.3 Vielfalt der Regionen	54
3.2.3.1 Standorte des Marktfruchtbaus in den Höhegebieten	55
3.2.3.2 Intensivstandorte der Sonderkulturen und des Ackerbaus	55
3.2.3.3 Standorte mit überwiegendem Futterbau	58
3.2.4 Ökologischer Land- und Weinbau in Rheinland-Pfalz	59
<b>4. Handlungsfelder und Strategien</b>	63
4.1 Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt	63
4.2 Biologische Vielfalt und Landschaft	66

4.3	Förderung landwirtschaftlicher Betriebe in Rheinland-Pfalz	70
4.4	Grüne Berufe, Wissenstransfer, Agrarforschung und -innovation	75
4.5	Nachhaltige und tiergerechte landwirtschaftliche Erzeugung	79
4.6	Regionalität und Ökolandbau im Trend	84
4.7	Landwirtschaft im Spannungsfeld des Klimawandels und des Klimaschutzes	90
4.8	Umweltgerechte, nachhaltige Nutzung des Bodens	92
4.9	Nachhaltige Sicherung der Biodiversität	93
4.10	Umweltgerechter, nachhaltiger Pflanzenschutz	95
4.11	Die Rolle der Landwirtschaft in der Energiewende	99
4.12	GAP – Weiterentwicklung 2014 – 2020 und ihre Umsetzung in Deutschland	103
<b>5.</b>	<b>Anhang</b>	
5.1	Tabellen und Übersichten	122
5.2	Literatur- und Quellenverzeichnis	159

## 2. Schwerpunktthema der Landesregierung

### Gute und nachhaltige Ernährung – Rheinland-Pfalz isst besser

#### Gesunde und nachhaltige Ernährung stärken

Essen ist weit mehr als gesunde Ernährung: Es ist ein Stück Kultur. Essen schafft eine Verbindung zur Region und Heimat, zur Natur und zu den Menschen, die die Lebensmittel herstellen. Gutes Essen und Trinken sind Genuss und stellen ein wichtiges Element sozialer Beziehungen in der Familie und unter Freunden dar.

Für die Ernährungspolitik in Rheinland-Pfalz ist es ein wichtiges Ziel, den Verbraucherinnen und Verbrauchern diese Zusammenhänge wieder nahe zu bringen. Dies haben die Regierungsfractionen im Koalitionsvertrag 2011 verankert und deshalb hat das Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten die Landeskampagne „Rheinland-Pfalz isst besser“ ins Leben gerufen. Denn Lebensmittel, die regional, frisch, verbrauchernah erzeugt und verarbeitet werden, sind die Basis einer gesunden, hochwertigen Ernährung. Die steigende Nachfrage nach Qualitätsprodukten aus der Region bietet Perspektiven für die heimische Landwirtschaft, das Ernährungshandwerk wie Bäcker und Metzger, den Einzelhandel sowie die Gastronomie. Mit der Ernährung können wir darüber hinaus zum Klimaschutz beitragen. Wer mehr saisonales Obst und Gemüse aus der Region, aus biologischem Anbau sowie weniger und dafür regional erzeugtes Fleisch isst, reduziert CO<sub>2</sub>-Emissionen und schont die Umwelt.

#### Kampagne „Rheinland-Pfalz isst besser“

Mit der Kampagne „Rheinland-Pfalz isst besser“ will das Ministerium den Verbraucherinnen und Verbrauchern in Rheinland-Pfalz die Bedeutung und den Wert der Lebensmittel und der Ernährung vermitteln und für die Verwendung regionaler, umweltschonender oder biologisch erzeugter Produkte werben. Die Kampagne startete auf der Internationalen Grünen Woche in Berlin im Januar 2013.

Angesichts einer dramatischen Entwicklung von Fehlernährung und ernährungsbedingten Krankheiten wie Diabetes Typ II sowie einer gigantischen Ressourcen- und



Lebensmittelverschwendung brauchen wir eine Neuausrichtung der Ernährungspolitik hin zu guten Lebensmitteln. Auch dazu soll diese Kampagne beitragen.

### **Die Bedeutung der Ernährung im Alltag**

Die aktuellen Zahlen einer Forsa-Umfrage<sup>1</sup> zeigen: Für die Hälfte aller Befragten hat das Essen einen hohen Stellenwert (55 % der Frauen und 44 % der Männer). Das heißt aber auch: Im Leben jedes zweiten Menschen in Deutschland ist Essen Nebensache.

Besonders wenig achten die jungen Erwachsenen unter 25 Jahren darauf, ob ihr Essen gesund ist. Auch Einkommen und Bildungsstand haben einen Einfluss darauf, wie gesund man isst. 74 % der Spitzenverdiener geben an, sich immer gesund zu ernähren, bei den Geringverdienern sind es 61 %. Im Bevölkerungsschnitt greifen ca. 40 % der Befragten mindestens ein- bis zweimal die Woche zu Tütensuppe oder Tiefkühlpizza.

Gleichzeitig steigt die Zahl der ernährungsbedingten Krankheiten. Ungefähr zwei Drittel der jährlichen Krankheitskosten im Gesundheitssystem werden durch ernährungsbedingte Krankheiten verursacht. Neuere Studien - auch aus Deutschland - unterstreichen, dass mit einer stärker gesundheitsfördernden Lebensweise bis zu 90 % aller Diabetes-Erkrankungen, bis zu 80 % aller Herzinfarkte und rund 50 % aller Schlaganfälle vermieden werden könnten.

### **Ernährungsbildung: Kampagnen „Schule isst besser“ und „Kita isst besser“**

Unser Essverhalten wird von frühester Kindheit an geprägt. Einmal Erlerntes und Gefestigtes kann nur mit großem Aufwand wieder geändert werden - gute Angewohnheiten genauso wie die schlechten. Ernährungsbildung hat deshalb eine Schlüssel-funktion, um mehr Wertschätzung und einen bewussteren Umgang mit Lebensmitteln zu erreichen. Deshalb ist es der Landesregierung ein wichtiges Anliegen, Angebote für Schulen, Kinder, Jugendliche und Familien zu schaffen, um einen gesunden Lebensstil von Beginn an zu fördern.

---

<sup>1</sup> Forsa-Umfrage im Auftrag der Techniker Krankenkasse, 2013 „Iss was, Deutschland?“

Das Ernährungsministerium fördert deshalb unterschiedliche Projekte wie Lehrerfortbildungen in der „**Ernährungs- und Verbraucherbildung**“ oder den „**Speiseplan-check**“, die Bewertung von Speiseplänen an Schulen durch die Vernetzungsstelle Schulverpflegung. Das Ministerium unterstützt mit der „Vernetzungsstelle Schul- und Kitaverpflegung“ die Schul- und Kitaträger bei ihrer Aufgabe, in den Ganztagschulen und Kindertagesstätten für ein gesundes und ausgewogenes Mittagessen zu sorgen.

Im Rahmen der Initiative „**Kita isst besser**“ hat die Landesregierung ein Coaching-Projekt gestartet. Das Ernährungsministerium und das Jugendministerium möchten mit diesem Projekt eine weitere Unterstützung dafür geben, dass eine gute, umfassende und nachhaltig wirkende Ernährungsbildung und eine gesundheitsförderliche Ernährung dauerhaft in allen Kitas des Landes etabliert werden. Dazu werden pro Jahr 15 Kitas von einem Coach dabei unterstützt, ein nachhaltiges Ernährungsbildungskonzept für die jeweilige Einrichtung zu entwickeln, zu etablieren und als Multiplikatoren zu wirken. Für 2013 ist geplant, den Kitas jeweils bis zu 5.000 Euro für dieses Projekt zur Verfügung zu stellen.

Einmal pro Woche erhalten 165.000 Schülerinnen und Schüler an rund 1.100 Schulen im Rahmen des Schul- und Kitaobstprogrammes eine Portion Obst oder Gemüse. Seit dem Schuljahr 2010/2011 setzt Rheinland-Pfalz das **EU-Schulobstprogramm** flächendeckend an allen Grund- und Förderschulen des Landes um. Dafür stellte das Land bisher 1,2 Mio. Euro pro Jahr zur Verfügung. Über die Ausschreibung der Lieferungen wird sichergestellt, dass die Obst- und Gemüselieferungen zu 50 % aus der Region und zu 30 % aus ökologischem Anbau stammen. Die verbindliche pädagogische Begleitung des Programms in Form von Ernährungsbildung im Unterricht wird weiter ausgebaut. Seit September 2012 wird das EU-Schulobstprogramm in Rheinland-Pfalz nach und nach auch auf Kindertagesstätten ausgeweitet. Dazu sind für 2013 1,5 Mio. Euro zusätzlich eingeplant. Ab dem 02. September 2013 erhalten über 1.400 Kindertagesstätten mit mehr als 100.000 Kindern wie die Grund- und Förderschulen einmal pro Woche eine Portion Obst oder Gemüse.

### **Lebensmittel mehr wertschätzen - Verschwendung vermeiden**

Ebenso wichtig wie eine gesunde Ernährung und die Freude an guten und frischen Lebensmitteln sind der bewusste Umgang mit Nahrungsmitteln und ihre Wertschät-

zung. Die Ernährungspolitik in Rheinland-Pfalz macht sich dafür stark, dass auch Themen wie der Schutz der Ressourcen bei der Lebensmittelherstellung und -verarbeitung und die Wertschätzung von Lebensmitteln berücksichtigt werden.

Auf allen Stufen der Lebensmittelkette werden Lebensmittel weggeworfen. In Deutschland landen jährlich insgesamt 11 Mio. Tonnen Lebensmittel im Müll. Das entspricht 275.000 Lastwagen, die einen Tross von 4.500 Kilometern Länge ergeben würden.

Das Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten Rheinland-Pfalz hat, in Kooperation mit dem Ministerium für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung und der Verbraucherzentrale Rheinland-Pfalz, einen Dialogprozess **„Dialogreihe Lebensmittel wertschätzen und weniger verschwenden“** mit Fachverbänden der verschiedenen Akteurinnen und Akteure der Lebensmittelkette angestoßen, um das Problem der Lebensmittelverluste entlang der Wertschöpfungskette aktiv anzugehen. Auf diese Weise sollen konkrete Lösungen zur Reduzierung von Lebensmittelverschwendung in den unterschiedlichen Teilbereichen der Wertschöpfungskette erarbeitet werden. Von der Ernährungsberatung an den Dienstleistungszentren Ländlicher Raum (DLR) wurde zum Thema Lebensmittelverschwendung eine interaktive Ausstellung mit Begleitheft entwickelt, die seit Februar 2013 in jedem der sechs DLR zum kostenlosen Verleih zur Verfügung steht.

### **Starke Partner für gute Ernährung**

Als Mitglied der Bundesinitiative Plattform Ernährung und Bewegung (peb) macht sich Rheinland-Pfalz seit Mai 2012 auch über die Landesgrenzen hinaus für einen gesunden Lebensstil von Kindern und Jugendlichen stark. Die Plattform Ernährung und Bewegung ist ein offenes Bündnis mit über 100 Mitgliedern aus öffentlicher Hand, Wirtschaft, Wissenschaft, Sport, Gesundheitswesen und Zivilgesellschaft.

Das Problem des Übergewichts bei Kindern und Jugendlichen hat in den letzten Jahren deutlich zugenommen. Insgesamt 15 % der Kinder und Jugendlichen zwischen 3 und 17 Jahren sind derzeit übergewichtig, ein Drittel davon sogar adipös. In Zusammenarbeit mit der peb bringt die Landesregierung ihre Aktivitäten für eine gesunde Ernährung von Kindern und Jugendlichen in einem breiten und starken Zusammen-

schluss von verschiedenen Partnern weiter voran. Mit der Initiative „Regionen mit peb“ ist die Plattform Ernährung und Bewegung bereits im Landkreis Alzey-Worms aktiv und unterstützt die Akteure vor Ort bei der Koordination ihrer Aktivitäten.

### **Qualitätsverbesserung der Ernährung im Seniorenbereich**

Ebenso setzt sich das Ministerium für die Qualitätsverbesserung der Ernährung im Seniorenbereich ein. Seit März 2012 werden über das Projekt **„Gut versorgt ins hohe Alter“** in bisher 20 regionalen Seminaren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus Pflege, Küche und Hauswirtschaft in Einrichtungen für ältere, pflegebedürftige Menschen fit gemacht für eine ausgewogene Verpflegung der Bewohnerinnen und Bewohner. Seit März 2013 wird ergänzend auch für Einrichtungen für ältere, pflegebedürftige Menschen ein Speiseplancheck angeboten. Gefördert wird das Projekt vom Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten Rheinland-Pfalz in Kooperation mit dem Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie Rheinland-Pfalz.

### **Regional und bio in der Gemeinschaftsverpflegung**

Um den Einsatz von regionalen und ökologisch erzeugten Lebensmitteln in der Außer-Haus-Verpflegung (AHV) weiter auszuweiten, hat das Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten Rheinland-Pfalz im Dezember 2012 ein Modell-Projekt gestartet. Ziel des Projekts **„Regional und Bio – Wir bitten zu Tisch“** ist es, neue Betriebskantinen oder Kantinen öffentlicher Einrichtungen (Ministerien, Krankenhäuser, Senioren- und Pflegeheime, Schulen etc.) zu gewinnen, die regionale und Bio-Produkte dauerhaft in ihr Angebot aufnehmen. Damit soll landesweit eine gesunde und nachhaltige Ernährung in der Gemeinschaftsverpflegung erreicht werden.

Weitere Informationen zur Landesinitiative „Rheinland-Pfalz isst besser“ finden Sie im Internet unter [www.rheinland-pfalz-isst-besser.de](http://www.rheinland-pfalz-isst-besser.de).

## Schwerpunkte und Instrumente der Kampagne

### „Rheinland-Pfalz isst besser“

„Rheinland-Pfalz isst besser“ ist eine gemeinsame kommunikative Plattform für Maßnahmen des Ministeriums, der nachgeordneten Behörden und von ausgewählten Partnern, die Appetit auf Qualität, Regionalität und Saisonalität wecken sollen.

Aktionsbereiche sind insbesondere die Ernährungsthemen im engeren Sinne, aber auch Agrarmarketing, Wildvermarktung, Tierschutz, Trinkwasser, gentechnikfreie Lebensmittel, sowie ausgewählte LEADER-Maßnahmen.

Tab. 1: Inhaltliche Schwerpunkte der Kampagne „Rheinland-Pfalz isst besser“

<b>Kita isst besser – Ernährungsbildung von Anfang an</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Ausweitung des Schulobstprogramms auf Kitas</li> <li>• Ausweitung der Arbeit der Vernetzungsstelle Schulverpflegung auf Kitas</li> <li>• schrittweiser Ausbau der Ernährungsbildung in Kitas</li> </ul>
<b>Schule isst besser – Gesunde Schulverpflegung ausbauen</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Unterstützung und Beratung der Schulträger durch die Vernetzungsstelle Schulverpflegung</li> <li>• Einführung des „Speiseplanchecks“ für Schulkantinen</li> <li>• Umsetzung des EU-Schulobstprogramms an allen rheinland-pfälzischen Grund- und Förderschulen seit 2010</li> <li>• Förderung von Lehrerfortbildungen in der Ernährungsbildung</li> </ul>
<b>Jung und Alt isst besser – Gesund Essen im Job und privat</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Informationsangebot der Ernährungsberatung der Dienstleistungszentren Ländlicher Raum für Verbraucher/innen</li> <li>• Beratung von Kantinenpersonal landesweit bei der Umstellung auf regionale und Bio-Produkte</li> </ul>



	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Förderung der Ernährungsberatung der Verbraucherzentrale</li> </ul>
<b>Regionale Produkte</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Unterstützung von Maßnahmen, die die Marktchancen und die Marktposition der rheinland-pfälzischen Landwirtschaft verbessern.</li> </ul>
<b>Lebensmittelwertschätzung</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Öffentlichkeits- und Informationsarbeit für mehr Wertschätzung von Lebensmitteln</li> <li>• Dialogprozess mit den Akteuren der Lebensmittelkette</li> </ul>
<b>Tierschutz</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Klare Kennzeichnung der Haltungsbedingungen bei Lebensmitteln tierischer Herkunft</li> </ul>

### Bausteine und Instrumente der Kampagne „Rheinland-Pfalz isst besser“

<b>Wort-Bild-Marke</b>	Das Logo der Kampagne ist als Wort-Bild-Marke geschützt. Dieses Logo ist kein Produktlabel, sondern ein verbindendes optisches Element für die genannten Aktionsbereiche des Ministeriums, der nachgeordneten Behörden und von ausgewählten Partnern.
<b>Internetauftritt</b>	Auf der Seite <a href="http://www.rheinland-pfalz-isst-besser.de">www.rheinland-pfalz-isst-besser.de</a> werden aktuelle Themen, Pressemeldungen, Projekte etc. eingestellt und Links zu einschlägigen Partnern geschaltet.
<b>Werbemittel</b>	Der Bedarf an Werbemitteln wird laufend aktualisiert. Zu den Werbemitteln, die als give-aways eingesetzt werden, zählen Folder, Kühlschrankmagnete, Haftnotizblöcke, Aufkleber, Samentütchen, Servietten, Schürzen. In der Planung sind Trink-Wasser-Becher, Blöcke, Kugelschreiber, T-Shirts und Kochutensilien. Roll-ups ergänzen diese Werbemittel, werden aber nicht verschenkt.

<b>Wechselausstellung</b>	Die Wechselausstellung mit Informationen und einem Gewinnspiel zu den Themen Einkauf, Lagerung und Zubereitung von Lebensmitteln wurde erstmals auf der Internationalen Grünen Woche in Berlin eingesetzt (Januar 2013), danach parallel zur Grünen Woche Rheinland-Pfalz (April 2013) im MULEWF.
<b>Kochbus</b>	Der Kochbus ist ein mobiles Kommunikationsmittel, mit dem die Botschaften und Themen der Initiative anhand entsprechender Produkte und Werbemittel zu den Leuten gebracht werden. Ausgewählte Partner können als Mitveranstalter bei Aktionen auftreten.
<b>Themenwochen</b>	Aktionstage wie die Grüne Woche Rheinland-Pfalz im Frühjahr 2013, die Sommertour der Ministerin oder die Ökotage im August 2013 können genutzt werden, um das Thema Ernährung zu platzieren und die Wertschätzung der regionalen Lebensmittel aus Rheinland-Pfalz zu steigern.

### 3. Agrar- und Ernährungswirtschaft Rheinland-Pfalz

#### 3.1 Allgemeine Situation und Funktion des Agrarsektors in der Gesamtwirtschaft und Gesellschaft

Mit rund 4,8 Mio. Beschäftigten in 755.100 Betrieben, die in der Landwirtschaft 53 Mrd. Euro, im Lebensmittelhandwerk 31 Mrd. Euro, in der Ernährungsindustrie 163 Mrd. Euro, im Lebensmittelgroßhandel 166 Mrd. Euro, im Lebensmitteleinzelhandel 200 Mrd. Euro und im Außer-Haus-Markt 70 Mrd. Euro Umsatz erwirtschaften, stellt die Lebensmittelwirtschaft einen der bedeutendsten Wirtschaftszweige in Deutschland dar und beschäftigt rund 12 Prozent aller hier Erwerbstätigen. Viele dieser Arbeitsplätze sind im ländlichen Raum angesiedelt und bilden dort eine wichtige Stütze in der regionalen Wirtschaftsstruktur. Mit derzeit ca. 305.000 Auszubildenden investiert die Branche aktiv in ihre Zukunft und in den gesamten deutschen Arbeitsmarkt. Die Lebensmittelwirtschaft ist leistungsstark und versorgt täglich über 80 Mio.

Menschen in Deutschland zuverlässig mit sicheren, hochwertigen und genussvollen Lebensmitteln. Hohe Qualität, Liefertreue und ein hervorragendes Preis-Leistungs-Verhältnis machen deutsche Lebensmittel auch auf internationalen Märkten sehr gefragt.<sup>2</sup>

Auch in Rheinland-Pfalz spielt die Lebensmittelwirtschaft eine im Verhältnis zu den vorerwähnten Zusammenhängen anteilige Rolle. Infolge der günstigen klimatischen Voraussetzungen kommt in Rheinland-Pfalz dem Sonderkulturbereich (Wein, Gemüse, Obst) eine überdurchschnittliche Bedeutung im Vergleich zur übrigen Landwirtschaft zu. Dies kommt in allen wichtigen Kennzahlen der rheinland-pfälzischen Agrarbranche zum Ausdruck.

### 3.2 Agrar- und Ernährungswirtschaft Rheinland-Pfalz

Nachhaltige und zukunftsorientierte Entwicklung und die Schaffung von Arbeitsplätzen hängen zunehmend von Exzellenz und Innovation ab, den wichtigsten Motoren für die Effizienz und Ressourcenschonung. Dieser Tatsache tragen Cluster als wesentliche Bestandteile moderner Innovationsstrategien besondere Rechnung. Cluster, wie sie die Landesregierung versteht und im Aufbau unterstützt, sind weit mehr als eine lose Zusammenführung von Unternehmen und Wissenschaftsakteuren. Sie stellen vielmehr die regionale Anhäufung und Vernetzung einer kritischen Masse von innovativen Akteuren einer gemeinsamen Wertschöpfungskette aus Unternehmen, Wissenschaft und Verwaltung dar. Von diesen Clustern in ihren spezifischen Wirtschaftsfeldern gehen Potenziale und Perspektiven aus, die weit über die jeweilige Region bzw. das Land hinausreichen. Cluster tragen dazu bei, die Transferlücke zwischen Unternehmen, Wissenschaft und Ressourcen zu schließen und damit Wissen schneller in den Markt zu bringen.

Die Entwicklung der Clusterpolitik steht zwar im Agrarbereich noch in den Anfängen, sie gewinnt jedoch an Dynamik. Clusterpolitiken werden je nach Geltungsbereich und Zielsetzung auf lokaler, regionaler oder nationaler Ebene konzipiert und umgesetzt.

<sup>2</sup> Im Jahr 2012 sind Güter der Agrar- und Ernährungswirtschaft im Wert von 60,1 Mrd. € aus Deutschland ausgeführt worden. Dies sind rd. 6 % der Gesamtexporte im Wert von 1 Billion Euro bei einem Außenhandelsaldo von knapp 160 Mrd. € Überschuss. Ein Jahr davor waren es noch 56,1 Mrd. € gewesen, was einen Anstieg um 7,0 % bedeutet. 75 % der Waren im Wert von 45,1 Mrd. € sind in die Mitgliedstaaten der EU exportiert worden. Außerhalb der Europäischen Union waren Russland (1,86 Mrd. €), die Schweiz (1,65 Mrd. €) und die USA (1,65 Mrd. €) die wichtigsten Kunden der deutschen Ernährungswirtschaft. Den größten Anteil der Ausfuhren umfassten Fleisch und Fleischerzeugnisse mit einem Ausfuhrwert von 9,0 Mrd. €, gefolgt von Milch und Milcherzeugnissen mit 8,2 Mrd. € sowie Getreide und Getreideerzeugnisse mit 7,4 Mrd. €.

Aufgabe der Politik ist es, Bestrebungen dieser Art zu erleichtern und zu ergänzen, insbesondere durch Verbesserung der Rahmenbedingungen, Förderung von Exzellenz und unternehmerischer Initiative in Forschung und Bildung, Förderung besserer Verbindungen zwischen Wirtschaft (vor allem KMU) und Forschung mit Anregungen zum gegenseitigen Lernen sowie zur EU-weiten Zusammenarbeit von Clustern. Der Begriff „Cluster“ im Zusammenhang mit der Land- und Ernährungswirtschaft stellt die Bedeutung von Landwirtschaft und Weinbau und die mit ihnen verbundenen vor- und nachgelagerten Wirtschaftsbereiche sowie der wissenschaftlichen Einrichtungen dar.<sup>3</sup>

Der Clusteransatz in der Land- und Ernährungswirtschaft erscheint besonders geeignet, der Branche zu neuem Auftrieb zu verhelfen, ihr Potential und ihre Megatrends zu erfassen, Maßnahmen der Sektorentwicklung zu erschließen und deren multifunktionale Bedeutung in der Gesamtwirtschaft sachgerecht darzustellen und verständlich zu machen. Dabei können sie auch die Bedeutung der ländlichen Räume zusätzlich betonen. Insofern stellen auch die ländlichen Entwicklungsprogramme der 2. Säule der GAP exemplarische Clusteransätze auf der Maßnahmenebene dar. Darüber hinaus können markt- oder produktspezifische Cluster je nach Standortbedingung gebildet werden.

Auch in der EU sind die Mitgliedstaaten deshalb aufgefordert, die Einbeziehung clusterpolitischer Maßnahmen in ihre nationalen Reform- und Entwicklungsprogramme im Rahmen der Partnerschaft für Wachstum und Beschäftigung fortzusetzen und jährlich über die erzielten Ergebnisse zu berichten. Dies hilft den politischen Entscheidungsträgern dabei, erfolgreiche Clusterpolitiken auf nationaler und regionaler Ebene weiter auszugestalten und zum EU-weiten Austausch von Wissen und vorbildlichen Lösungen anzuregen (auch als neuer Ansatz in der Branchenpolitik im Rahmen der GAP 2014 – 2020 anwendbar). In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, dass die neue Generation der Programme eng auf die Nationalen Reformprogramme abgestimmt ist und einen erheblichen Beitrag zu ihrer Umsetzung

---

<sup>3</sup> Der Begriff „Cluster Agrar- und Ernährungswirtschaft“ ist bislang nicht eindeutig definiert – mit daraus folgenden statistischen Problemen zur quantitativen Beschreibung und Datenerhebung. Die Europäische Beobachtungsstelle für Cluster (European Cluster Observatory) hat rund 2.000 statistisch signifikante Cluster ermittelt, definiert als regionale Konzentrationen von dicht beieinander angesiedelten Industrie- und Dienstleistungsbranchen. Daraus ergibt sich, dass 38 % der europäischen Arbeitskräfte in Unternehmen beschäftigt sind, die zu solchen Clustern, also stark räumlich konzentrierten Sektoren, gehören.

leistet. Auch in der Ernährungswirtschaft gewinnt der Cluster-Ansatz zunehmend an Bedeutung.

Gute Lebensmittel sind lebenswichtig für alle Menschen. Sie sind zugleich auch ein bedeutender Wirtschaftsfaktor. Unsere moderne Landwirtschaft ist die Basis für die Ernährungswirtschaft und die gesamte Wertschöpfungskette. Für die Qualität unserer Lebensmittel sind alle in der Kette verantwortlich. Die Ernährungswirtschaft nimmt auch in Rheinland-Pfalz eine besondere Position ein.

Die Stärken der Ernährungsbranche liegen in der Nähe zu Ballungsräumen (Rhein-Main, Rhein-Neckar und Rhein-Ruhr), einem breiten Branchenmix und dem Vorhandensein leistungsfähiger Zulieferer aller Art. Diese Standortvorteile müssen durch Produkt- und Prozessinnovationen sowie neue Marktstrategien gehalten und gefördert werden.

Zu den Akteuren der Ernährungswirtschaft in Rheinland-Pfalz gehören Unternehmen und Einrichtungen, die gemeinsam mehr als 100.000 Menschen aus den folgenden Sektoren der gesamten Ernährungs-Wertschöpfungskette beschäftigen.

- Lebensmitteleinzelhandel
- Lebensmittelgroßhandel
- Gastronomie
- Gemeinschaftsverpflegung und Catering
- Lebensmittelindustrie
- Lebensmittelhandwerk
- Lebensmitteltechnik
- Dienstleister für das Ernährungsgewerbe
- Erfassungs- und Großhandel mit Agrarprodukten sowie Unternehmen der ersten Verarbeitungsstufe
- Landwirtschaftliche und weinbauliche Produktion
- Landwirtschaftliche und weinbauliche Betriebsmittel
- Forschung und Entwicklung für alle genannten Bereiche
- Verbände und Vereine aus den jeweiligen Sektoren
- Sonstige Zulieferer für die Beteiligten der Wertschöpfungskette



Tab. 2: **Ausgewählte Bereiche des Agrar- und Ernährungssektors RLP<sup>4</sup>**

	<b>Anzahl der Betriebe</b>	<b>Anzahl der Beschäftigten</b>
<b>Vorgelagerter Bereich</b>		
Herstellung von Schädlingsbekämpfungsmitteln, Pflanzenschutz- und Desinfektionsmitteln (WZ 08: 20.2)	6	476
Herstellung von land- und forstwirtschaftlichen Maschinen (WZ 08: 28.3)	60	1.703
Großhandel mit landwirtschaftlichen Grundstoffen und lebenden Tieren (WZ 08: 46.2)	319	1.756
<b>Kernbereich</b>		
Landwirtschaft, Weinbau, Jagd und damit verbundene Tätigkeiten (WZ 08: 01)	19.200	94.200 <sup>4a)</sup>
Fischerei und Aquakultur (WZ 08: 03)	k. A.	k. A.
<b>Nachgelagerter Bereich</b>		
Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln (WZ 08: 10)	2.372	26.508
Getränkeherstellung (WZ 08: 11)	292	5.794
Tabakverarbeitung (WZ 08: 12)	3	-
Großhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren (WZ 08: 46.3)	1.068	10.548
Einzelhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren (in Verkaufsräumen) (WZ 08: 47.2)	2.669	6.611
Handwerk gesamt <sup>5</sup> (im Bezirk der Handwerkskammern Rheinland-Pfalz, Quelle: <a href="http://www.handwerk-rlp.de">www.handwerk-rlp.de</a> )	51.000	256.000 <sup>6</sup>

<sup>4</sup> Quelle: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz. Es handelt sich um sozialversicherungspflichtige Beschäftigte

<sup>4a)</sup> Voll- und Teilzeit- sowie Saisonarbeitskräfte. Die in der Landwirtschaft Tätigen leisteten knapp 37.900 Arbeitskrafteinheiten (AK).

<sup>5</sup> Quelle: Handwerkskammern in Rheinland-Pfalz, [www.handwerk-rlp.de](http://www.handwerk-rlp.de)

Tourismus / Gastgewerbe <sup>6</sup> (Quelle: DEHOGA Rheinland-Pfalz)	15.000	190.000
---	--------	---------

Die Landwirtschaft ist ein guter Kunde: Landwirte fragen viele Betriebsmittel, Investitionsgüter und Dienstleistungen nach. Es sind vor allem kleinere und mittlere Betriebe aus Handel, Handwerk und Gewerbe, die wirtschaftlich stark mit der Landwirtschaft verbunden sind. Viele Höfe nutzen darüber hinaus eine breite Palette von Dienstleistungen. Diese reichen von der Beratung in betriebswirtschaftlichen, rechtlichen und produktionstechnischen Fragen, über Wartungsarbeiten bis hin zur Tiergesundheit und Qualitätsüberwachung. Damit sind Bauern wichtige Nachfrager im industriell-gewerblichen sowie im Dienstleistungsbereich und sichern dort Tausende von Arbeitsplätzen. Die produktionsbedingten Ausgaben der deutschen Land-, Forstwirtschaft und Fischerei betragen im Jahr 2011 40,2 Mrd. Euro, wovon 8,8 Mrd. Euro auf Investitionen in Bauten und Maschinen entfallen. Zu den betriebsbedingten Ausgaben kommen u. a. die privaten Konsumausgaben der Land- und Forstwirte, die sich 2011 auf 7,1 Mrd. Euro beliefen. Umgekehrt erbringen die Landwirte zunehmend kommunale Dienste (z. B. Winterräumdienst) sowie Dienstleistungen auf dem Gebiet der Energieversorgung.

### 3.2.1 Ausgewählte Wirtschaftsbereiche des Agrarsektors und Wertschöpfungsketten

Der Ernährungssektor umfasst die gesamte Lebensmittelkette und damit alle Schritte von der Urproduktion bis zum Verbraucher: Die Landwirtschaft ist die Basis und gewinnt mit Produktionsmitteln aus den vorgelagerten Wirtschaftsbereichen die pflanzlichen und tierischen Rohstoffe, die vom Ernährungsgewerbe, also dem Handwerk und der Industrie, weiterverarbeitet werden. Hinzu kommt der Lebensmittelgroß- und -einzelhandel. Ein großes Marktangebot bietet außerdem die Außer-Haus-Verpflegung mit Gastronomie, Hotels, Imbissen, Kantinen und Catering.

Die Bruttowertschöpfung<sup>7</sup> allein von Landwirtschaft und Weinbau in Rheinland-Pfalz beträgt 2011 1,62 Mrd. Euro. Damit hat der Wirtschaftsbereich Landwirtschaft ein-

<sup>6</sup> Quelle: DEHOGA Rheinland-Pfalz

schließlich Weinbau und Forstwirtschaft 2011 in Rheinland-Pfalz nominal mit 1,6 % zur Bruttowertschöpfung des Landes beigetragen. Dieser Anteil war damit über 75 % höher als im gesamten Bundesgebiet mit 0,9 %.

In den Regionen mit intensiver Tierhaltung bzw. Wein-/ Gemüse-/ oder Obstbau ist der nominale Anteil der Landwirtschaft an der Bruttowertschöpfung deutlich höher.

Die wichtigsten Produktionsbereiche in der Wertschöpfungskette der Landwirtschaft in Rheinland-Pfalz sind: Wein mit 29,6 %, Gemüse mit 14,1 %, Milch mit 11,1 % und Getreide mit 10 %, wobei diese Top 4 - Bereiche zusammen rund 65 % der landwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung ausmachen.

Den Kern- und Kristallisationspunkt bilden die land- und weinwirtschaftlichen Betriebe, die die Ausgangsprodukte erzeugen. Sie befinden sich in einem permanenten Strukturwandel.

### 3.2.1.1 Einkommenssituation

#### **Einkommenslage in der EU-Landwirtschaft**

Das reale landwirtschaftliche Einkommen je Arbeitskraft ist nach Eurostat, dem statistischen Amt der Europäischen Union, in der EU27 im Jahr 2012 um 1,0% gestiegen, nach einem Wachstum von 8,0% im Jahr 2011. Dieser Anstieg ergibt sich aus einer Zunahme des realen landwirtschaftlichen Einkommens (+0,5%) in Verbindung mit einer Verringerung des landwirtschaftlichen Arbeitseinsatzes (-0,5%). Diese Angaben für die EU27 basieren auf Daten, welche von den nationalen Behörden der Mitgliedsstaaten bereitgestellt wurden.

Schätzungen zufolge ist zwischen 2005 und 2012 das reale landwirtschaftliche Einkommen je Arbeitskraft in der EU27 um 29,7% gestiegen, während der landwirtschaftliche Arbeitseinsatz um 20,0% fiel. Im Jahr 2012 ist die Zunahme des realen landwirtschaftlichen Einkommens in der EU27 hauptsächlich das Ergebnis einer Erhöhung des Wertes der landwirtschaftlichen Produktion zu realen Erzeugerpreisen

<sup>7</sup> Die Wertschöpfung ist ein volkswirtschaftlicher Leistungsmaßstab und stellt die Entlohnung für die Produktionsfaktoren Boden, Arbeit und Kapital dar. Die Wertschöpfung entspricht dem Wert aller produzierten Sachgüter und Dienstleistungen einer Volkswirtschaft.

(+1,8%), während reale Vorleistungskosten zunahmen (+1,6%). Schätzungen zufolge ist das reale landwirtschaftliche Einkommen je Arbeitskraft im Jahr 2012 in sechzehn Mitgliedstaaten gestiegen und in elf gesunken. Die höchsten Anstiege werden für Belgien (+30,0%), die Niederlande (+14,9%), Litauen (+13,6%) und Deutschland (+12,1%) erwartet und die größten Rückgänge für Rumänien (-16,4%), Ungarn (-15,7%) und Slowenien (-15,1%). Schätzungen zufolge stieg der Wert der landwirtschaftlichen Produktion zu Erzeugerpreisen der EU27 im Jahr 2012 um 1,8%, hauptsächlich infolge einer geringen Zunahme der realen Werte von pflanzlichen Erzeugnissen (+0,5%) und einem höheren Anstieg von tierischen Erzeugnissen (+3,8%).

Der Anstieg des Wertes von pflanzlichen Erzeugnissen ist auf die Erhöhung der realen Preise (+6,3%) zurückzuführen, welcher durch eine Abnahme des Volumens (-5,4%) ausgeglichen wurde. Das Volumen verringerte sich für die meisten Gruppen der pflanzlichen Erzeugnisse: Pflanzen und Blumen (-0,8%), frisches Gemüse (-2,0%), Zuckerrüben (-6,2%), Obst (-6,5%), Getreide (-7,3%), Ölsaaten (-7,9%) und insbesondere für Kartoffeln (-13,8%) und Wein (-15,6%). Die Preise stiegen für alle Gruppen der pflanzlichen Erzeugnisse:

Zuckerrüben (+1,2%), Pflanzen und Blumen (+1,4%), Kartoffeln (+3,2%), Obst (+4,7%), Wein (+6,2%), frisches Gemüse (+7,8%), Ölsaaten (+8,8%) und Getreide (+9,1%). Olivenöl war das einzige Produkt, welche sowohl im Volumen (+9,2%) als auch im Preis (+0,9%) einen Anstieg verzeichnete.

Die Zunahme des Wertes der tierischen Produktion ist hauptsächlich das Ergebnis einer Erhöhung der Preise (+3,9%), während das Volumen geringfügig abnahm (-0,2%). Das Volumen verringerte sich für Rinder (-2,4%), Eier (-1,8%), Schafe und Ziegen (-1,2%) und Schweine (-1,0%), erhöhte sich jedoch bei der Milchproduktion (+0,9%) und für Geflügel (+2,7%). Die Preise fielen für Milch (-5,4%) sowie Schafe und Ziegen (-1,3%), während sie für Geflügel (+1,9%), Rinder (+8,5%), Schweine (+10,2%) und am deutlichsten für Eier (+36,2%) anstiegen.

Real stiegen in der EU27 die Vorleistungskosten um 1,6%. Dies ist vor allem auf eine Zunahme der Preise (+3,2%), insbesondere für die Instandhaltung von Gebäuden (+3,5%), Futtermittel (+3,7%), Saat- und Pflanzgut (+4,7%), Energie und Schmierstoffe (+6,3%), finanzielle Mittlerdienstleistungen (+6,6%) und Dünge- und Bodenverbesserungsmittel (+6,7%) zurückzuführen.

## Einkommenslage<sup>8</sup> in Deutschland

Die Einkommenslage der landwirtschaftlichen Betriebe **in Deutschland** hat sich im Wirtschaftsjahr 2011/12 im Durchschnitt aller Rechts- und Bewirtschaftungsformen weiter verbessert. Längerfristig betrachtet erreichten die aktuellen Einkommen der landwirtschaftlichen Betriebe damit fast das Niveau des Ausnahmejahres 2007/2008. Die Betriebe erwirtschafteten im Wirtschaftsjahr 2011/12 im Durchschnitt ein Unternehmensergebnis in Höhe von 55.572 Euro. Somit verbesserten sich die Einkommen im Vergleich zum Vorjahr um 2,2 % (s. Abb. 5).<sup>9</sup>

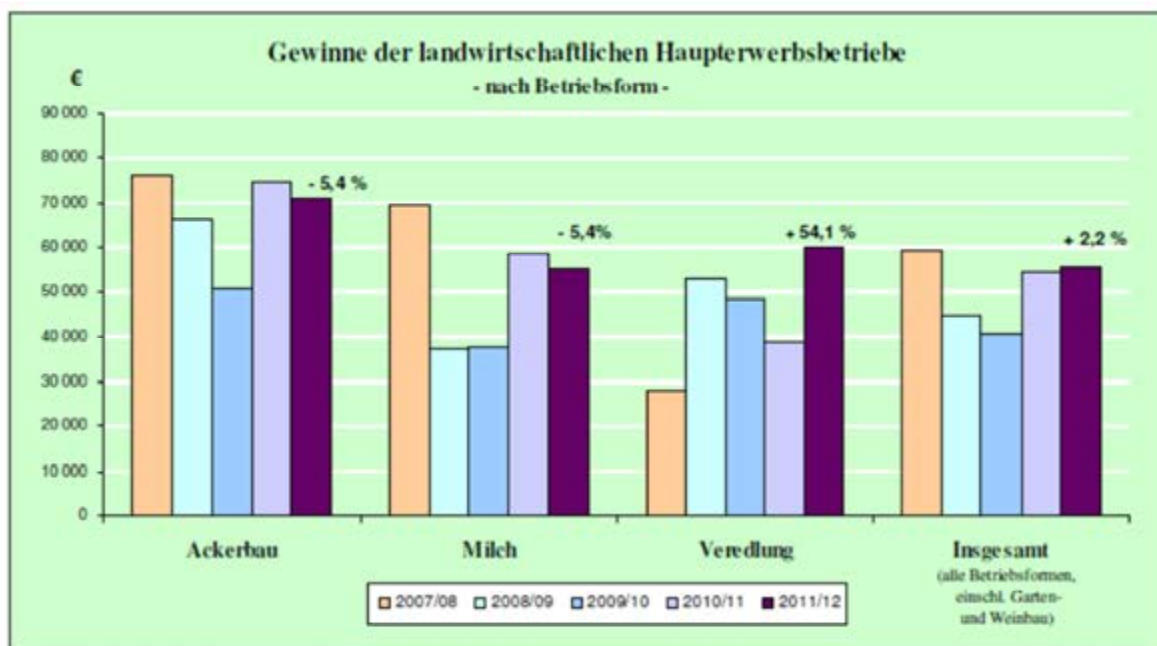


Abb. 5: Gewinne der landwirtschaftlichen Haupterwerbsbetriebe

## Gewinnentwicklung der Haupterwerbsbetriebe in Deutschland<sup>10</sup>

Die nachfolgenden Erläuterungen beruhen auf den Ergebnissen der Testbetriebe, die das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) ausgewertet und veröffentlicht hat. In die BMELV-Buchführungsauswertung für das Wirtschaftsjahr 2011/12 sind bundesweit 9.141 Betriebe eingegangen.

<sup>8</sup> Vgl. Statistisches Landesamt, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

<sup>9</sup> Quelle: BMELV, Buchführungsergebnisse, verschiedene Jg., bis 2011/12.

<sup>10</sup> Vgl. hierzu: BMELV, Die wirtschaftliche Lage der landwirtschaftlichen Betriebe 2011/12.



Zur positiven Entwicklung der Ertragslage trugen vor allem höhere Erlöse für Zuckerrüben, Schlachttiere und Milch bei. Negativ wirkten sich dagegen wie in den Vorjahren in erster Linie die gestiegenen Aufwendungen für Futtermittel, Tierzukaufe, Saatgut, Dünger, Pflanzenschutz sowie für Energie aus. Je nach Art der Betriebsform und der Spezialisierung wirkten sich die aufgeführten Faktoren unterschiedlich auf die Unternehmensergebnisse aus. Besonders betroffen von den Kostensteigerungen waren die Milchvieh haltenden **Futterbaubetriebe**.

In den **Ackerbaubetrieben** gingen das Einkommen je AK und der Gewinn je Unternehmen im Wirtschaftsjahr 2011/12 um 3,3 % auf 41.063 Euro bzw. um 5,4 % auf 70.665 Euro zurück. Die positive Entwicklung bei den Getreidepreisen reichte nicht aus, um die höheren Ausgaben für Saatgut, Dünger, Pflanzenschutz und Energie zu decken.

Die wirtschaftliche Lage hat sich im Wirtschaftsjahr 2011/12 für den Durchschnitt der **Betriebe des Gartenbaus** (Gemüse, Zierpflanzen und Baumschulen) nur wenig verändert. Dem geringen Plus beim Einkommen je AK (+1,6 % auf 23.104 Euro) stand ein leichter Rückgang (-2,9 % auf 49.473 Euro) bei den Unternehmensgewinnen gegenüber. In den verschiedenen Sparten des Gartenbaus gab es unterschiedliche Entwicklungen:

Die Betriebe mit überwiegend Gemüsebau mussten Einbußen bei den Umsatzerlösen hinnehmen. Da die betrieblichen Aufwendungen nicht in gleicher Weise gesenkt werden konnten, kam es zu einem Rückgang von 2,4 % beim Einkommen und rund 1 % beim Gewinn je Unternehmen.

Die Ertragslage der Zierpflanzenbetriebe hat sich nach dem Rückgang im letzten Jahr wieder verbessert. Das Einkommen je AK wuchs um 3,5 %, der Unternehmensgewinn stieg im Durchschnitt der Betriebe um knapp 5 %.

Wirtschaftlich positiv verlief das vergangene Wirtschaftsjahr auch für die Baumschulbetriebe. Sie konnten einen Zuwachs beim Einkommen und Unternehmensgewinn von rund 6 % bzw. 3,4 % verbuchen.

Im Durchschnitt der **Weinbaubetriebe** stiegen die Einkommen je AK im Wirtschaftsjahr 2011/12 um gut 15 % auf 27.227 Euro. Der Gewinn je Unternehmen stieg um etwa den gleichen Prozentsatz und erreichte damit 61.912 Euro. In den jeweiligen Vermarktungsformen verlief wie schon in den Vorjahren die Entwicklung uneinheitlich. Die Ertragslage der Winzergenossenschaftsbetriebe hat sich infolge einer gegenüber dem Vorjahr mengenmäßig höheren Weinmosternte 2011 deutlich verbessert. Im Durchschnitt dieser Betriebsgruppe kam es zu einem Anstieg der Einkommen je AK von fast 60 %.

Weiterhin gut verlief im Wirtschaftsjahr 2011/12 auch die Fassweinvermarktung. Eine insgesamt stetige Nachfrage auf dem Markt für Fasswein führte zu stabilen Preisen und damit zu einer Verbesserung der Einkommenssituation um gut 9 %. Nicht ganz so positiv gestaltete sich der Flaschenweinverkauf. Preis- und mengenbedingt kam es zu einem Anstieg des Gewinns plus Personalaufwand je Arbeitskraft um 5,5 %.

Für die **Obstbaubetriebe** war das Wirtschaftsjahr 2011/12 hingegen kein gutes Jahr. Gegenüber der mengenmäßig sehr kleinen Ernte 2010 stiegen die Erntemengen 2011 – insbesondere die der Äpfel, der mit Abstand umsatzstärksten Obstart – zwar wieder an, jedoch gaben die Erzeugerpreise deutlich nach. Da gleichzeitig die betrieblichen Kosten nicht gesenkt werden konnten, führte dies im Durchschnitt der Obstbaubetriebe zu einem Rückgang der Einkommen je AK um rd. 10 % auf 22.179 Euro. Die Unternehmensgewinne sanken um mehr als 26 % auf 44.310 Euro.

Mit 34.225 Euro Gewinn plus Personalaufwand je AK liegen die **Milchviehbetriebe** aktuell leicht über dem Durchschnitt aller landwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland. Obwohl der Auszahlungspreis für Milch mit 35,20 Cent/kg im Durchschnitt des Wirtschaftsjahres 2011/12 um 2,2 % höher lag als im Vorjahr, gingen die Einkommen um 3,8 % und die Unternehmensgewinne um 5,4 % auf 55.191 Euro zurück. Sie konnten damit ihr Wirtschaftsergebnis aus dem Vorjahr nicht ganz halten. Dies ist hauptsächlich auf den bereits erwähnten Anstieg der Kosten für Futter, Düngemittel, Viehzukauf und Energie sowie gestiegene Landpachtpreise zurück zu führen, der diese Betriebe besonders getroffen hat.

Ökonomisch gesehen verlief das Wirtschaftsjahr 2011/12 für die **sonstigen Futterbaubetriebe** besser. Diese Betriebsgruppe hat ihren Schwerpunkt in der Rindermast

und Rinderaufzucht. Die Milcherzeugung hat hier eine untergeordnete Bedeutung. Auch hier stiegen die betrieblichen Aufwendungen für Futter, Tierzukaufe, Düngemittel und Energie. Dieser Mehraufwand konnte jedoch durch höhere Einnahmen beim Viehverkauf und den verbesserten Milcherlösen mehr als ausgeglichen werden und führte zu einer Einkommenserhöhung je AK von 6,5 % auf 27.503 Euro. Die Unternehmensgewinne stiegen um 5,1 % auf 40.113 Euro.

Nach zwei mageren Jahren haben in den **Veredlungsbetrieben** (Schweine- und Geflügelhaltung) vor allem steigende Preise für Schlachtschweine im Wirtschaftsjahr 2011/12 zu einem deutlichen Anstieg von Einkommen (+50,6 % auf 36.440 Euro) und Gewinn (+54,1 % auf 59.895 Euro) geführt.

Die Entwicklung der Einkommen je AK und der Unternehmensgewinne verlief in den nicht spezialisierten **Gemischtbetrieben** ebenfalls im Durchschnitt positiv. In diesen Betrieben gibt es kein absolut dominierendes Produktionsverfahren, sondern nur Schwerpunkte in der Bewirtschaftung. Ausschlaggebend für die Zuwächse von 9,3 % auf 30.467 Euro beim Einkommen und 6,4 % auf 50.159 Euro beim Gewinn je Unternehmen war hier die positive Marktentwicklung beim Verkauf von Schweinen und Rindern.

### **Ökologischer Landbau**

Für das Wirtschaftsjahr 2011/12 konnte die Zahl der auswertbaren Jahresabschlüsse der ökologisch wirtschaftenden Haupterwerbsbetriebe von 363 auf 406 erhöht werden. Im Durchschnitt dieser Betriebe blieb das Einkommen (Gewinn plus Personalaufwand je AK) mit 33.501 Euro leicht unter dem des Vorjahres. Der Gewinn je Unternehmen war mit 60.559 Euro ebenfalls niedriger als im Jahr davor. Im Vergleich zu den konventionell wirtschaftenden Haupterwerbsbetrieben erzielen die Betriebe des ökologischen Landbaues etwas geringere Einkommen je AK, aber höhere Gewinne je Unternehmen (Tabelle 3).

Tab. 3: **Haupterwerbsbetriebe des ökologischen Landbaus**

2011/12 Einheit		Ökologischer Landbau	Konventionelle Betriebe
Betriebe	Zahl	406	7.463
Betriebsgröße Standard-Output (SO)	1000 €	182	215
Ldw. genutzte Fläche (LF)	ha	123,3	81,0
Vergleichswert	€/ha LF	637	679
Arbeitskräfte	AK	2,4	1,8
Viehbesatz	VE/100 ha	66	148
Weizenertrag	dt/ha	34	69
Kartoffelertrag	dt/ha	233	416
Milchleistung	kg/Kuh	5.943	7.538
Weizenpreis	€/dt	35,26	19,17
Kartoffelpreis	€/dt	29,53	9,37
Milchpreis	€/100 kg	42,48	34,78
Betriebliche Erträge	€/ha LF	2.250	3.803
dar.: Umsatzerlöse landw. Pflanzenprod.	€/ha LF	393	757
Umsatzerlöse Tierproduktion	€/ha LF	1.018	2.094
Direktzahlungen und Zuschüsse	€/ha LF	546	438
dar.: Betriebsprämie	€/ha LF	281	332
Zins-und Investitionszuschüsse	€/ha LF	17	16
Agrardieselvergütung	€/ha LF	22	30
Ausgleichszulage	€/ha LF	32	16
Zahlungen aus Agrarumweltmaßnahmen	€/ha LF	179	27
Sonstige Zahlungen	€/ha LF	16	17
Betriebliche Aufwendungen	€/ha LF	1.693	3.029
dar.: Düngemittel	€/ha LF	18	173
Pflanzenschutz	€/ha LF	3	101
Tierzukauf	€/ha LF	75	316
Futtermittel	€/ha LF	194	554
Personal	€/ha LF	163	91
Gewinn Einkommen (Gewinn plus Personal- aufwand) Veränderung gegen Vorjahr	€/ha LF	491	694
	€/Untern.	60.559 33.501	56.172
	€/AK %	-2,2	34.660 + 4,5

Den um 4,5 % gestiegenen betrieblichen Erträgen standen Aufwandssteigerungen von 6,6 % gegenüber. Die Ursachen der Veränderungen beim Aufwand sind in den ökologisch wirtschaftenden Betrieben vergleichbar mit denen der konventionellen Betriebe. Auf der Ertragsseite erzielten die ökologischen Betriebe jedoch höhere Zuwächse bei den Erlösen für Milch (+ 17,3 %) und Getreide (+ 22,0 %).

Die mehrfährige Entwicklung der Haupterwerbsbetriebe des ökologischen Landbaus zeigt eine Stabilisierung des Einkommens (Gewinn plus Personalaufwand je AK) in den letzten 2 Jahren (Tabelle 4).

Tab. 4: **Haupterwerbsbetriebe des ökologischen Landbaus (mehrfährige Entwicklung)**

2011/12 Einheit		2009/10	2010/11	2011/12
Betriebe	Zahl	371	363	406
Betriebsgröße Standard-Output (SO)	1000 €	171	175	182
Ldw. genutzte Fläche (LF)	ha	117,0	120,5	123,3
Vergleichswert	€/ha LF	645	621	637
Arbeitskräfte	AK	2,4	2,3	2,4
Viehbesatz	VE/100 ha	66,64	65,93	66,07
Weizenertrag	dt/ha	34,40	34,37	34,00
Kartoffelertrag	dt/ha	214,72	188,45	233,48
Milchleistung	kg/Kuh	5 785	5 825	5 943
Weizenpreis	€/dt	25,75	33,58	35,26
Kartoffelpreis	€/dt	30,13	46,83	29,53
Milchpreis	€/100 kg	37,74	41,04	42,48
Betriebliche Erträge	€/ha LF	1 992	2 153	2 250
dar.: Umsatzerlöse landw. Pflanzenprod.	€/ha LF	356	385	393
Umsatzerlöse Tierproduktion	€/ha LF	842	932	1 018
Direktzahlungen und Zuschüsse	€/ha LF	537	553	546
dar.: Betriebsprämie	€/ha LF	279	281	281
Zins- und Investitionszuschüsse	€/ha LF	15	24	17
Agrardieselvergütung	€/ha LF	20	18	22
Ausgleichszulage	€/ha LF	30	34	32
Zahlungen aus Agrarumweltmaßnahmen	€/ha LF	175	180	179
Sonstige Zahlungen	€/ha LF	19	16	16
Betriebliche Aufwendungen	€/ha LF	1 537	1 589	1 693
dar.: Düngemittel	€/ha LF	16	16	18
Pflanzenschutz	€/ha LF	2	2	3
Tierzukauf	€/ha LF	54	69	75
Futtermittel	€/ha LF	129	176	194
Personal	€/ha LF	159	162	163
Gewinn Einkommen (Gewinn plus Personalaufwand)	€/ha LF	400	504	491
Veränderung gegen Vorjahr	€/Untern.	46.758	60.736	60.559
	€/AK %	27.704 -16,3	34.237 +23,6	33.501 -2,2

Tab. 5:

### Gewinn und Einkommen der landwirtschaftlichen Haupterwerbsbetriebe nach Betriebsformen

- 2011/12 -

Betriebsform	Anteil der Betriebe in %	Gewinn je Unternehmen		Gewinn plus Personalaufwand je AK	
		€	Veränderung gegen Vorjahr in %	€	Veränderung gegen Vorjahr in %
Ackerbau	15,1	70 665	- 5,4	41 063	- 3,3
Gartenbau	5,1	49 473	- 2,9	23 104	+ 1,6
Dauerkulturen <sup>1)</sup>	6,2	55 412	+ 2,1	25 036	+ 5,2
Weinbau	4,2	61 912	+15,4	27 227	+15,1
Obstbau	1,6	44 310	-26,3	22 179	-10,2
Futterbau	46,4	52 184	- 3,9	32 964	- 2,2
Milch	37,2	55 191	- 5,4	34 225	- 3,8
Sonstiger Futterbau	9,3	40 113	+ 5,1	27 503	+ 6,5
Veredlung	11,1	59 895	+54,1	36 440	+50,6
Gemischt (Verbund)	16,1	50 159	+ 6,4	30 467	+ 9,3
Pflanzenbauverbund	1,3	55 596	- 0,8	24 995	+ 8,7
Viehhaltungsverbund	4,7	49 198	+19,9	30 784	+22,5
Pflanzenbau-Viehhaltung	10,1	49 900	+ 2,4	31 546	+ 3,7
Insgesamt	100	55 572	+ 2,2	32 142	+ 4,0

1) Einschließlich sonstige Dauerkulturen.

Einen Überblick über den Gewinn je Unternehmen und deren Einkommen in den Ländern geben die nachstehende Übersicht sowie die Grafik zu den Einkommen je AK. In Rheinland-Pfalz beträgt der Stundenlohn 7,23 €.

Tab. 6:

### Gewinn und Einkommen der landwirtschaftlichen Haupterwerbsbetriebe nach Ländern

- 2011/12 -

Land	Anteil der Betriebe in %	Gewinn je Unternehmen		Gewinn plus Personalaufwand je AK	
		€	Veränderung gegen Vorjahr in %	€	Veränderung gegen Vorjahr in %
Schleswig-Holstein	6,1	54 036	- 17,8	35 132	- 10,9
Niedersachsen	19,2	64 427	+ 9,1	37 991	+ 9,8
Nordrhein-Westfalen	13,6	60 937	+ 7,4	35 222	+ 8,4
Hessen	4,4	46 781	- 11,1	28 321	- 7,3
Rheinland-Pfalz	6,7	58 498	- 8,8	26 034	- 7,4
Baden-Württemberg	12,5	47 723	+ 3,9	28 075	+ 8,9
Bayern	30,8	49 586	+ 4,5	30 912	+ 5,5
Saarland	0,3	46 683	- 12,8	27 038	- 8,2
Brandenburg	1,3	53 261	+ 0,0	24 628	- 4,2
Mecklenburg-Vorpommern	1,2	56 056	- 32,9	30 915	- 17,9
Sachsen	1,4	62 647	+ 23,6	30 309	+ 18,7
Sachsen-Anhalt	1,3	102 644	+ 18,5	42 448	+ 12,9
Thüringen	0,8	59 224	+ 22,6	31 909	+ 20,7
<b>Deutschland</b>	<b>100</b>	<b>55 572</b>	<b>+ 2,2</b>	<b>32 142</b>	<b>+ 4,0</b>





Abb. 6: Gewinn landwirtschaftlicher Haupterwerbsbetriebe nach Bundesländern

### Eigenkapitalveränderung der landwirtschaftlichen Haupterwerbsbetriebe in Deutschland im Wirtschaftsjahr 2011/12

Die Eigenkapitalentwicklung ist ein wichtiger Maßstab zur Beurteilung der Existenz- und Entwicklungsfähigkeit landwirtschaftlicher Betriebe. Die Eigenkapitalbildung war im Wirtschaftsjahr 2011/12 im Durchschnitt der Haupterwerbsbetriebe mit 12.125 Euro je Unternehmen größer als in den drei Vorjahren. Die Ackerbau-, Veredlungs- und Pflanzenbauverbundbetriebe aus der Gruppe der Gemischtbetriebe sowie die Weinbaubetriebe hatten die höchste Eigenkapitalbildung. Die Betriebsgröße hatte auch 2011/12 erhebliche Auswirkungen auf die Fähigkeit der Betriebe, Eigenkapital zu bilden: Kleinere und mittlere Betriebe bilden im Durchschnitt deutlich weniger Eigenkapital als größere Betriebe.

### Einkommenslage in Rheinland-Pfalz

#### Gewinnentwicklung der Haupterwerbsbetriebe in Rheinland-Pfalz<sup>11</sup>

Rheinland-Pfalz war mit 904 Betrieben an der Auswertung des BMELV-Testbetriebsnetzes (von insgesamt 9.141 Betrieben), das den Agrarsektor auf der betrieblichen Ebene repräsentativ beteiligt. Die Betriebe hatten insgesamt einen Gewinnrückgang von 64.131 auf 58.498 Euro bzw. ein Minus von 8,8 % zu verzeichnen. Beim Einkommen bzw. Gewinn plus Personalaufwand je AK fiel das Minus mit 7,4 % nur wenig geringer aus. Im Länder-Ranking fiel Rheinland-Pfalz hier auf den vorletz-

<sup>11</sup> Quelle: BMELV; Buchführungsergebnisse 2009/10 und 2010/2011.



ten Platz vor Brandenburg zurück. Wirtschaftlich betrachtet war 2011/2012 für die rheinland-pfälzischen Betriebe somit kein besonders erfolgreiches Jahr. Eine besondere ökonomische Bedeutung kommt den staatlichen Transferzahlungen – den sog. Betriebsprämien aus der 1. Säule der GAP – zu, ohne die die Betriebe noch größere existenzielle Probleme hätten. Einzig der Weinbau bildet hier eine Ausnahme.

In den einzelnen Betriebsformen wurden folgende Ergebnisse erzielt:

Die auf den **Weinbau** ausgerichteten Dauerkulturbetriebe verzeichneten erneut eine weitere Verbesserung ihres Unternehmensergebnisses von 64.210 auf 70.399 Euro (+10 %).

Die Unternehmensgewinne auf **Milchvieh spezialisierter Futterbaubetriebe** sanken um knapp 20 % auf 53.829 Euro und somit überdurchschnittlich im Vergleich zum Bundesdurchschnitt. Die Ursachen liegen im Wesentlichen an denselben Faktoren wie sie oben bereits erwähnt wurden.

Bei den **Veredlungsbetrieben** verbesserte sich das Unternehmensergebnis mit 50.084 Euro um ca. 37 %.

Die **Ackerbaubetriebe** in Rheinland-Pfalz haben den größten Einbruch hinnehmen müssen. Mit 47.552 Euro gegenüber dem vorausgegangenen Wirtschaftsjahr (73.556 Euro) stellt dies einen Rückgang um mehr als 35 % dar.

Mit einem durchschnittlichen Gewinn von 58.498 Euro je Haupterwerbsbetrieb erreichten die rheinland-pfälzischen Betriebe zwar nicht das Ergebnis des Vorjahres von 64.131 Euro, jedoch lag dieses Resultat über dem Bundesdurchschnitt (55.572 Euro). Der Vergleich zu den Vorjahren zeigt deutlich den Einfluss, den volatile Agrarmärkte mit stärkeren Preisschwankungen auf die Unternehmensergebnisse haben.

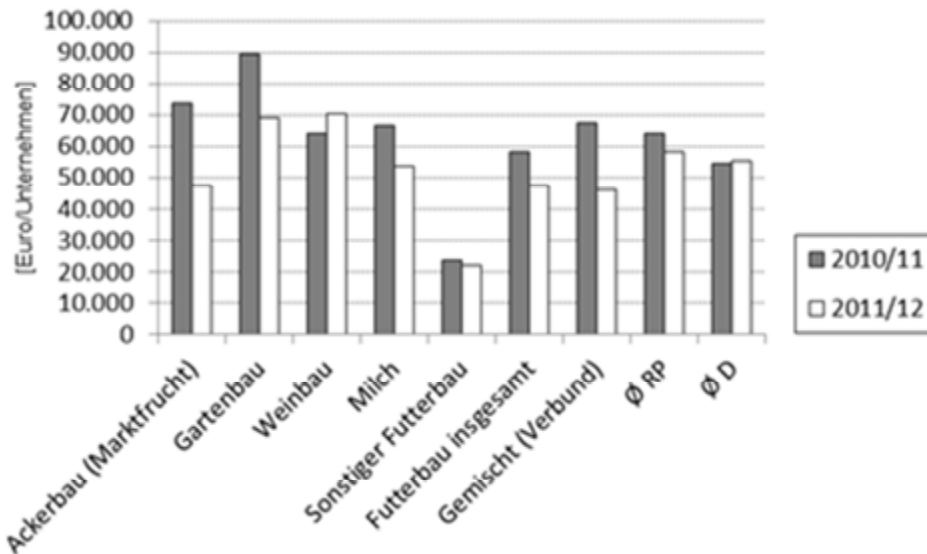


Abb. 7: Vergleich der Betriebsergebnisse (Gewinn/Unternehmen) der landwirtschaftlichen Haupterwerbsbetriebe in Rheinland-Pfalz nach Betriebsformen (2010/11 und 2011/12)

### Direktzahlungen und Zuschüsse

In den Buchführungsergebnissen sind auch unternehmensbezogene Direktzahlungen und Zuschüsse enthalten, die einen bedeutenden Anteil der betrieblichen Erträge landwirtschaftlicher Unternehmen darstellen.

Der Anteil der Direktzahlungen am Gewinn ist abhängig von der Betriebsform. Er beträgt zwischen 50 % in den intensiv bewirtschafteten Milchviehbetrieben und über 90 % in den extensiv bewirtschafteten Mutterkuhbetrieben.

Der größte Beitrag stammt aus den EU-Direktzahlungen (1. Säule), insbesondere aus der Betriebsprämie. Hinzu kommen die aus dem Bundeshaushalt finanzierte Agrardieselvergütung, die von der EU im Rahmen der 2. Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik und der nationalen Kofinanzierung von Bund und Ländern im Rahmen der GAK (Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“; Einzelheiten zur Förderung und den eingesetzten Haushaltsmitteln enthalten die jährlichen Rahmenpläne dieser Gemeinschaftsaufgabe) gewährten Zuschüsse für einzelbetriebliche Investitionen, die Ausgleichszulage für benachteiligte Gebiete sowie Zahlungen aus Agrarumweltmaßnahmen.

Neben den unternehmensbezogenen Zahlungen erhalten selbstständige Landwirte auch personenbezogene Einkommensübertragungen. Diese nach persönlichen Kriterien gezahlten Einkommensübertragungen aus öffentlichen Mitteln und aus der Sozialversicherung (z. B. Beitragszuschüsse, Renten, Kindergeld) gehen nicht in die Gewinn- und Verlustrechnung des Unternehmens ein.

In den landwirtschaftlichen Betrieben des BMELV-Testbetriebsnetzes<sup>12</sup> (Betriebe ab 25.000 Euro SO (= Betriebsgröße Standard-Output)) betragen die unternehmensbezogenen Direktzahlungen und Zuschüsse im Wirtschaftsjahr 2011/12 durchschnittlich 35.191 Euro je Unternehmen. Die Direktzahlungen machten 12,3 % der betrieblichen Erträge aus. Gegenüber dem Vorjahr haben sich die Zahlungen insgesamt nur wenig verändert.

Die juristischen Personen in den neuen Ländern wiesen im Vergleich zu den Haupterwerbsbetrieben aufgrund ihrer größeren Produktionskapazitäten (Flächenausstattung) wesentlich höhere Zahlungen je Unternehmen auf. Je AK waren die Zahlungen um rund 36 % höher als im Durchschnitt aller Betriebe. Der Anteil der Zahlungen an den betrieblichen Erträgen war ebenfalls größer. Diese Unterschiede sind dadurch bedingt, dass die juristischen Personen stärker auf flächenstarke Produktionszweige – insbesondere auf reinen Ackerbau - ausgerichtet waren, die als Bemessungsgrundlage für die Ermittlung der Zahlungsansprüche im Rahmen der Betriebsprämienregelung dienten.

Für die Haupterwerbsbetriebe zeigen sich nach Betriebsform und Region deutliche Unterschiede in der Höhe der unternehmensbezogenen Zahlungen. Die Abweichungen sind darauf zurückzuführen, dass der Anteil der Direktzahlungen an den betrieblichen Erträgen in den einzelnen Produktbereichen sehr unterschiedlich ist.

Regionale Unterschiede sind z. T. auch durch unterschiedliche Ausgestaltung der Ausgleichszulage in benachteiligten Gebieten und der Agrarumweltmaßnahmen in den Ländern sowie die regional unterschiedlichen Direktzahlungen aus der 1. Säule der GAP bedingt.

---

<sup>12</sup> Das Testbetriebsnetz beruht auf freiwillig bereitgestellten Buchführungsergebnissen landwirtschaftlicher Betriebe, die den Sektor repräsentieren.

Tab. 7:

### Unternehmensbezogene Direktzahlungen und Zuschüsse in den landwirtschaftlichen Betrieben

- Ergebnisse des Testbetriebsnetzes 2011/12 -

	Klein- und Nebenerwerb	Haupterwerb				Juristische Personen	Insgesamt
		Kleinere	Mittlere	Größere	Zusammen		
		Deutschland					
Strukturdaten							
Betriebe Anteil %	25,5	21,8	31,9	19,1	72,9	1,7	100
Betriebsgröße Standard-Output (SO) 1 000 €	43,5	76,2	166,0	455,2	215,0	2 061,8	201,9
Ldw. genutzte Fläche (LF) ha	27,4	38,2	65,9	127,1	73,7	1 152,9	79,8
Arbeitskräfte (AK)	1,0	1,4	1,9	3,2	2,1	21,4	2,1
€/Unternehmen							
EU-Direktzahlungen	8 793	12 341	21 831	42 179	24 329	356 747	25 883
Zins- und Investitionszuschüsse	78	354	1 240	2 443	1 290	24 214	1 362
Agrardieselvergütung	674	1 003	1 903	3 963	2 174	29 194	2 240
Ausgleichszulage	855	1 336	1 443	894	1 267	16 415	1 413
Zahlungen aus Agrarumweltmaßnahmen	1 954	2 591	2 936	3 134	2 885	35 835	3 194
sonstige Zahlungen	304	579	965	1 691	1 040	15 885	1 099
Zahlungen insgesamt							
€/Unternehmen	12 659	18 204	30 318	54 304	32 985	478 289	35 191
€/ha LF	463	476	460	427	448	415	441
€/AK	13 120	12 655	16 089	16 850	15 692	22 401	16 509
in % der betrieblichen Erträge	17,0	15,4	12,3	9,1	11,0	16,2	12,3
Einkommen (Gewinn plus Personalaufwand) €/AK	14 850	21 074	31 614	38 293	32 142	34 623	30 561
Anteil der Zahlungen insgesamt am Einkommen in %	88,3	60,0	50,9	44,0	48,8	64,7	54,0

In den benachteiligten Gebieten erhielten die Haupterwerbsbetriebe einschließlich der Ausgleichszulage unternehmensbezogene Zahlungen von insgesamt 35.130 Euro je Unternehmen bzw. 493 Euro je ha LF. Die Ausgleichszulage machte in diesen Betrieben mit 3.151 Euro 9 % der gesamten unternehmensbezogenen Zahlungen aus. In Rheinland-Pfalz betrug die Ausgleichszulage durchschnittlich 2.200 Euro pro Betrieb.

#### Vorschätzung und Ausblick

Ob die Ergebnisse des Wirtschaftsjahres 2011/2012 im Wirtschaftsjahr 2012/2013 verbessert werden können, muss bis zur Auswertung der Buchführungsergebnisse abgewartet werden. Höhere Erntemengen im Jahr 2012 und derzeit relativ stabile Preise in Landwirtschaft und Weinbau lassen zumindest darauf hoffen, dass dies eintreten wird. Allerdings ist zu erwarten, dass die Preise für alle Vorleistungen weiter ansteigen werden, sodass Einkommensverbesserungen enge Grenzen gesetzt sind.

Mittelfristig wird darüber hinaus auch die Gestaltung der gemeinsamen Agrarpolitik für die kommende EU-Förderperiode 2014 bis 2020 für die Einkommensentwicklung in Landwirtschaft und Weinbau eine wesentliche Rolle spielen<sup>13</sup>.

### 3.2.1.2 Fortschreitender Strukturwandel in Rheinland-Pfalz<sup>14</sup>

Im März 2012 existierten in Rheinland-Pfalz erstmals weniger als 20.000 landwirtschaftliche Betriebe, und zwar noch 19.200 Betriebe über 5 ha LF<sup>a)</sup>. Das waren nach Angaben des Statistischen Landesamtes fast 37 % weniger als im Jahr 2002, als es noch 30.400 landwirtschaftliche Betriebe gab. Gegenüber dem Vorjahr 2011 betrug der Rückgang 3,5 %. Die landwirtschaftlich genutzte Fläche verringerte sich zwischen 2002 und 2012 dagegen nur um 1,3 %. Dadurch stieg die durchschnittliche landwirtschaftlich genutzte Fläche je Betrieb in dem genannten Zeitraum von 23 ha LF auf 36 ha LF bzw. 52 % an. Nähere Einzelheiten entnehmen Sie bitte der Tabelle 2 im Anhang (Punkt 5).

Ein Viertel der Betriebe bearbeitet weniger als 5 ha LF. In dieser Betriebsgrößenklasse sind vor allem Wein-, Obst- und Gartenbaubetriebe zu finden. Diese Betriebe benötigen wegen der höheren Wertschöpfung pro Flächeneinheit eine kleinere Flächenausstattung als z. B. die Getreideerzeuger. Knapp 400 Betriebe (2,1 %) bewirtschaften inzwischen mehr als 200 ha. Sie verfügen über rund 15 % der LF des Landes. Vor zehn Jahren gab es weniger als 200 Betriebe mit dieser Flächenausstattung. Sie bewirtschafteten seinerzeit 5,8 % der gesamten LF des Landes.

Bundesweit wurden noch 288.200 landwirtschaftliche Betriebe gezählt; 1,9 % weniger als im Jahr zuvor und gut 31 % weniger als im Jahr 2000. Insgesamt betrug die landwirtschaftlich genutzte Fläche 16,7 Mio. ha, sodass ein Betrieb in Deutschland durchschnittlich 58 ha LF bewirtschaftete. Der rheinland-pfälzische Anteil an den Betrieben insgesamt betrug 6,7 %. Deren Anteil an der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche lag bei 4 %. In Deutschland bearbeiten inzwischen 4 % der landwirtschaftlichen Betriebe 200 ha und mehr.

<sup>13</sup> Die landwirtschaftliche Arbeitnehmerseite wird in diesem Bericht nicht betrachtet, da sie auch im hier zugrundeliegenden BMELV-Testbetriebsnetz nicht analysiert wird.

<sup>14</sup> Quelle: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, 2013.

a) Vgl. zu den wesentlichen Agrarstrukturdaten die Tabellen im Anhang sowie darüber hinaus die Veröffentlichung des Statistischen Landesamtes „Die Landwirtschaft“, Band 400, Bad Ems 2012.

Viele ländliche Räume stehen angesichts der demografischen Entwicklung und der Abwanderung vor allem junger Menschen vor der Aufgabe, eine selbsttragende wirtschaftliche Entwicklung und eine ausreichende Infrastruktur aufrechtzuerhalten. Auch für die landwirtschaftlichen Betriebe wird es vor allem in Regionen mit rückläufigem Arbeitskräftepotential schwieriger geeigneten Berufsnachwuchs zu finden.

Wie in der Landwirtschaft gibt es auch im Weinbau sehr starken Strukturwandel. Gab es 1999 noch 16.000 Weinbaubetriebe, waren es 2010 noch 9.300 Betriebe. Dies entspricht einem Rückgang von 42 %. Dieser Trend entspricht dem bundesweiten Rückgang der Weinbaubetriebe, dieser lag im selben Zeitraum bei 43 %.

So gab es in Deutschland 1999 ca. 39.500 Weinbaubetriebe und 2010 noch 25.600. Mit der Verringerung der Betriebe ging gleichzeitig eine starke Zunahme der Rebflächen pro Betrieb einher. So wurden 2010 61 % der Gesamtrebfläche in Rheinland-Pfalz von 2.100 Betrieben mit einer Betriebsgröße von mehr als 10 ha bewirtschaftet. Davon bewirtschafteten 560 Betriebe mehr als 20 ha oder 26 % der Gesamtrebfläche. Der größte Rückgang der Betriebe ist in der Gruppe  $\leq 2$  ha mit über 60 % zu verzeichnen gefolgt von der Gruppe  $\geq 2 - 12$  ha. Eine Zunahme der Betriebe um 130 % erfolgte in der Gruppe  $\geq 12 - 30$  ha und in der Gruppe  $\geq 30$  ha um 300 %<sup>15</sup>.

---

<sup>15</sup> Stefan Hiltz- LWK RLP, Neustadt – Veränderungen der Betriebsgrößen

### 3.2.2 Agrarmärkte im Wirtschaftsjahr 2011/12

#### Entwicklung des Weinmarktes

65 % der gesamten Rebfläche Deutschlands liegen in Rheinland-Pfalz. Rheinhessen ist mit 26.500 ha das größte Weinbaugebiet Deutschlands, gefolgt von der Pfalz mit 23.000 ha. Kennzeichnend für den Weinbau ist die hohe Wertschöpfung und Arbeitsintensität je ha Rebfläche.

Der Durchschnittsweinbaubetrieb in Rheinland-Pfalz bewirtschaftet 6,8 ha Rebflächen. Die mittlere Betriebsgröße eines Weinbaubetriebes in Rheinland-Pfalz liegt damit um zwei Drittel über dem Bundesdurchschnitt mit 4,7 ha Rebfläche. Festzuhalten ist allerdings, dass im Bundesdurchschnitt von 30 % aller Betriebe mit einer Rebfläche von mehr als 5 ha 76 % der gesamten deutschen Rebfläche bewirtschaftet werden. Gleichzeitig ist auch die Produktivität je eingesetzter Arbeitskraft gestiegen. Dies kommt in der bewirtschafteten Rebfläche je AKE zum Ausdruck. So stieg die Flächenleistung je AKE zwischen 1999 und 2010 in Rheinhessen von 4,0 ha auf 4,5 ha, an der Nahe von 3,2 auf 3,4 ha. In der Pfalz blieb mit 4,0 ha gleich und in den Steillagenweinbaugebieten „sank“ die Flächenleistung sogar von 2,0 auf 1,8 ha je AKE: Diese Reduzierung der Flächenproduktivität je AKE ist auf die verstärkten weinbaulichen Qualitätsmaßnahmen der Weinbaubetriebe wie Traubenteilen, Ausdünnen und Entblätterung, die im Steillagenweinbau nicht zu mechanisieren sind, zurückzuführen<sup>16</sup>.

Der in den 1990er Jahren in Folge des Rotweinbooms und besonders in Folge der Nachfrage nach Dornfelder gestiegene Anteil an der mit roten Rebsorten bepflanzten Fläche auf ca. 18.000 ha hat sich auf diesem Niveau stabilisiert. Eine weitere Zunahme ist nicht zu erwarten.

Die Wein ausbauenden Betriebe und Kellereien in Rheinland-Pfalz erzeugten aus der Traubenernte des Jahres 2012 knapp 5,9 Mio. hl Wein. Das stellt nach Angaben des Statistischen Landesamtes in Bad Ems gegenüber der Vorjahresmenge von 6,1 Mio. hl eine Abnahme von 2,1 % dar. Die Weinerzeugung blieb damit erneut un-

<sup>16</sup> Quelle: Agrarstrukturerhebungen 1999 und 2010 – Bericht des Deutschen Weinbauverbandes; Intervitis / Interfructa, 61. Deutscher Weinbaukongress 2013



ter dem zehnjährigen Durchschnitt von knapp 6,2 Mio. hl. Für den Ausbau zu Prädikatsweinen - wie Spät- und Auslesen - waren 27 % der Moste vorgesehen. Das waren über 100.000 hl mehr als im Vorjahr. Dementsprechend nahm der Anteil des Mostes ab, der zu Qualitätsweinen verarbeitet wurde (64 %). Die restlichen 9,6 % sollen als Wein oder als Landwein vermarktet werden. Von der gesamten Weinerzeugung entfielen knapp 65 % auf Weißwein.

### **Entwicklung des Rindfleischmarktes**

Der Rindfleischverzehr je Kopf ging in Deutschland von 2011 auf 2012 um rund 100g auf 8,9 kg zurück. Nach dem Einbruch des Verzehrs in Folge der BSE-Krise von 10,4 kg in 2000 auf 6,8 kg in 2001 bewegt sich der Wert seit 2002 bis heute zwischen 8,2 und 9,0 kg. Die Umsetzung der EU-Agrarreform 2003 (Entkopplung der Transferzahlungen von der Erzeugung) führte tendenziell zu einem deutlichen Rückgang der Rindfleischerzeugung bis heute (-10%). In 2012 umfasste die Bruttoeigenherzeugung 1,165 Mio. t und deckte somit 109% der inländischen Nachfrage ab. Der durchschnittliche Erzeugerpreis für die Hauptkategorie Jungbullen der Handelsklasse R3 erreichte 2012 3,90 €/kg Schlachtgewicht und lag somit um annähernd 0,40 €/kg (+10 %) über dem Vergleichswert von 2011. Die Erzeugerpreissituation bei Jungbullen ist in Rheinland-Pfalz mit der auf Bundesebene vergleichbar. In Rheinland-Pfalz gibt es wenige Betriebe, die ihren Schwerpunkt auf die Rindfleischerzeugung ausgerichtet haben. Vielmehr ist die heimische Rindfleischproduktion ein Koppelprodukt der Milcherzeugung (Selektionstiere aus der Färsenproduktion und abgängige Milchkühe). Daher haben die Schlachtkuhpreise für die rheinland-pfälzische Landwirtschaft eine einkommenswirksamere Bedeutung. Die Schlachtgewichtspreise der Kühe in der Handelsklasse O3 stiegen in Rheinland-Pfalz von 2011 auf 2012 um 0,42 €/kg auf 3,16 €/kg an (+15%). Dies entspricht einem Mehrerlös von gut 120 €/Schlachtkuh in 2012 gegenüber dem Vorjahr. Im Bundesdurchschnitt zahlten die Schlachtunternehmen rd. 0,04€/kg Schlachtgewicht mehr aus als in Rheinland-Pfalz. Dies dürfte in erster Linie auf die ungünstigen Vermarktungsstrukturen in Rheinland-Pfalz zurückzuführen sein, denn die Schlachttierqualitäten sind mit denen auf Bundesebene vergleichbar.

Tab. 8: Schlachtungen von Rindern in Rheinland-Pfalz (2000-2012)

Kategorie	Jahr	Summe
Rinder insgesamt (ohne Kälber)	2000	116.951
	2001	111.973
	2002	116.318
	2003	109.997
	2004	111.502
	2005	104.102
	2006	105.717
	2007	100.446
	2008	101.826
	2009	97.334
	2010	93.349
	2011	91.163
	2012	80.200

Wie obige Tabelle zeigt, sind in Rheinland-Pfalz die Rinderschlachtungen in 2012 gegenüber dem Vorjahr um fast 11.000 Stück (-12 %) auf 80.200 zurückgegangen. Davon wurden etwa 78.000 Rinder gewerblich geschlachtet. Darunter befanden sich 52.000 Rinder bzw. ca. 67 %, die in den fünf größeren Schlachtbetrieben (mindestens durchschnittlich 75 Rinderschlachtungen/Woche) geschlachtet wurden. Im vergangenen Jahr waren noch sechs Betriebe in Rheinland-Pfalz meldepflichtig, die annähernd 59.000 Rinder geschlachtet haben. Der Rückgang der Rinderschlachtungen in den letzten Jahren verschärft das Problem der Kapazitätsauslastung in den heimischen Schlachtstätten, die nach wie vor im Durchschnitt suboptimal ausgelastet werden. Die unzureichende Kapazitätsauslastung und die vergleichsweise hohen Gebühren für die Schlachtier- und Fleischschau sowie Tierkörper- und Schlachtabfallbeseitigung belasten die Vermarktungskosten, was sich aufgrund der Wettbewerbsverhältnisse auf dem Rindfleischmarkt negativ auf die Erlössituation der Rindfleischherzeuger auswirken kann.

## Entwicklung des Schlachtschweinemarktes

In Deutschland ist der Pro-Kopf-Verzehr an Schweinefleisch in 2012 im Vergleich zum Vorjahr um rund 0,5 kg auf 37,9 kg gesunken und der Selbstversorgungsgrad erreichte 116 % (114 % in 2011). Der Erzeugerpreis je kg Schlachtgewicht erreichte 2012 im Mittel aller Handelsklassen 1,70 €/kg und lag somit um rund 13 % über dem Vergleichsjahr 2011 mit 1,50 €/kg. In Rheinland-Pfalz lagen die Vergleichswerte noch um 0,05€/kg höher als im Bundesdurchschnitt. Der rheinland-pfälzische Schweinebestand hat in 2012 mit rd. 216.000 Tieren ein historisches Tief erreicht (- 8% gegenüber 2011). Die seit 2003 tendenziell steigenden Schweineschlachtungen erreichte 2012 ca. 1,17 Mio. Stück (vgl. Tabelle). Darunter befinden sich nur ca. 2.200 (0,2 %) Hausschlachtungen. Die Hausschlachtungen sind in den letzten Jahren im Wesentlichen aus Kostengründen rückläufig. Die Zahl der Schlachtungen in den meldepflichtigen Betrieben (Betriebe mit mehr als durchschnittlich 200 Schweineschlachtungen/Woche) ist um weitere ca. 8.000 Stück auf etwa 996.000 Stück gestiegen.

Ihr Anteil macht rund 85 % der Schweineschlachtungen aus. Diese Unternehmen haben das stark rückläufige heimische Schlachtschweineangebot durch überregionale Zufuhren überkompensiert, um ihre im Durchschnitt unzureichend genutzten Schlachtkapazitäten besser auszulasten. Diese Ferntransporte sind unter Tierenschutzgesichtspunkten nicht unproblematisch.

Die Schlachtschweinepreise unterliegen starken saisonalen Schwankungen. Darüber hinaus gibt es deutliche zyklische Erzeugerpreisbewegungen. Der in 2012 gezahlte Durchschnittspreis aller Handelsklassen von 1,70 €/kg lag 23 Cent/kg über dem Mittel der letzten sechs Jahre.

Tab. 9: **Schweineschlachtungen in Rheinland-Pfalz (2000-2012)**

Kategorie	Jahr	Summe
Schweine insgesamt	2000	1.164.873
	2001	1.080.393
	2002	995.822
	2003	1.005.408
	2004	1.048.484
	2005	1.035.223
	2006	1.060.694
	2007	1.081.575
	2008	1.070.652
	2009	1.052.315
	2010	1.065.372
	2011	1.129.366
	2012	1.166.414

### Entwicklung des Milchmarktes

Die Volatilität der Milcherzeugerpreise hat sich mit zunehmender Deregulierung des Milchmarktes seit 2006 verstärkt. Dennoch kann festgestellt werden, dass im vergangenen 6-Jahreszeitraum die Erzeugerpreise überwiegend die 30-Cent-Marke überschritten hatten. Unter Berücksichtigung der in 2006 gezahlten Betriebsprämie, einschließlich des Ergänzungsbetrags von insgesamt 3,55 Cent/kg, konnte die Erlössituation gegenüber 2005 in etwa stabil gehalten werden. 2007 erfolgte ein kräftiger Erzeugerpreisanstieg auf durchschnittlich 33,5 Cent/kg Milch.

Das Niveau der Erzeugerpreise stieg im Jahre 2008 in Rheinland-Pfalz leicht an. In 2009 kam es zu einem drastischen Erzeugerpreisabsturz auf ein historisches Tief von 23,80 Cent/kg. Hatte sich Rheinland-Pfalz über Jahre hinweg weit über dem durchschnittlichen Auszahlungspreis auf Bundesebene bewegt, konnte in 2009 nur im Schnitt mit den übrigen Molkereien gleich gezogen werden. Im Jahr 2010 stiegen die Erzeugerpreise auf Bundesebene durchschnittlich um 7 Cent/kg an. Dem gegenüber erreichten die rheinland-pfälzischen Molkereien nur eine Steigerung um 6,5 Cent/kg im Jahresmittel.

Der positive Trend setzte sich 2011 mit einer durchschnittlichen Erzeugerpreissteige-

rung von 4 Cent/kg auf Bundesebene und rund 3,5 Cent/kg in Rheinland-Pfalz fort. Um gut zweieinhalb Cent ging der Milcherzeugerpreis dann wieder in 2012 sowohl in Rheinland-Pfalz als auch im Bundesdurchschnitt zurück.

Der nun schon im dritten Jahr unterdurchschnittliche Milchauszahlungspreis in Rheinland-Pfalz dürfte in erster Linie auf die begrenzte Produktpalette der Molkereien zurückzuführen sein. Die heimischen Unternehmen stellen vor allem die weiße Linie her (z. B. H-Produkte, Trinkmilch, Kaffeesahne etc.), bei denen aufgrund rückläufiger Nachfrage nicht die erwünschten Preiskonditionen in den Kontrakten mit dem Lebensmitteleinzelhandel durchzusetzen waren. Darüber hinaus ist bei dem hohen Spezialisierungsgrad der heimischen Molkereien ein kurzfristiges Ausweichen auf Produkte mit einer aktuell höheren Wertschöpfung nur begrenzt möglich. In der Folge konnte auch kein höherer Erzeugerpreis auf dem Markt erwirtschaftet und von den Genossenschaftsmolkereien an die Milcherzeuger ausgezahlt werden.

In den letzten beiden Jahren ist die Milchproduktion auf Gemeinschaft- und nationaler Ebene angestiegen, so dass in Deutschland die nationale Quote mit annähernd 30 Mio. Tonnen um 0,7 % bzw. 0,08 % überliefert wurde. Aufgrund des global steigenden Milchangebots, ist zu befürchten, dass der Milchmarkt in ein Übermengen bedingtes Ungleichgewicht gerät, mit der Folge, dass die tendenziell wieder steigenden Milcherzeugerpreise erneut unter Druck geraten. Die negativen ökonomischen Auswirkungen werden noch dadurch verstärkt, dass die Produktionskosten für Milch – insbesondere die Pachtlandpreise, die Kosten für Futtermittel, Energie, Treib- und Schmierstoffe, Düngemittel sowie Pflanzenschutzmittel bis hin zu den öffentlichen Abgaben - deutlich gestiegen sind.

Tab. 10: Milcherzeugungskosten für Rheinland-Pfalz 2002 - 2009<sup>17</sup>

Jahr	Betriebsgrößenklasse (ESU=EGE)	Milchkühe (GVE)	Milchleistung (t)	Pagatorische Erzeugungskosten in €/Tonne	Einkommensansatz in €/Tonne	Gesamterzeugungskosten in €/Tonne	Beihilfen in €/Tonne	Gesamterzeugungskosten minus Beihilfen in €/Tonne	Kalkulatorische Kosten (€/Tonne)		
									Land	Kapital	
Rheinland-Pfalz	2002	(4) 16 - <40 ESU	20	5191	364,65		56,54		10,45	30,62	
	2002	(5) 40 - <100 ESU	46	6341	293,52		34,71		12,76	24,71	
	2002	(6) >= 100 ESU	84	6827	282,12		31,54		9,98	21,84	
	2003	(5) 40 - <100 ESU	46	6698	299,39		33,65		12,40	23,47	
	2003	(6) >= 100 ESU	89	6853	293,36		32,54		10,90	21,41	
	2004	(5) 40 - <100 ESU	47	6575	290,62		49,12		12,51	23,23	
	2004	(6) >= 100 ESU	90	6639	282,84		47,87		11,02	21,84	
	2005	(4) 16 - <40 ESU	20	5800	352,08		64,18		13,06	25,71	
	2005	(5) 40 - <100 ESU	47	6832	277,45		53,18		10,94	21,07	
	2005	(6) >= 100 ESU	87	6818	267,34		50,91		9,61	20,89	
	2006	(4) 16 - <40 ESU	18	6361	352,79		78,04		11,09	22,50	
	2006	(5) 40 - <100 ESU	49	6938	290,99		63,69		10,51	21,94	
	2006	(6) >= 100 ESU	94	7335	278,43		61,44		9,10	19,99	
	2007	(4) 16 - <40 ESU	21	5825	391,36		83,80		12,25	23,13	
	2007	(5) 40 - <100 ESU	48	6575	327,31		65,31		11,85	23,51	
	2007	(6) >= 100 ESU	95	6945	322,23		60,82		8,15	21,34	
	2008	(4) 16 - <40 ESU	19	5798	413,42		85,99		8,18	24,93	
	2008	(5) 40 - <100 ESU	46	6973	302,29		60,47		9,29	21,54	
	2008	(6) >= 100 ESU	93	7541	289,56		50,89		6,45	20,76	
	2009	(4) 16 - <40 ESU	20	5603	376,30	468,66	844,97	89,64	755,32	10,16	24,11
	2009	(5) 40 - <100 ESU	46	6955	278,46	191,75	470,21	62,90	407,31	8,62	21,12
	2009	(6) >= 100 ESU	92	7717	276,79	110,51	387,31	52,50	334,81	6,17	19,87

Darüber hinaus verschärft sich die Situation der Milcherzeuger, weil die Auswirkungen der letzten Milchkrise noch längst nicht überwunden sind und die Rückzahlungen der Liquiditätshilfedarlehen, die zur Überbrückung in Anspruch genommen wurden, in vielen Betrieben noch nicht abgeschlossen sind. Diese drei Ursachen – Druck auf die Erzeugerpreise durch Übermengen, massiv gestiegene Produktionskosten und die Tilgung der Liquiditätshilfedarlehen der Milchkrise 2009 – können die Einkommenssituation der Milchbauern wieder schmälern und existenzielle Nöte bei vielen Milcherzeugern hervorrufen.

Aus den Erfahrungen der Milchkrise in 2009 hat die EU am 02.04.2012 das so genannte Milchpaket mit möglichen Maßnahmen erlassen, um die Stellung der Milcherzeuger im Marktgeschehen und vor allem ihre Partizipation an der Wertschöpfungskette Milch zu verbessern. Dabei geht es vor allem, um

- die Anerkennung von Erzeugergemeinschaften und Branchenorganisationen,
- Regelungen der Vertragsverhandlungen im Sektor Milch und Milcher-

<sup>17</sup> Quelle: Studie „Was kostet die Erzeugung von Milch?“, durchgeführt von Dr. Karin Jürgens, Büro für Agrarsoziologie und Landwirtschaft (BAL), erschienen im Januar 2013

zeugnisse,

- Steuerung des Angebotes bei Käse mit geschützten Ursprungsbezeichnungen oder geografischen Angaben,
- obligatorische Angaben im Sektor Milch und Milcherzeugnisse und
- Vertragsbeziehungen im Sektor Milch und Milcherzeugnisse.

Das Milchpaket ist kein Instrument zur Steuerung des Milchmarkts. Es geht vielmehr um die Strukturen in der Kette und evtl. die Verteilung des Mehrwerts.

Das EU- Milchpaket ist aus strukturellen Gründen momentan allerdings nicht geeignet, um dem rheinland-pfälzischen Milchsektor wirksam unter die Arme zu greifen. Das liegt in erster Linie daran, dass hier die genossenschaftlich organisierten Molkereien nahezu 100 % der rheinland-pfälzischen Milcherzeugung erfassen und verarbeiten. Inzwischen hat jedoch eine Gruppe mutiger Milchviehalter die Milcherzeugergemeinschaft Rheinland-Pfalz gegründet. Diese bündelt bereits über 12 Mio. kg Milch, die über ein Milchverwertungsunternehmen in Berlin vermarktet wird. Aufgrund der bei den heimischen Genossenschaftsmolkereien in Kündigung stehenden Milchmengen ist ein Wachstum der Milcherzeugergemeinschaft und somit eine bessere Positionierung der heimischen Milcherzeuger am Markt in den nächsten Jahren zu erwarten.

Die rheinland-pfälzischen Milcherzeuger greifen im Gegensatz zu früher aktiv in das Milchmarktgeschehen ein. Ziel ist es, künftig durch ein nachfrageorientiertes Angebot den Milcherzeugerpreis selbst zu bestimmen und nicht mehr wie in der Vergangenheit als so genannter „Mengenanpasser“ zu fungieren. Die Zeiten dürften endlich vorbeisein, dass der Milcherzeugerpreis entlang der Wertschöpfungskette vom Lebensmitteleinzelhandel über die Molkereien nach unten zum Milcherzeuger gerechnet wurde und der Landwirt für seine mit hohem Arbeitseinsatz produzierte qualitativ hochwertige Milch nur den Preis erhielt, der übrig blieb.

Seit Jahren beobachtet die Landesregierung eine deutliche Lücke zwischen der Marktleistung und den Erzeugungskosten im Milchsektor. Daher begrüßt sie, dass in 2012 im Rahmen eines wissenschaftlichen Gutachtens ein Konzept zur Berechnung der regionalisierten Milchproduktionskosten erarbeitet wurde. Der daraus entwickelte Milch Marker Index (MMI) schafft zudem die methodische Grundlage für eine fundierte und regelmäßige Aktualisierung der Produktionskosten, um den Erzeugern zeitna-



he Orientierungs- und Entscheidungshilfen für Preisverhandlungen beispielsweise mit der Molkerei oder Erzeugerorganisation zu liefern. Somit kann der MMI nachhaltig zur Verbesserung der Marktstellung der heimischen Milchviehbetriebe beitragen.

Die Landesregierung begleitet diese Entwicklung, indem sie sich auf allen Ebenen für die Verbesserung der Erzeugerposition bei der Umsetzung des EU-Milchpakets in nationales Recht und der Durchführung der Maßnahme für praxismgerechte Lösungen einsetzt. Erfolge hat sie bereits bei dem Ende vergangenen Jahres in Kraft getretenen Agrarmarktstrukturgesetz erreicht, mit dem das bisherige Marktstrukturgesetz abgelöst wurde. Nun gilt es die Durchführungsbestimmungen zu diesem Gesetz in der Agrarmarktstrukturverordnung im Sinne der Milcherzeuger zu gestalten. Das gleiche gilt auch für die finale Ausgestaltung der einheitlichen Gemeinsamen Marktorganisation.

Auf Initiative der Landesregierung haben die Agrarminister in Berchtesgaden einstimmig den Beschluss gefasst, den Bund zu bitten, bei der EU-Kommission dafür einzutreten, dass die starren Obergrenzen für die Größe einer Erzeugerorganisation und Verhandlungsbeschränkungen unter Berücksichtigung von jeweiligen Marktstrukturen flexibilisiert werden.

Weiterhin setzt sich Rheinland-Pfalz dafür ein, die rechtlichen Voraussetzungen für die Einführung einer Freigrenze von der Andienungspflicht bei den Molkereien zu schaffen, um die regionale Vermarktung von Milch und Milchprodukten zu unterstützen.

Vor allem geht es darum, mit Blick auf das im Jahr 2015 auslaufende Instrument „Milchquote“ geeignete und wirksame Instrumente zu entwickeln und zu etablieren, die einem Milchpreisverfall aufgrund einer zu hohen Milchmenge am Markt vorbeugen können und in Krisenzeiten bei Bedarf einkommenswirksam und existenzsichernd sind.

## Entwicklung des Getreidemarktes

Die Welterzeugung von Getreide ohne Reis lag im Wirtschaftsjahr 2012/2013 bei etwa 1,78 Mrd. t. Damit wurde die Produktion des Wirtschaftsjahrs 2011/12 um etwa 70 Mio. t verfehlt. Gleichzeitig war die diesjährige Produktion die Zweitniedrigste innerhalb der letzten fünf Jahre.

Die weltweite Produktion von Weizen fiel auf 656 Mio. t und lag damit um etwa 41 Mio. t unter der Ernte des Vorjahres (697 Mio. t in 2011/2012). **Diese Entwicklung ist angesichts weltweit steigender Anbauflächen, verbesserter Anbaumethoden und züchterischen Fortschritts sehr bedenklich.**

Verantwortlich für den deutlichen Produktionsrückgang sind vor allem die Wetterbedingungen. Beispielsweise wurden in den USA im Jahr 2012 eine anhaltende Trockenheit und der heißeste Sommer seit mehr als 50 Jahren verzeichnet. In der ehemaligen Sowjetunion herrschten ebenfalls sehr trockene Bedingungen, die Ernteaufträge bewirkten.

In der EU führten Kahlfröste Anfang des Jahres 2012 zu erheblichen Flächenverlusten beim Wintergetreide. Allein in Polen, Deutschland und Frankreich mussten insgesamt deutlich mehr als 1 Mio. ha Weizenfläche aufgegeben werden. Mit einer Ernte von 276,4 Mio. t Getreide im Wirtschaftsjahr 2012/13 sank die EU Getreideproduktion auf den niedrigsten Stand innerhalb der vergangenen 5 Jahre und lag um 3 % unter dem Vorjahresergebnis trotz der gegenüber dem Vorjahr ausgedehnten Anbaufläche (56,875 Mio. ha 2012/13). Mit 124,7 Mio. t lag auch die EU-Weizenernte deutlich unter dem Vorjahresergebnis 129,7 Mio. t 2011/12).

Im Jahr 2012 umfasste die Getreidefläche in Deutschland 6,477 Mio. ha und der Getreideertrag insgesamt 45,18 Mio.t (einschließlich Mais). Die Landwirte konnten bei guten Witterungsbedingungen im Herbst 2011 Wintergetreide aussäen. Allerdings fehlte im Februar 2012 für die gut entwickelten Bestände die schützende Schneedecke, so dass aufgrund von Auswinterungsschäden 12% der Winterweizen- und 13 % der Wintergerstenfläche neu bestellt werden mussten. Die Sommergerste- und Sommerweizenfläche wurde daher gegenüber dem Vorjahr erheblich ausgedehnt. Die wechselhafte Witterung im Frühjahr und Sommer führte zu einer teilweise erschwerten Ernte und starken regionalen Ertragsschwankungen. Zwar lagen die Erträge noch im langjährigen Mittel und es wurde überwiegend Qualitätsweizen gedroschen, die Erntemenge insgesamt verfehlt jedoch um etwa 5 % den langjährigen Durchschnitt.

Die deutschen Biogetreide-Landwirte erzielten überdurchschnittlich gute Erträge und ernteten 2012 rund 7 % mehr Getreide als 2011, insbesondere aufgrund einer weiteren Ausdehnung der Anbaufläche.

Sehr tiefe Temperaturen und eine vielerorts fehlende Schneedecke stellten auch in Rheinland-Pfalz hohe Ansprüche an die Winterhärte von Wintergetreide. Im Frühjahr wies ein beachtlicher Teil der im Herbst ausgesäten Winterkulturen Schäden auf und wurde umgebrochen. Dementsprechend nahm die Winterweizenfläche um ein Zehntel ab. Der Frost hinterließ in einigen Beständen auch Lücken, in denen sich Unkraut ausbreitete. Dadurch und z.T. durch häufige Regenfälle wurde die Ernte in einigen Regionen erschwert und die erforderliche Trocknung verteuerte die Getreideproduktion. Auf rund 238.800 ha haben die rheinland-pfälzischen Landwirte im Jahr 2012 Getreide zur Körnergewinnung angebaut, etwas weniger als im Vorjahr. Der Getreideanbau umfasste etwa 60 % des Ackerlandes (rd. 400.800 ha). Die mit Abstand wichtigste Getreideart blieb Winterweizen mit etwa 101.800 ha. Seine Anbaufläche wurde gegenüber dem Vorjahr um etwa 11 Prozent eingeschränkt. Größere Anbau-bedeutung kam auch der Getreideart Sommergerste zu (50.200 ha; +13 Prozent), die witterungsbedingt ausgeweitet wurde. Etwa 45 % der Getreideernte (1.480.209 t einschließlich Mais) entfällt auf Winterweizen (667.865 t). Aufgrund der Nachbestellung umgebrochener Wintergetreideflächen mit Sommergerste wurde dort eine um etwa 50% höhere Erntemenge im Vergleich zum Vorjahr (186.851 t) erzielt. 2012 umfasste sie 281.356 t. Auch die Sommerweizenproduktion lag im Jahr 2012 deutlich höher.

Deutliche witterungsbedingte Anbauverschiebungen traten auch bei der Wintergerste ein. Die Anbaufläche lag mit 31.200 Hektar um etwa 11 Prozent unter der des Vorjahres. Die Erntemenge von Wintergerste umfasste mit 303.809 t, 7 % weniger als im Vorjahr.

Insgesamt konnten gute Getreidequalitäten verzeichnet werden. Der durchschnittliche Getreideertrag (ohne Körnermais) belief sich auf etwa 6 t/ha und lag geringfügig unter dem langjährigen Mittel. Im Vergleich dazu lag der durchschnittliche Ertrag von Getreide (ohne Mais, einschließlich Reis) in Deutschland bei rund 7 t/ha, in der EU bei etwa 4,9 t/ha und weltweit bei rund 3,3 t/ha.

Bei Winterweizen wurde in Rheinland-Pfalz mit 6,6 t/ha das Niveau des langjährigen Durchschnitts (68,9 t/ha) unterschritten. Wintergerste schnitt ebenfalls mit 5,5 t deutlich unter dem sechsjährigen Durchschnittsertrag (6 t/ha) ab. Dagegen wurde bei Sommergerste ein Spitzenertrag von 5,7 t/ha erreicht und die durchschnittlichen Erträge beachtlich überschritten (um 1 t/ha). Darüber hinaus konnten auch sehr gute Qualitäten und Eiweißwerte unter 11,5 Prozent verzeichnet werden.

Die erneute Ausdehnung der Anbaufläche von Körner- und Silomais um 25,8 % bzw.

8,3 % ist einerseits auf die Auswinterungsschäden und andererseits auf den Bedarf für die Biogaserzeugung in Rheinland-Pfalz zurückzuführen.

Die weltweiten Ertragseinbußen beim Getreide führten zu einer weiteren deutlichen Verknappung des weltweiten Getreideangebots. Die Weltmarktpreise standen im Erntejahr 2012 schon früh unter dem Einfluss niedriger Ernten. Der Preis für Mais blieb aufgrund der knappen Marktlage auf relativ hohem Niveau. Zwischen November und Januar 2013 stiegen die Notierungen für Weizen um 30 % und die von Mais um 17% am Chicago Board of Trade. Auf globaler Ebene sollen die Bestände am Ende des Wirtschaftsjahres 2012/13 den niedrigsten Stand seit dem Wirtschaftsjahr 2007/08 erreicht haben.

Der weltweite Verbrauch von Getreide ist in den vergangenen 10 Jahren kontinuierlich angestiegen mit einem durchschnittlich jährlichen Wachstum von 36 Mio.t. In 2012/13 hat allerdings ein deutlich niedrigerer Anstieg stattgefunden, insbesondere durch eine Einschränkung im Futtermittelbereich und bei der Ethanolherstellung unter anderem auch in Folge der Dürre in den USA.

Innerhalb der EU schmolzen die Getreidebestände angesichts des nur wenig höheren Angebots noch unter das niedrige Niveau von 2007/2008 ab. Dennoch blieb die EU weiterhin Nettoexporteur von Getreide. D.h. sie führte mehr Getreide aus als sie einführt. Am Jahresende wurde der Versorgungsüberhang in der EU mit 10,5 Mio. t geschätzt und es erfolgte ein weiterer Bestandsabbau gegenüber dem Vorjahr. Die Getreidemärkte im Wirtschaftsjahr 2012/13 waren durch sehr knappe Versorgungsbilanzen gekennzeichnet.

Die Getreideexporte Deutschlands betragen beispielweise von Juli 2012 bis März 2013 9,2 Mio. t und lagen damit über den 7,7 Mio. t, die im selben Zeitraum des vorherigen Jahres ausgeführt wurden. Im gleichen Zeitraum betragen die Getreideimporte 6,1 (7,6) Mio. t, darunter diejenigen aus anderen EU-Ländern 5,6 (7,3) Mio. t und die aus Drittländern 507,000 (347.000) t.

Der seit Dezember 2011 nahezu ungebrochene Preisauftrieb bei Getreide setzte sich auch nach der Ernte erfreulicherweise weiter fort. Mahlweizen verzeichnete Spitzennotierungen an der Matif in Paris von 277 €/t im Vergleich von 178 €/ t im November 2011).

Die Biogetreidepreise hielten in Deutschland mit dem Anstieg der der konventionellen Ware im Jahr 2012 nicht Schritt. Tendenziell verhielten sich die Preise 2011/2012 für Biogetreide stabil und pendelten um +/- 10 % während die Preise für konventionelle Ware um +43%/-30% deutlich stärker schwankten. Die Ursachen liegen in langjährigen Lieferbeziehungen im Biogetreidehandel. Diese sichern einerseits stabile Preise,

andererseits profitieren die Biolandwirte weniger von Preisausschlägen nach oben. An der Spekulation mit Nahrungsmitteln war der Biogetreidebereich offensichtlich nicht beteiligt, auch aufgrund der mangelnden Möglichkeiten, denn Biogetreide wurde bislang nicht an den Börsen gehandelt. Trotz größerer Ernte in Deutschland aufgrund einer weiteren Ausdehnung des Ökolandbaus, sind auch nach der Ernte die Preise oben geblieben und lagen zum Jahresende 2012 für Brotweizen bei 430 €/t bzw. für Futterweizen bei 390 €/t. Hafer und Roggen, die in der vorangegangenen Saison besonders knapp und teuer waren, wurden dagegen nach der Ernte 2012 zu niedrigeren Preisen verkauft. Der Preisauftrieb nach der Ernte - besonders bei Bio-Weizen, -Roggen und -Mais - resultierte aus der großen Nachfrage nach Biofuttermitteln.

### **Spekulation mit Agrarrohstoffen**

Die steigenden Rohstoffpreise beruhen in erster Linie auf Fundamentaldaten wie Angebot, Nachfrage, Missernten und Lagerbeständen. Für Preisschwankungen an den Börsen spielen Prognosen über Witterungsverhältnisse, zu erwartende Ernten und die Versorgungssituation eine entscheidende Rolle. Immer dann, wenn die Lagermengen am Ende eines Wirtschaftsjahres nicht ausreichend erscheinen, um die Versorgung bis zum Anschluss an die neue Ernte sicherzustellen, können schon Nachrichten über global eigentlich unbedeutende Produktionsausfälle die Preise nach oben treiben. Umgekehrt kann eine Meldung, die eine größere Ernte prognostiziert, zu Preissenkungen und damit zu erheblichen Preisvolatilitäten führen. Einfluss auf die Lagerbestände hat neben den Ernten natürlich auch die zunehmende Nachfrage, z.B.

- durch den Anstieg der Weltbevölkerung,
- den Einkommenszuwachs in den Schwellenländern,
- den zunehmenden Bedarf an Futtermitteln für die Fleischerzeugung u.a. in den Schwellenländern und
- als Substrat für die Erzeugung von Bioenergie.

Gleichzeitig hat in den letzten Jahren das Anlagevolumen in Agrarrohstoffe aufgrund verschiedener Umstände, u.a. der Bankenkrise in den USA, zugenommen.

Neben den Banken sind neue Akteure auf den Terminmärkten aufgetreten, beispielsweise Versicherungen. Die verstärkten Aktivitäten von Spekulanten können durchaus einen Einfluss auf die Agrarrohstoffnotierungen haben und zumindest zu Verschärfungen von Preisschwankungen führen und Preisspiralen auslösen. Entwicklungsländer, die auf Lebensmittelimporte angewiesen sind, haben bei steigen-

den Preisen erhebliche zusätzliche Probleme, die Versorgung zu decken. Hohe Preisschwankungen auf den Agrarmärkten stellen auch für Erzeuger in den Industrieländern ein erhöhtes finanzielles Risiko für die Erzeuger und die gesamte nachfolgende Produktionskette dar.

**Ziel der Landesregierung ist es daher, Strategien zu verfolgen und zu unterstützen, die extreme Preisschwankungen eindämmen und Missbrauch und Manipulation auf den Agrarrohstoffmärkten verhindern, aber die positive Funktionsfähigkeit der Agrarterminmärkte nicht stören oder beeinträchtigen** (Beschluss des Landtags Rheinland-Pfalz vom 6. Juni 2013 zu Drucksache 16/2377).

Sie wird sich daher insbesondere dafür einsetzen, dass

- die Agrarmärkte transparenter gestaltet werden,
- es keine Leerverkäufe von Nahrungsmitteln gibt und Verkäufe durch entsprechende Ernten abgesichert sind,
- der Handel mit Agrarrohstoffen möglichst über Börsen oder zentrale Clearingstellen abgewickelt und der außerbörsliche Derivatehandel abgeschafft wird,
- auf EU-Ebene Positionslimits zur Vermeidung von extremen Preisausschlägen und eine höhere Eigenkapitalquote an den europäischen Warenterminbörsen eingeführt werden und
- die Zusammenarbeit der zuständigen Aufsichtsbehörden, Finanzaufsichts- und Marktaufsichtsbehörden auf nationaler und internationaler Ebene gestärkt wird.

### Entwicklung des Ölsaatenmarktes

Weltweit wurde die Produktion der wichtigsten Ölsaaten (Sojabohnen, Raps, Sonnenblumen) für das Wirtschaftsjahr 2011/2012 auf 441,9 Mio. t geschätzt. Damit wurde der Rekordwert von 455,7 Mio. t aus dem Vorjahr um rund 13,8 Mio. t verfehlt, obwohl die Fläche um weitere 2,8 Mio. ha auf 217 Mio. ha (214,2 Mio. ha 2010/11) ausgedehnt wurde. Mit 2,04 t/ha lag das Ertragsniveau deutlich unter dem des Vorjahres (2,12 t/ha). Da die Nachfrage nach Soja stärker wuchs als die Produktionssteigerung und bei Raps und Sonnenblumen die Nachfrage gleich blieb, aber aufgrund geringerer Ernten Rohstoff fehlte, war ein weiterer Bestandsabbau eingetreten. Im Sommer 2012 wurden daher Spitzennotierungen für Ölsaaten an den Börsen verzeichnet infolge der unverändert knappen Versorgungslage. Für das Wirtschaftsjahr 2012/13 wird mit einer Produktion von 470,2 Mio. t bei einer erneut ausgedehnten

Anbaufläche von 222,1 Mio. ha gerechnet (2,12 t/ha). Damit würde die Produktion aus dem Vorjahr (insbesondere der Durchschnittsertrag) und die Rekordmarke des Jahres 2010/11 erheblich überschritten.

Der weltweite Verbrauch von Ölsaaten soll 2012/13 mit 464 Mio. t knapp über den 460 Mio. t. aus dem Vorjahr liegen und damit weiter ansteigen, wie bereits in den vorangegangenen 23 Jahren. Die Endbestände werden sich daher voraussichtlich etwas erholen (geschätzt auf 67 Mio.t.) aber nicht auf das Niveau, das 2010/11 vorlag ( 82 Mio. t).

Als bedeutender Importeur für Soja trat auch im Wirtschaftsjahr 2012/13 wieder China auf mit 59 Mio. t auf. 2013/14 werden die Importe in dieses Land auf 69 Mio. t geschätzt.

Der Anteil der gentechnisch veränderten Sojabohnen ist in den wichtigsten Anbau- und Exportnationen weiterhin sehr hoch und umfasst in den USA und Argentinien nahezu 100 %. In Brasilien ist für 2012/13 eine Ausweitung von GV-Soja auf 89 % eingetreten (gegenüber 85 % 2011/12).

Nur circa ein Drittel des europäischen Bedarfs an Futterprotein wird aus Quellen innerhalb der Europäischen Union gedeckt. Der Import von Eiweißfuttermitteln ist angesichts der gegenwärtigen Markt- und Preisentwicklungen sowie seiner Folgen für das Klima und der Wahlfreiheit der Verbraucher hinsichtlich GVO-freier Lebensmittel zu hinterfragen. Die Einbeziehung des Anbaus von Kulturen ohne Stickstoffdüngung in das Greening kann dem Anbau, der Züchtung und dem Einsatz von Eiweißpflanzen in der EU und in Deutschland neue Impulse verleihen.

Eine europäische Eiweißstrategie sollte zum Ziel haben, die Importabhängigkeit zu reduzieren. Dabei ist dem Wunsch der Konsumentinnen und Konsumenten nach Wahlfreiheit und nach einer heimischen Futtermittelversorgung Rechnung zu tragen. Weitere Forschungsbedarfe zum Eiweißpflanzenanbau bestehen in den Bereichen Züchtung, Anbau, Verarbeitung, produktions-technische Kriterien, ökologische Aspekte sowie Nachfragepotential und Umsetzung.

Auffällig ist auch, dass die globale Produktion von Raps im Wirtschaftsjahr 2012/13 bereits im 3. aufeinanderfolgenden Jahr nicht mehr angestiegen ist und mit 61,1 Mio.t auf den identischen Wert des Vorjahres geschätzt wird, trotz ausgeweiteter Anbaufläche.

Eine wiederholt enttäuschende Ernte 2012/13 wurde in der EU verzeichnet mit 19,4 Mio. t gegenüber 19,2 Mio. t im Jahr 2011/12. Bereits im Wirtschaftsjahr 2011/12 wurden erhebliche Mengen importiert und dies erfolgte ebenfalls im Jahr 2012/13 (3,1 Mio. t Import, Export 0,1 Mio. t). Da in den wichtigsten Exportländern



2012 auch geringere Ernten erzielt wurden, stand relativ wenig Raps am Weltmarkt zur Verfügung. Im September 2012 wurden an der Matif Rapskontrakte mit 500 €/t, einer historischen Höchstmarke an den Börsen, gehandelt. Der Rapsmarkt ist eng an die Entwicklung auf dem Sojamarke gebunden. Noch bis Mitte Juni 2013 wurden Rekordpreise für sofort gelieferten Raps notiert.

Im Durchschnitt wurden 2011/12 innerhalb der EU Raps-Erträge von 2,8 t/ha und 2012/13 von 3,0 t/ha erzielt.

Die Rapsernte 2012 in der EU lag mit 19,44 Mio. t auf etwa 6,3 Mio. ha leicht über den Prognosen. In den beiden Hauptanbauländern Frankreich und Deutschland wurde die Erzeugung im Jahr 2012 mit 5,4 (4,5) bzw. 4,8 (3,9) Mio. t ermittelt. Dies entsprach für Frankreich einem Plus von etwa 20% und für Deutschland von 23 % gegenüber dem Vorjahr. Für 2013 wird in Deutschland eine deutlich höhere Produktion erwartet während sie in Frankreich voraussichtlich etwas zurückgehen wird, entsprechend der ausgeweiteten bzw. reduzierten Anbauflächen für Raps.

Im Ökologischen Anbau spielten Ölsaaten in Deutschland kaum eine Rolle. Von den 435.000 ha 2011 wurden 1.800 ha mit Raps, 2.400 ha mit Sonnenblumen und 1.200 ha mit Sojabohnen bestellt.

2012 wurden in Rheinland-Pfalz auf einer Fläche von 46.800 ha Ölfrüchte, davon 45.900 ha Winterraps (im Vorjahr 43.900 ha), angebaut und geerntet. Aufgrund der langanhaltenden Frostperiode und einer Trockenheitphase im Mai wiesen viele Flächen Schäden auf und der Ertrag lag zum 2. Mal in Folge unter dem Durchschnitt. Bei Winterraps wurden durchschnittlich 3,1 t/ha gedroschen und damit 0,5 t bzw. 13 % weniger als im langjährigen Durchschnitt. Insgesamt lag die Winterrapsproduktion mit 143.438 t mit fast 34 % - auch aufgrund der Flächenausdehnung - über der Erzeugung des Vorjahrs, aber unter dem Durchschnitt der Jahre 2006-2011.

### Entwicklung des Zuckermarktes

Die Weltzuckererzeugung wird im Zuckerwirtschaftsjahr 2012/13 auf rund 183 Mio. t (Rohwert Zentrifugalzucker) geschätzt, 7,7 Mio. bzw. 4,4 % höher als im Vorjahr. Dieser Anstieg ist vor allem dem Rohrzucker zuzuschreiben. Im Wirtschaftsjahr 2012/13 werden rund 145 Mio. t Rohrzucker und 38 Mio. t Rübenzucker erzeugt.

Dieser Erzeugung steht 2012/13 ein weltweiter Verbrauch von 168,7 Mio. t Zucker (2010/11 mit 165,5 Mio. t) gegenüber, also einem Anstieg von 3,2 Mio.t bzw. rund 2 %.

Damit kann von einem weiteren leichten Anstieg der Bestände ausgegangen werden.

Der Weltmarktzuckerpreis hat in den vergangenen Jahren erhebliche Schwankungen erfahren.

Im Dezember 2011 stand der Preis bei 457,90 €/t und stieg bis März 2012 auf 484 €/t an. Beobachtungen des Weltmarktpreises für Zucker zeigen, dass insbesondere Meldungen über unterschiedliche Fundamentaldaten zu dieser sehr volatilen Preisentwicklung führten. Von April bis August 2012 bewegte sich der Weißzuckerpreis an der Börse in London um 560 €/t Zucker. Der darauffolgende Preisrückgang setzte sich bis zum Jahresende fort. Von Januar bis März 2013 stieg der Preis wieder an und pendelte sich im April bei 384 €/t Weißzucker ein.

In der EU wird 2012/13 auf rund 1,6 Mio. ha Zuckerrüben angebaut. Die Zuckerfabriken produzierten EU-weit 17,554 Mio. t Zucker, das waren rund 6 % weniger als im Jahr zuvor. Mit 11,1 t/ha lag der Zuckerertrag nur leicht unter dem Vorjahresertrag von 11,7 t/ha. Die Anbaufläche in der EU wurde gegenüber dem Vorjahr um 28.000 ha ausgedehnt und beläuft sich auf 1,586 Mio. ha.

Aufgrund der hohen Weltmarktpreise waren im Jahr 2012 wie bereits 2011 die Zuckerimporte in die EU (auch bei zollfreien Einfuhrmöglichkeiten) verhalten. Durch die guten Exportmöglichkeiten der Zuckerindustrie trat auch eine Verknappung des „Quotenzuckers“ ein, so dass für Zuckerverarbeiter relativ hohe Ausgaben und Versorgungsengpässe bei der Beschaffung von Zucker entstanden.

Durch die Reform der Zuckermarktordnung 2006 wurde der Anbau erheblich eingeschränkt. Nur noch knapp 85 % des EU-Zuckerbedarfs werden derzeit durch heimische Erzeugung gedeckt.

Die EU-Kommission hat im vergangenen Jahr im Rahmen der bestehenden Marktordnungsregelungen Maßnahmen ergriffen, um der angespannten Situation entgegen zu wirken. Diese Maßnahmen kamen aber teilweise zu spät und konnten keine anhaltende Verbesserung der Preis- und Versorgungssituation der Zuckerverwender bewirken.

Im Januar 2012 hat die EU-Kommission zollfreie Lieferungen gestoppt, weil sie aufgrund der guten Ernte von einer besseren Versorgungssituation ausgegangen war, die jedoch nicht in dem erwarteten Umfang eintrat.

In einem Bundesratsbeschluss wurde das BMELV gebeten, auf die EU-Kommission einzuwirken, damit sie für eine wirksame Marktentlastung und zeitnahe verlässliche Maßnahmen sorgt.

Die Europäische Kommission hat 2012/2013 zur Entlastung des Binnenmarktes in erheblichem Umfang Quotenüberschuss-Zucker zum Verkauf freigegeben. Innerhalb der EU ist auch aufgrund der gesunkenen Weltmarktpreise eine deutliche Entspan-

nung eingetreten.

Für das WJ 2012/2013 wird innerhalb der EU mit einer verfügbaren Menge (inkl. Importe) von 20,026 Mio. t Quotenzucker und 4,4 Mio. t Nichtquotenzucker und mit einem Lagerbestand am Ende des WJ in Höhe von rd. 2 Mio. t. gerechnet.

In Deutschland wurden 2012/13 auf rund 345.000 ha (357.032 ha im Jahr 2011/12) Zuckerrüben angebaut. Die Zuckerrübenenerträge lagen mit durchschnittlich 71,3 t/ha deutlich über denen des Vorjahrs (70,1 t/ha). Die Zuckererzeugung 2012/13 wurde mit 4,01 Mio. t beziffert und belief sich aufgrund der reduzierten Anbaufläche unter dem Vorjahresergebnis (4,27 Mio. t). Der durchschnittliche Zuckerertrag wurde mit 11,63 t/ha - ebenfalls unter dem Wert des Vorjahres (11,95 t/ha) - ermittelt.

In Rheinland-Pfalz wurde der Zuckerrübenanbau 2012 gegenüber 2011 um etwa 4000 ha reduziert und lag bei 19.200 Hektar. Die Erntemenge umfasste 1.36 Mio. t (1,43 Mio. t im Jahr 2011/12), 5,1 % unter dem Vorjahr.

Die süddeutschen Zuckerrübenanbauer und ihre Zuckerfabriken schlossen die Zuckerrübenkampagne 2012/13 wieder mit einem guten Ergebnis ab. Im Anbaugebiet des Verbands Süddeutscher Zuckerrübenanbauer betrug der durchschnittliche Zuckerrübenenertrag 69,5 t/ha und lag damit im vierten Jahr in Folge bei einem durchschnittlichen Ertrag von 70 t/ha bei einem Zuckergehalt von 18,13 %. Aufgrund der guten Geschäftsergebnisse im Segment Zucker bei der Südzucker AG konnten auch in den Preisverhandlungen für die Rübenzüchter erfolgreiche Ergebnisse erzielt werden. 2012/13 wurde daher neben dem Grundpreis (26,29 €/t) ein Bonus von 17,71 €/t gewährt, so dass für Quotenrüben 44 €/t erzielt wurden.

Der Grundpreis für Ethanol- und Industrierüben blieb auf dem sehr guten Vorjahresniveau von 24 €/t bei einem Zuckergehalt von 16 %.

In Deutschland erfolgte der ökologische Anbau von Zuckerrüben 2011 auf 1.100 ha und damit unter 1% der ökologisch bewirtschafteten Fläche.

Auch in Rheinland-Pfalz wurden 2012 nur auf 56 ha „Biorüben“ angebaut in wenigen Betrieben. Dadurch gestaltet sich auch eine getrennte Verarbeitung schwierig, bzw. sind größere Entfernungen bei Transport in Kauf zu nehmen.

## Ausblick auch zum Auslaufen der Zuckermarktordnung 2016/17

Die Zuckerversorgung in der EU dürfte in 2013/14 komfortabler ausfallen. Zwar liegt der Zuckerverbrauch innerhalb der EU mit 18,1 Mio. t um etwa 2 Mio. t über der erwarteten europäischen Produktion von 15,9 Mio. t (plus 2 % gegenüber Vorjahr). Export und Import dürften aufgrund von Abkommen stabil bleiben und die Bestände um knapp 5 % auf 3,1 Mio. t anwachsen.

In der EU zeichnen sich für Quoten- und Industriezucker 2012/13 grundsätzlich Verkaufspreise in zufriedenstellender Höhe ab, auch wenn im Sommer 2013 der seit 3 Jahren niedrigste Marktpreis verzeichnet wurde. Für die Saison 2013/14 ist aufgrund einer größeren Zuckererzeugung weltweit mit einem weiteren Bestandaufbau und einem stärkeren Preisdruck zu rechnen.

In Rheinland-Pfalz wurden 2013 die Zuckerrübenanbauflächen um 4,8 Prozent gegenüber dem Jahr 2012 eingeschränkt und umfassen etwa 18.300 ha. Eine entsprechend niedrigere Ernte wird erwartet. Ob und in welcher Höhe zu dem Rübenmindestpreis (26,29 €/t) wie in 2011 und 2012 künftig noch außerordentliche Zuschläge möglich sein werden, ist derzeit nicht seriös prognostizierbar.

Aufgrund des Auslaufens der Zuckermarktordnung zum 30. September 2017 sind die Erzeuger in der EU verunsichert. Allerdings

- produzieren die rheinland-pfälzischen Zuckerrübenanbauer in einem Gebiet mit relativ vielen Standortvorteilen gegenüber anderen europäischen Anbaugebieten,
- liefern die rheinland-pfälzischen Anbauer an besonders leistungsfähige Zuckerunternehmen,

so dass in den kommenden Jahren mit keinen größeren Verwerfungen am EU-Zuckermarkt gerechnet wird.

Allerdings kann die Volatilität nach dem Auslaufen der Quotenregelung aufgrund des größeren Einflusses des Weltmarktes auf den EU-Binnenmarkt zunehmen.

In wie weit dabei Agrarspekulationen künftig die Zuckerbörsen beeinflussen werden, und Investmentgeschäfte (die Deutsche Bank ist angeblich der größte Zuckerhändler weltweit) auf das Angebot-Nachfrageverhältnis einwirken, wird auch künftig kaum exakt messbar sein.

Das Land Rheinland-Pfalz wird durch das Projekt „Zukunft Zuckerrübe“ die Effizienz und die Nachhaltigkeit des Zuckerrübenanbaus fördern. Von 2013 bis 2015 sollen in dem Projekt Empfehlungen für einen möglichst umweltschonenden und gleichzeitig wirtschaftlichen Zuckerrübenanbau in Rheinland-Pfalz erarbeitet werden. Es baut auf

die Ergebnisse eines seit 2009 laufenden Gemeinschaftsprojektes zur Erhaltung und Förderung eines zukunftsfähigen Zuckerrübenanbaus auf.

### 3.2.3 Vielfalt der Regionen

Rheinland-Pfalz ist das Bundesland mit der größten Vielfalt regionaler Eigenarten und landschaftlicher Vielfalt. Aufgrund unterschiedlicher geografischer (z. B. Boden, Klima, Topografie) und sozioökonomischer (z. B. Besiedlung, Betriebsgrößen, Betriebsformen) Bedingungen haben sich in Rheinland-Pfalz charakteristische agrarstrukturelle Räume<sup>18</sup> herausgebildet:

In Rheinland-Pfalz werden 35 % der Landesfläche land- und weinbaulich genutzt. Von diesen 35 % oder 703.000 ha sind 401.600 ha entsprechend 57 % Ackerfläche incl. 18.400 ha Gemüsebau sowie 63.300 ha Rebfläche. Das Dauergrünland macht mit 230.700 ha 33 % an der landwirtschaftlichen Nutzfläche aus und prägt vor allem die Mittelgebirgslagen sowie die Talauen. Der Obstbau wird auf 5.200 ha betrieben.

Tab. 11: **Flächennutzung in Rheinland-Pfalz**

Fläche	ha	%
Insgesamt	1.985.300	
Wald	833.500	42
Landwirtschaftlich genutzte Fläche	703.000	35
davon		
• Ackerfläche	401.600	(57)
• Rebfläche	63.300	(9)
• Obst	5.200	(<1)
• Grünland	230.700	(33)

Vor diesem Hintergrund haben sich in Rheinland-Pfalz drei Standorttypen der Landwirtschaft herausgebildet, die nachfolgend in der Abbildung dargestellt und anschließend kurz beschrieben sind.

<sup>18</sup> Vgl. Staatskanzlei (1995): Landesentwicklungsprogramm III, S. 103ff.

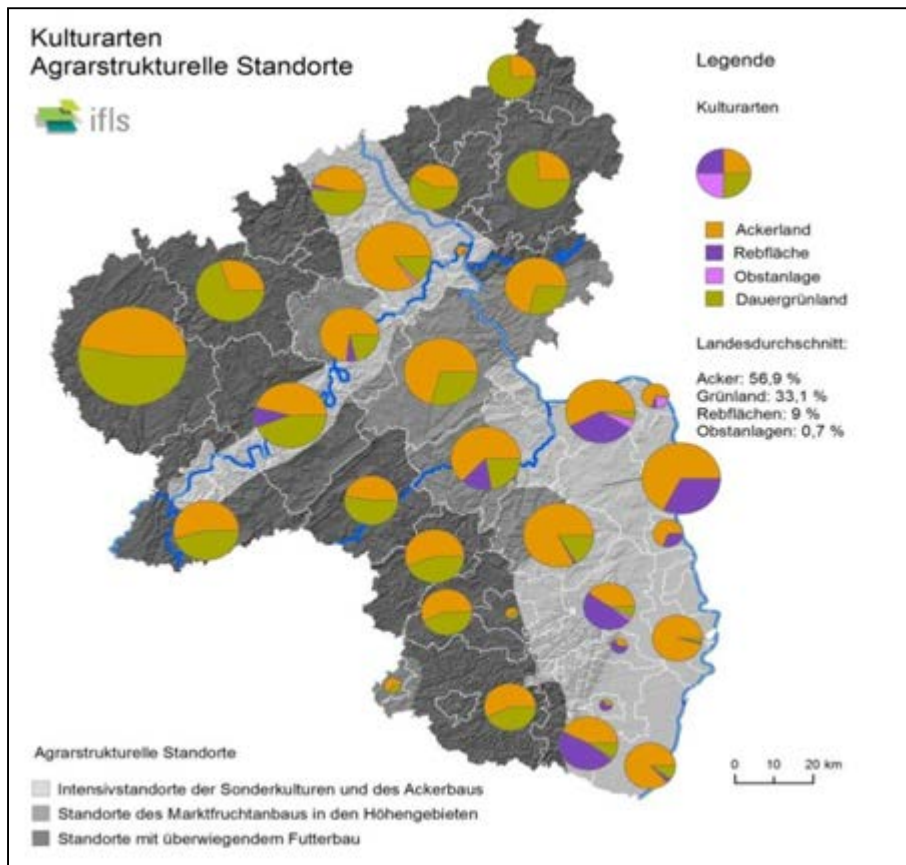


Abb. 8: Flächenanteile der Kulturarten an der gesamten LF eines Landkreises im Jahr 2010 und Agrarstrukturelle Standorte

### 3.2.3.1 Standorte des Marktfruchtbaus in den Höhegebieten

Hierzu zählen die Randgebiete, die an den Oberrheingraben, das Maifeld und das Neuwieder Becken anschließen und teilweise weit in die Westpfalz und den Hunsrück hineinragen und auch das Gebiet um Zweibrücken. Neben extensiv wirtschaftenden Marktfruchtbaubetrieben kommen an diesen Standorten insbesondere Gemischtbetriebe vor.

### 3.2.3.2 Intensivstandorte der Sonderkulturen und des Ackerbaus<sup>19</sup>

Zu den Gebieten in klimatischen Gunstlagen und mit guten Bodenqualitäten gehören der Oberrheingraben (Vorder- und Südpfalz, Rheinhessen), das Moseltal, das Maifeld, das Neuwieder Becken und die Grafschaft im Kreis Ahrweiler. Die Sonderkulturen Wein, Obst und Gemüse sowie ein intensiver Ackerbau nehmen ca. 95 % der landwirtschaftlich genutzten Fläche ein. Hier dominieren die Dauer- und Sonderkul-

<sup>19</sup> Quelle: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

turbetriebe sowie die Marktfruchtbau- und im Neuwieder Becken auch die Veredlungsbetriebe.

### Ackerbau

Der Ackerbau konzentriert sich in den Regionen Rheinhessen, Pfalz sowie Neuwieder Becken, wobei mit 60 % Getreide die Hauptfrucht darstellt gefolgt von Ölfrüchten, Zuckerrüben und Kartoffeln. Beim Anbau von Frühkartoffeln ist Rheinland-Pfalz Marktführer in Deutschland.

Tab. 11: **Nutzung der rheinland-pfälzischen Ackerfläche**

Ackerfläche	ha	%
Insgesamt	401.600	
• Getreide	239.400	60
• Kartoffeln	7.900	2
• Zuckerrüben	19.600	5
• Ölfrüchte (Raps, Sonnenblumen ...)	44.600	11
• Tabak	700	0,2

### Weinbau

Rheinland-Pfalz ist mit 63.3000 ha Rebfläche das Weinbaugebiet Nummer Eins in Deutschland. Die Flächen verteilen sich auf die sechs Anbaugebiete Rheinhessen, die Pfalz sowie Mosel, Nahe, Mittelrhein und Ahr. Die beiden großen Anbaugebiete Rheinhessen und Pfalz machen zusammen ca. 70 % der Rebfläche in Rheinland-Pfalz aus.

### Gemüsebau

Die erwerbsmäßige Erzeugung von Gemüse konzentriert sich in Rheinland-Pfalz im Rhein-Pfalz-Kreis. Die in diesem Landkreis ansässigen 142 Betriebe bauten im Jahr 2012 auf einer Fläche von fast 11.500 ha Gemüse an. Sie bewirtschaften damit 59 % der Freilandflächen für Gemüse im Land. In Rheinland-Pfalz bauten nach Angaben



des Statistischen Landesamtes in Bad Ems im vergangenen Jahr 487 Betriebe auf 19.400 ha Freilandflächen über 40 verschiedene Gemüsearten an.

Die Gemüse anbauenden Betriebe wurden im Laufe der Jahre immer größer (vgl. nachstehende Abbildung zur Gesamtentwicklung des Gemüsebaus in Rheinland-Pfalz). Während heute ein Betrieb auf durchschnittlich 40 ha Gemüse anbaut, waren es im Jahr 2000 erst 15 ha. Von den insgesamt 490 Betrieben verfügten knapp ein Drittel über eine Anbaufläche von 20 ha und mehr. Sie bewirtschafteten 86 % der gesamten Anbaufläche des Landes.

Trotz der Vielfalt an Gemüsearten haben sich die Betriebe auf wenige Arten spezialisiert. Auf ein Anbauareal von jeweils über 1.000 ha kamen sieben Gemüsearten. Der größte Anteil an der Anbaufläche entfiel mit fast 15 % auf Radieschen. Sie wuchsen auf über 2.800 ha. Es folgten Möhren und Karotten (8,9 % der Anbaufläche), Bundzwiebeln (8,1 %) Speisezwiebeln (6,9 %), Blumenkohl (6,7 %), Spargel (6,6 %) und Feldsalat (5,6 %).

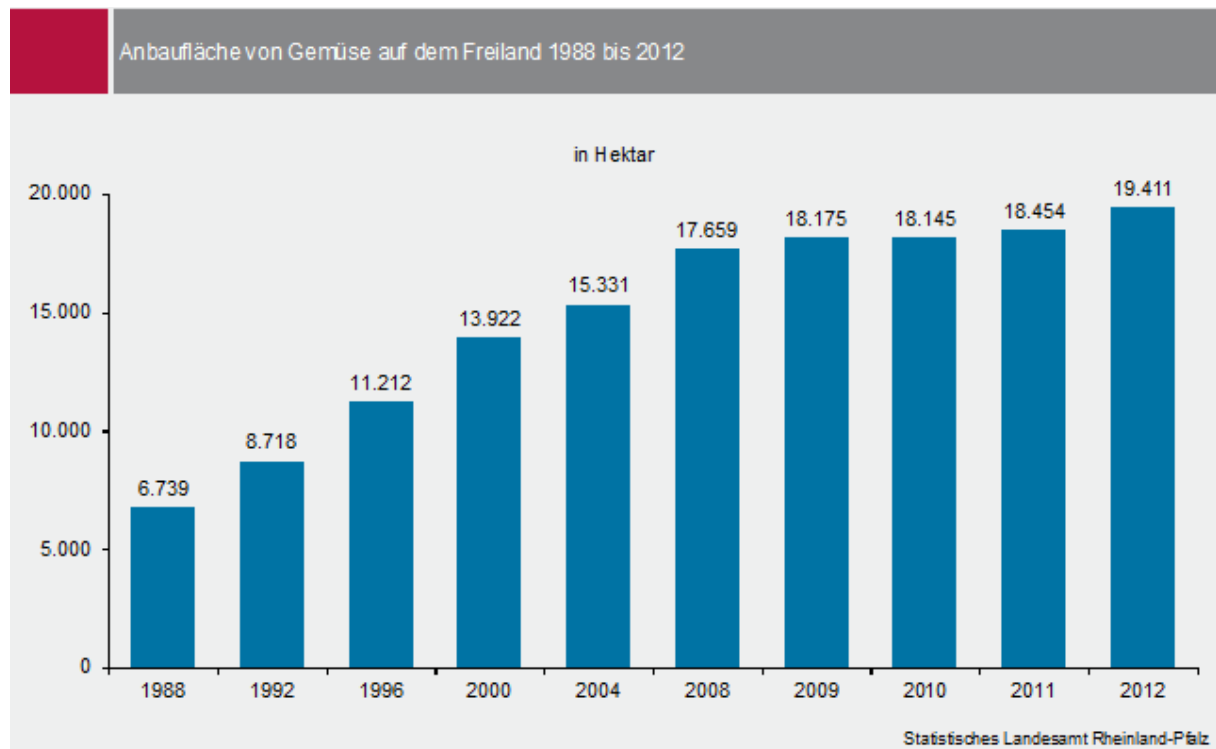


Abb. 9: **Anbaufläche von Gemüse auf dem Freiland**

## **Obstbau**

Der Obstbau konzentriert sich auf drei Regionen: Rheinhessen/Pfalz, Neuwieder Becken/Meckenheim sowie Untermosel. Von den 4.300 ha Obstanbaufläche entfallen 1.600 ha auf Äpfel, 1.300 ha auf Kirschen sowie 1.000 ha auf Zwetschgen.

### **3.2.3.3 Standorte mit überwiegendem Futterbau**

Diese Standorte umfassen den Westerwald, die Nordwesteifel und Teile der Kreise Kusel, Zweibrücken und Pirmasens. Der Grünlandanteil reicht i. d. R. von 50 bis 100 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche. Auf diesen Standorten liegt der Schwerpunkt der rheinland-pfälzischen Milcherzeugung sowie der Mutterkuhhaltung. Hier dominieren die Futterbaubetriebe mit Milchviehhaltung – insbesondere in der Westeifel – sowie die extensiv wirtschaftenden Mutterkuhhaltungsbetriebe (Rindfleischerzeugung). Die Milchviehhalter betreiben in vielen Fällen zur Nutzung der anfallenden Gülle einerseits und der Standorteignung für Mais zusätzlich Biogasanlagen als weiteres betriebliches Standbein. Da diese Standorte zu der Gebietskulisse der benachteiligten Gebiete gehören, erhalten diese Betriebe zusätzlich die Ausgleichszulage als weiteren flächenbezogenen Einkommenstransfer, um in den Mittelgebirgsregionen eine flächendeckende Landbewirtschaftung aufrecht zu erhalten. Auch aus ökologischen und kulturlandschaftlichen Gründen stehen hier die Grünlandflächen im besonderen Blickpunkt, die es zu erhalten gilt.

Im rheinland-pfälzischen Landesdurchschnitt gliedert sich die Bewirtschaftung der Landwirtschaftsfläche wie folgt: Ackerland 56,9 %, Dauergrünland 33,1 %, Rebflächen 9 % und Obstanlagen 0,7 %.

### 3.2.4 Ökologischer Land- und Weinbau in Rheinland-Pfalz

2012 wirtschafteten 1.076 Betriebe **in Rheinland-Pfalz** ökologisch. Ausgehend von 698.000<sup>20</sup> ha landwirtschaftlich genutzter Fläche in Rheinland-Pfalz lag der Anteil der ökologisch bewirtschafteten Fläche mit 44.215 ha bei 6,3 % und damit knapp über dem Bundesdurchschnitt (6,2%).

Im Vergleich zum Vorjahr erhöhte sich die Zahl der Ökobetriebe um 10,5 % (im Bundesdurchschnitt um 1,9 %). Die ökologisch bewirtschaftete Fläche stieg mit 3.765 ha um 9,3 % (Bundesdurchschnitt: 1,8%). Rheinland-Pfalz lag im bundesweiten Ranking an 2. Stelle, sowohl bei der prozentualen Zunahme der Ökofläche als auch bei der absoluten Flächenzunahme.

In Rheinland-Pfalz umfasste die durchschnittliche Steigerungsrate in den letzten 10 Jahren (2002-2012) bei den Ökobetrieben bei 7,7 % und bei der Ökofläche bei 10,1 %. In dem genannten Zeitraum ist die Zahl der Ökobetriebe um das doppelte und die Ökofläche um das 2,6-fache gestiegen (s. nachfolgende Tabelle).

Das beständige starke Wachstum des Ökolandbaus in Rheinland-Pfalz ist das Ergebnis einer kontinuierlichen Verbrauchernachfrage sowie Förderung und der damit für die Landwirte erkennbaren Perspektive.

Der im Bundesvergleich überdurchschnittliche Anstieg bei den ökologisch bewirtschafteten Betrieben und Flächen im Jahr 2012 ist auf die besonderen Anstrengungen der Landesregierung zur Ausweitung und Stärkung des Ökologischen Landbaus und speziell auf die Anhebung der Fördersätze im Programm PAULa (Agrar-Umwelt-Landschaft) zurückzuführen.

Deutschland ist europaweit der mit Abstand wichtigste Ökomarkt. Der Umsatz betrug in 2012 über 7 Mrd. Euro (+ 6 % im Vergleich zum Vorjahr). Der Anteil am gesamten Lebensmittelmarkt in Deutschland wird in 2012 auf rund 3,9 % geschätzt. Weitere umsatzstarke Länder waren Frankreich mit 3,4 Mrd. Euro und Italien mit 1,6 Mrd. Euro Umsatz.

In Deutschland wird die Nachfrage nach ökologisch erzeugten Lebensmitteln verstärkt durch Importe gedeckt. Auch Produkte, die im Inland produziert werden könnten, wie z.B. Kartoffeln, Äpfel, Möhren, Schweinefleisch und Milchprodukte werden

<sup>20</sup> Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, Stichprobenerhebung; Ergebnis der Hochrechnung auf 100 gerundet.

eingeführt. Nach Erhebungen des Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft fehlten Anfang 2012 rund 10.000 Ökobetriebe in Deutschland.

22.932 Ökobetriebe waren zum 31.12.2012 in Deutschland gemeldet. (+ 426 Biobetriebe im Vergleich zum Vorjahr).

Mit einem Ökoflächenanteil von 6,3 % an der GesamtLF, der knapp über dem Bundesdurchschnitt liegt, wird Rheinland-Pfalz, ebenso wie die anderen Bundesländer, das Nachhaltigkeitsziel der Bundesregierung, die ökologisch bewirtschafteten Flächen auf 20 % zu erhöhen, kurzfristig nicht erreichen.

Auch aus diesem Grund hat die Landesregierung dem ökologischen Landbau die Förderung verstärkt. Durch den Ausbau des ökologischen Landbaus wird ein nachgewiesener Beitrag zum Erhalt der Ökosysteme, der Artenvielfalt, zum Wasser- und Klimaschutz sowie zur Bewahrung des ländlichen Raumes geleistet.

Die Landesregierung unterstützt den ökologischen Land- und Weinbau mit einer Reihe von Maßnahmen, um den Aufwärtstrend zu verstärken und noch mehr Betriebe zum Umstieg zu motivieren.

Neben der Erhöhung der Prämienätze im Rahmen des Programms PAULa (Agrar-Umwelt-Landschaft) von 20 auf 25 % in 2012, fördert die Landesregierung insbesondere Marktstruktur- und Marketingmaßnahmen im Öko-Bereich. Außerdem sollen die Beratung des Kompetenzzentrums Ökologischer Landbau (KÖL) ausgebaut, Inhalte der ökologischen Wirtschaftsweise stärker in Schule und Ausbildung berücksichtigt und das Versuchswesen weiter gestärkt werden. Mit den Beratern für den ökologischen Land- und Weinbau werden die Betriebe insbesondere in der Umstellung auf die ökologische Wirtschaftsweise unterstützt, gleichzeitig stellen die regelmäßigen Mitteilungen an die Betriebe eine wichtige Hilfe z.B. beim Pflanzenschutz dar.

Tab. 13: **Ökobetriebe und ökologisch bewirtschaftete Fläche in Rheinland-Pfalz von 1999 bis 2012** Quelle: Anzahl Betriebe und Flächen aus Jahresehebungen der ADD Trier

Jahr	Anzahl Betriebe	Veränderung zum Vorjahr in %	Fläche in ha	Veränderung zum Vorjahr in %
1999	407	0,7	11.212	3,8
2000	423	3,9	12.736	13,6
2001	485	14,7	15.136	18,8
2002	518	6,8	16.978	12,2
2003	540	4,2	18.604	9,6
2004	539	-0,2	18.957	1,9
2005	565	4,8	20.483	8
2006	593	4,9	21.290	3,9
2007	685	15,5	24.835	16,6
2008	798	16,5	28.697	15,5
2009	851	6,6	32.154	12
2010	926	8,8	37.733	17,3
2011	973	5,1	40.450	7,2
2012	1076	10,5	44.215	9,3

### Rheinland-Pfalz „Bio-Weinland-Nummer 1“

Von den insgesamt ca. 6.900 ha ökologischer Rebflächen in Deutschland werden 4.500 ha in Rheinland-Pfalz bewirtschaftet. Dies entspricht 65 % der Öko-Rebfläche in Deutschland. Damit ist Rheinland-Pfalz innerhalb Deutschlands das „Bio-Weinland Nummer 1“.

In der letzten Dekade wurde aufgrund der steigenden Nachfrage nach ökologischem Wein in den Anbaugebieten Rheinhessen, Pfalz, Mosel sowie Nahe, Mittelrhein und Ahr die ökologisch bewirtschaftete Anbaufläche stark ausgedehnt. Die Wachstumsrate von 2010 – 2012 beträgt für Rheinland-Pfalz 23 %, also ein Anstieg von 3.650 ha auf 4.500 ha. Diese ökologische Rebfläche wird von 379 Betrieben bewirtschaftet. 149 Betriebe in Rheinhessen bewirtschaften 2.195 ha (48,8 % der Öko-Fläche) gefolgt von der Pfalz mit 126 Betrieben und 1.647 ha. An der Mosel werden von 72 Betrieben 392 ha (8,7 % der Öko-Fläche), an der Nahe von 17 Betrieben 233 ha sowie am Mittelrhein und der Ahr 13 Betriebe mit zusammen 33 ha ökologischer Rebfläche bewirtschaftet.

Der ökologische Weinbau in Deutschland ist in den letzten Jahren ebenfalls stark gewachsen. Die großen überproportionalen Zuwachsraten von 50 – 80 % in den Jahren 2006 – 2008 werden aktuell nicht mehr erreicht. 2011 wurden 6.900 ha in Deutschland ökologisch bewirtschaftet und für 2012 werden 7.500 ha erwartet. Dies entspricht einem Anteil von 7,5 % an der Rebfläche Deutschlands.

Der Markt für Biowein hat sich parallel mit der Ausweitung der Produktion entwickelt bzw. die Nachfrage ist in vielen Verbraucherländern wie Großbritannien, Niederlande, Schweden, Japan und der USA überproportional gewachsen. Für viele exportorientierte Betriebe in Europa ist die Umstellung auf ökologischen Weinbau ein der Kundennachfrage geschuldetes Muss. Durch die Umstellung auf organisch-biologische und insbesondere biologisch-dynamische Wirtschaftsweise von vielen namhaften Weinbaubetrieben (VDP, Traditionsweingüter Österreich, Grand Cru Weingüter aus dem Bordeaux und Burgund) weltweit hat der Biowein einen enormen Imagegewinn in der gesamten Weinbranche wie auch bei den Weinjournalisten und Verbrauchern gewonnen.

Die Betriebe sind organisiert bei ECOVIN (Bundesverband Ökologischer Weinbau), Bioland sowie Demeter und vereinzelt auch bei Naturland. Eine nicht unerhebliche Zahl an Betrieben unterliegt „nur“ der EU-Bio-Verordnung ohne Mitgliedschaft in einem der Bio-Verbände. Allerdings ist eine Zunahme der Mitgliedschaften zu verzeichnen. Die Betriebsgröße schwankt je nach Weinbauregion und liegt im Durchschnitt bei ca. 10 ha Rebfläche mit größtenteils Flaschenweinvermarktung. Neben den selbstvermarktenden Betrieben gibt es aber auch einen lebhaften Fasswein- und Traubenmarkt mit vertraglicher Bindung an Weinbaubetriebe, Kellereien oder Genossenschaften.

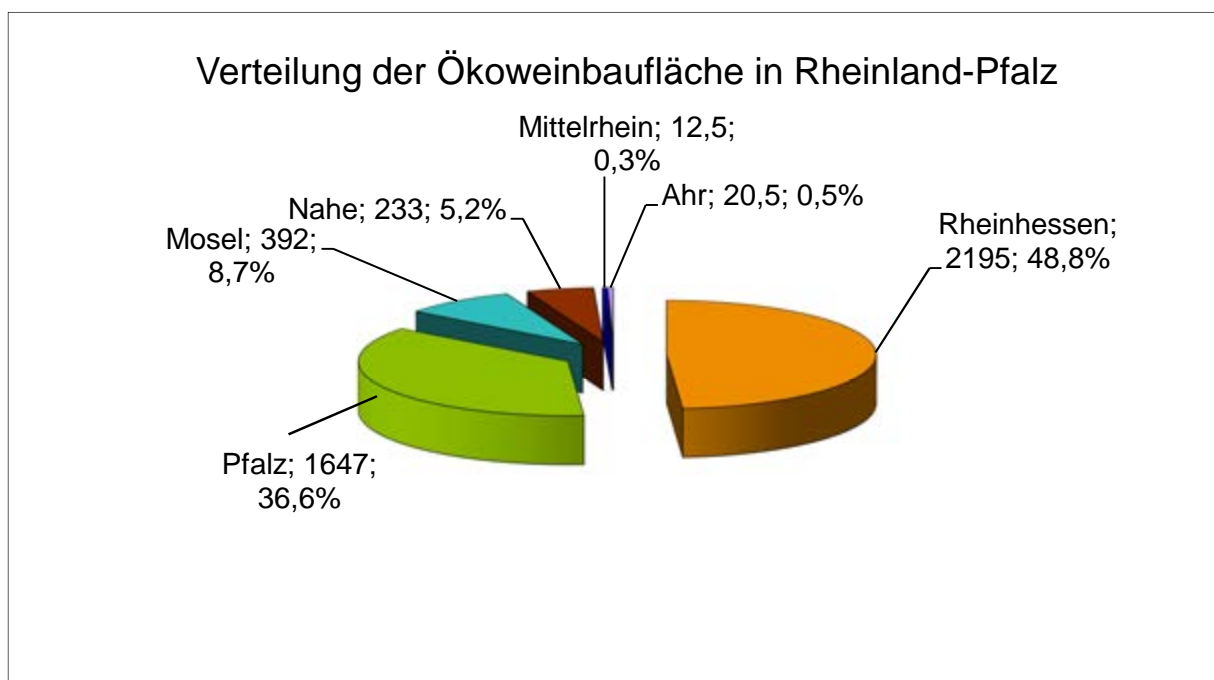


Abb. 10: **Ökoweinfläche nach Anbaugebieten in Rheinland-Pfalz**  
Quelle: Beate Fader – DLR Rheinhessen-Nahe-Hunsrück

## 4. Handlungsfelder und Strategien

### 4.1 Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt

Ein effizienter Umgang mit Rohstoffressourcen wird eine Schlüsselkompetenz zukunftsfähiger Gesellschaften und zur Bewahrung unseres Planeten sein. Zukunftsgestaltung erfordert ein grundlegendes Umdenken. Nachhaltigkeit ist zu einem zentralen Leitprinzip für alle Politikbereiche geworden, um die Entwicklungen in Wirtschaft, Umwelt und Gesellschaft dauerhaft tragfähig und zukunftsfähig im Sinne von sustainable development zu gestalten.

Die Wirtschaft – somit auch Landwirtschaft und Weinbau - steht heute mehr denn je vor der Herausforderung globaler Megatrends. Hierzu zählen die Urbanisierung, die steigende Nachfrage nach Rohstoffen und Energie, eine Änderung der Konsum- und Lebensstile, der Klimawandel, der Artenverlust, die Wasserknappheit und der demografische Wandel. Der Übergang zu einer kohlenstoffarmen, ressourceneffizienteren Produktion wird erhebliche Investitionen erfordern, kann aber zugleich wirtschaftliche Chancen eröffnen und Arbeitsplätze schaffen. Ein effizienter Umgang mit Rohstoffen und Materialien ist unverzichtbar, um die Wettbewerbs- und Leistungsfähigkeit der Unternehmen, die Rohstoffverfügbarkeit sowie die Ernährungssouveränität langfristig zu sichern.

Nachhaltiges Wirtschaften steht für Anpassung an die Herausforderungen unserer Zeit, das Ergreifen von wirtschaftlichen Chancen und Zukunftsverantwortung in Unternehmen und Organisationen. Inzwischen wird immer deutlicher: Richtig angegangen ist Nachhaltigkeit ein wesentlicher Wettbewerbsvorteil.

Nachhaltiges Wirtschaften lebt vom Zusammenwirken von staatlich gesetztem Rahmen und unternehmerischen Aktivitäten unter Einbeziehung der Konsumenten. Von besonderer Bedeutung ist, dass immer mehr Menschen ihre Kaufentscheidungen nicht nur von Preis, Marke und Qualität, sondern auch von einer umweltgerechten, tiergerechten, ökologischen und sozial verantwortlichen Herstellung und Verarbeitung der Produkte abhängig machen. Damit unterstützen sie nicht nur im eigenen Land, sondern auch global diese Produktionsweisen.



Eine nachhaltige Gesellschaft trägt Verantwortung für den Umgang mit der Natur, den natürlichen Lebensgrundlagen und der Nutzung von Gütern und Dienstleistungen. Nachhaltiger Konsum und nachhaltige Produktion sind zwei Seiten derselben Medaille. Steigt die Nachfrage nach nachhaltigen, regionalen Produkten, wird das entsprechende Angebot steigen – wie auch umgekehrt.

40 % der Landflächen auf unserer Erde werden von Landwirten bewirtschaftet. Landwirtschaft und natürliche Ressourcen sind dabei untrennbar miteinander verbunden. Für mehr als 25 % der Weltbevölkerung stellt die Landwirtschaft die Haupteinkommensquelle dar, und 65 % der Arbeitsplätze in den Entwicklungsländern sind in der Landwirtschaft.

Aufgrund des ständigen Anstiegs der Nahrungsmittelnachfrage bei bereits jetzt nahezu einer Milliarde unterernährter Menschen stehen die Landwirte vor einer schwierigen Aufgabe. Bei knapper werdenden Ressourcen kann nur eine nachhaltige Landwirtschaft die entscheidende langfristige Wettbewerbs- und Zukunftssicherheit verzeichnen und positive Entwicklungen bewirken.

Nachhaltige, naturverträgliche bäuerliche Landwirtschaft sollte folgende Ziele verfolgen:

- Sicherung und angemessene Steigerung der Produktivität bei gleichzeitiger Erhaltung der Regenerationsfähigkeit und des guten Zustands von Böden und Gewässern;
- Erzeugung qualitativ hochwertiger, sicherer und gesunder Nahrungsmittel;
- Schaffung ausreichender Einnahmen für landwirtschaftliche Betriebe zur Sicherung ihres Fortbestands;
- Erbringung von Ökosystemleistungen (Erhaltung von Biodiversität, genetischer Ressourcen, Wasserverfügbarkeit, Wasserdargebot und wertvollen Lebensräumen);
- Verbesserung der Lebensqualität in ländlichen Gebieten;
- Stärkung der Wirtschaft und des Tourismus;
- Bereitstellung guter Arbeitsplätze;
- Beitrag zum Erhalt der Kulturlandschaft;

- Sicherstellung des Tier- und Ressourcenschutzes;
- Beitrag zu nachhaltiger Energieversorgung und kommunalen oder privaten Dienstleistungen

Sparsamer und schonender Umgang mit Ressourcen – dieses Ziel gilt nicht zuletzt für den Grund und Boden. Dafür sind zukunftsfähige Lösungen zu entwickeln und umzusetzen, um den Flächenbedarf zu decken und zugleich die natürlichen Lebensgrundlagen und die Grundlagen der landwirtschaftlichen Produktion zu erhalten.

Weiterhin müssen agrarwissenschaftliche Forschung und Innovation eine größere Rolle spielen. Die Weichen für nachhaltiges Wachstum in der landwirtschaftlichen Erzeugung können nur gestellt werden, wenn große Anstrengungen in der agrarwissenschaftlichen Forschung und Innovation unternommen werden. Ziel ist es, in anwendungsorientierte Forschung zu investieren und die Ergebnisse umgehend in landwirtschaftliche Praktiken umzusetzen. Hier liegt eine weitere Herausforderung für die GAP und ihre ländlichen Entwicklungsprogramme der 2. Säule in den kommenden Jahren: Zugang zu Wissen für alle landwirtschaftlichen Betriebe, ob groß oder klein.

Eine Diskussion um unsere Lebensstile und um unsere Verantwortung, auch beim Konsum von Lebensmitteln, ist ebenfalls unerlässlich. Verschiedene Maßnahmen, Projekte und Initiativen sind auf die Information der Konsumenten ausgerichtet und sollen zum Nachdenken über das eigene Verhalten anregen. Die Entwicklung hin zu einem bewussten, reflektierten Verbraucher- und Kaufverhalten muss das Ziel sein. Maßnahmen wie die Ausweitung von Ökodesign auf nicht-energieverbrauchsrelevante Erzeugnisse, weitere Anreize schaffen, um Verbraucher für den Umstieg auf ressourcenschonende Produkte zu gewinnen oder aber auch Ökodesign und Ökokennzeichnung mehr Bedeutung einräumen, könnten diesen Prozess effektiv unterstützen.

Die Erzeugung preiswerter Lebensmittel und die Orientierung der Landwirtschaft am technischen Fortschritt werden in den Augen der Bürger mehr als erreicht. Dennoch können die Landwirte im Soll-Ist-Vergleich den hohen Ansprüchen der deutschen Verbraucher nur bedingt gerecht werden. Insbesondere bei der Tierhaltung, dem verantwortungsvollen Umgang mit Boden, Wasser und Luft sowie der Qualität von

Nahrungsmitteln werden die Erwartungen der Bundesbürger nicht immer erfüllt. Die Ergebnisse heben hervor, dass in den Augen vieler Verbraucher ethische und ökologische Erwägungen in der deutschen Landwirtschaft zu kurz kommen.

#### **4.2 Biologische Vielfalt und Landschaft**

Vielfalt ist die Überlebensstrategie der Natur und der Menschen. Biodiversität schützen heißt Lebensgrundlagen erhalten. Der Reichtum an Arten, und Lebensräumen sowie die Vielfalt der Genetik innerhalb der Arten bedeutet ein Mehr an Stabilität, Anpassungsfähigkeit und Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts.

Biodiversität ist unser Naturkapital. Sie ernährt die Menschen, liefert Rohstoffe, ist Vorbild für viele Produkte, Prozesse und Technologien, die wir täglich nutzen. Die Leistungen einer vielfältigen Natur finden wir in der modernen Arzneimittelforschung, der Biotechnologie oder der Bionik. Konkret betreibt bspw. das Institut für Biotechnologie und Wirkstoff-Forschung anwendungsnahe Grundlagenforschung im Bereich natürliche Wirkstoffe. Eine wesentliche Grundlage für die Arbeiten am Institut bildet die Pilzkultursammlung mit über 10.000 Stämmen. Die Sammlung repräsentiert eine hohe genetische und metabolische Diversität. Biodiversität fördert Lebensqualität, Identität und Kultur.

Schutz der Lebensgrundlage und Erhaltung der Biodiversität muss einhergehen mit der Beantwortung der wichtigsten Herausforderungen der Menschheit: Ihrer Ernährung und Armutsbekämpfung, des Wasserhaushaltes und des Klimas sowie der Rohstoff- und Energiefrage. Unterstützt werden seitens des Landes in diesem Zusammenhang sowohl Forschungskonzepte an den außeruniversitären Forschungseinrichtungen in Kaiserslautern als auch an den Universitäten Mainz, Koblenz-Landau und Trier. Zu nennen sind hier das Forschungszentrum Erdsystemwissenschaften an der Universität Mainz sowie die Forschungsschwerpunkte „Land-Wasser-Interaktionen unter dem Einfluss anthropogener Stressoren“, „Folgen des Global Change für Bioressourcen, Gesetzgebung und Standardsetzung“ und „Forschungszentrum für Regional- und Umweltstatistik“. Dieser Ansatz ist auch Grundlage unserer internationalen Zusammenarbeit, insbesondere mit unserem Partnerland Ruanda und den Partnerregionen.

Schutz der Biodiversität für heutige und künftige Generationen ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die in gemeinsamer Verantwortung von Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft steht. Sie ist in diesem Sinne Verfassungsauftrag. Erhaltung, Schutz und Förderung der Biodiversität ist Teil des Nachhaltigkeitsprogramms für Rheinland-Pfalz.

Wir wissen um die Verantwortung für eine Vielfalt an einzigartigen Kulturlandschaftstypen, Lebensräumen und Arten und nehmen sie wahr. Bedrohte Arten und Lebensräume, ihre Wiederansiedlung oder Entwicklung zu fördern, stehen dabei im Mittelpunkt.

Unsere Biodiversitätsstrategie ist kooperativ und integrativ und nimmt alle in die Verantwortung: Den Naturschutz mit seinen Instrumenten, Schutzregimen des Ordnungsrechtes und der Förderungen, die Landnutzung in Land-, Forst und Fischereiwirtschaft, die kommunalen Gebietskörperschaften und die Wirtschaft.

Auch mit dem programmatischen Ansatz „Naturschutz durch Nutzung“ bringen wir das Anliegen der Biodiversität in die Fläche. Er ist insbesondere von strategischer Bedeutung für eine umweltverträgliche Landbewirtschaftung.

Unsere Strategie zur Förderung der Biodiversität ist dynamisch. Wie die Natur selbst Vorbild für eine enorme Dynamik, für Anpassungsfähigkeit und Entwicklung ist, in ständiger Wechselbeziehung mit der belebten und unbelebten Natur.

Die Förderung und Unterstützung des Ehrenamtes hat zentrale Bedeutung für eine erfolgreiche Umsetzung unserer Vereinbarung. Umwelt- und Naturschutzverbände, Bachpaten, Verbände der Landwirtschaft und des Weinbaus, der Forst-, Jagd- und Fischereiwirtschaft und die vielen Menschen, die sich „vor der Haustür“ für unsere Umwelt einsetzen, stehen dabei im Mittelpunkt. Die Förderung der schulischen und außerschulischen Umweltbildung ist Teil des Bildungsauftrages des Landes und wird breit unterstützt.

### **Ländliche Regionen mit höchsten Pro-Kopf-Werten je Flächeneinheit**

Der Umfang der vom Menschen stark beeinflussten Flächen nimmt stetig zu. Zum Stichtag 31. Dezember 2012 entfielen nach Berechnungen des Statistischen Landesamtes auf jeden Rheinland-Pfälzer durchschnittlich 708 Quadratmeter Siedlungs- und Verkehrsflächen.

Innerhalb des Landes kommen die eher ländlich geprägten Regionen auf die höchsten Werte je Einwohner. Der Landkreis Vulkaneifel weist mit 1.680 Quadratmetern den größten Pro-Kopf-Wert auf, vor dem Eifelkreis Bitburg-Prüm mit 1.670 Quadratmetern. Werte von über 1.000 Quadratmeter erreichen noch die Landkreise Cochem-Zell (1.290 Quadratmeter), Bernkastel-Wittlich (1.190 Quadratmeter), Rhein-Hunsrück-Kreis (1.150 Quadratmeter) und Birkenfeld (1.060 Quadratmeter). Für die Großstädte errechnen sich auf Grund der höheren Bevölkerungsdichte die geringsten Werte. In der Stadt Mainz liegt er bei knapp 250 Quadratmeter vor der Stadt Ludwigshafen mit 290 Quadratmeter.

### **Urlaub auf dem Bauern- und Winzerhof**

Tourismus-Forscher stellen seit Längerem eine Rückbesinnung der Deutschen auf die Schönheit, Vielfalt und Preiswürdigkeit ihres Heimatlandes fest. Deutschland ist mit einem Marktanteil von etwa einem Drittel das beliebteste Reiseziel der Deutschen. Dabei schätzen die Gäste besonders die Nähe zur Natur und die Schönheit der Kulturlandschaft. Das unmittelbare Naturerleben erhöht gerade bei Kindern und Jugendlichen das Verständnis für Umweltbelange und die Wertschätzung gesunder Lebensmittel. Urlaub auf dem Bauernhof und Urlaub auf dem Land stellen für viele landwirtschaftliche und Weinbaubetriebe eine wichtige zusätzliche Einkommensquelle dar. Der Marktanteil von Bauernhofurlauben an allen Urlaubsreisen in Deutschland liegt bei 5 % (Urlaubsreisen) bzw. 4 % (Kurzurlaubsreisen). Zwischen Mitte 2010 und Mitte 2011 haben 4,5 Mio. Bundesbürger (6,4 % der Bevölkerung Deutschlands über 14 Jahre) 7,2 Mio. Bauernhofurlaube unternommen, davon 5,1 Mio. im Inland. Rund 25.000 landwirtschaftliche Betriebe in Deutschland bieten Urlaub auf dem Bauernhof an, davon knapp die Hälfte in Bayern. Sie erzielen mit dem Angebot von Übernachtung und Verpflegung einen Jahresumsatz von 1,1 Mrd. Euro.

Auf der Skala der Erholungsaktivitäten rangieren die landschaftsbezogenen Freizeitaktivitäten vorn, wie Spaziergehen, Spielen im Freien, Wandern und Radfahren.

Die Land- und Forstwirtschaft erhält und pflegt 29,6 Mio. ha Acker, Wiesen und Wald. Das sind 82 % der Fläche Deutschlands.

### **Reiseland Rheinland-Pfalz**

Rheinland-Pfalz verfügt über einzigartige landschaftliche Potenziale.

„Natur erleben“ ist für viele Reisende ein überzeugendes Motiv, das in Kombination mit dem Genussaspekt in Bezug auf regionale Produkte und die Kulturlandschaften ein einmaliges Urlaubserlebnis bewirkt.

Gäste in Rheinland-Pfalz wollen die natürlichen, unverbrauchten Landschaften authentisch und unverfälscht erleben. Deshalb sind sie angemessen zu schützen. Jede Nutzung von Natur und Landschaft ist unter konsequenter Betrachtung der ökologischen, ökonomischen und sozialen Nachhaltigkeit zu bewerten.

Viele Regionen des Landes verfügen aufgrund des kulturellen Erbes, des Brauchtums, der jeweiligen regionalen Produkte in Bezug auf kulinarische Besonderheiten, Weinkultur und sonstige landwirtschaftliche und handwerkliche Produkte, ihrer typischen Landschafts-, Stadt- und Ortsbilder über einzigartige Profile. Diese Besonderheiten prägen die jeweilige Region.

Genuss und Regionalität zählen zu den großen Trends im Tourismus, auch in Rheinland-Pfalz. Die Nachfrage nach qualitativ hochwertigen Speisen, für eine gesunde Ernährung mit hohem Genussfaktor, nimmt weiter zu. Angesichts der Vielfalt an Nahrungsmitteln aus aller Welt und der zunehmend industriellen Nahrungsmittelproduktion ist "Region" ein hilfreiches Orientierungsmittel, das über Authentizität und Transparenz Vertrauen schafft.

Eine entscheidende Bedeutung kommt dem Thema „Wein und Weinkulturlandschaften in Rheinland-Pfalz“ zu. In Kombination mit kulturellen, kulinarischen oder auch sportlichen Themen wie Wandern und Radfahren ergeben sich touristisch attraktive Angebote, welche die jeweilige Region für Gäste aus aller Welt interessant und einzigartig werden lässt.

Zielsetzungen für die Weiterentwicklung in den touristisch aktiven Regionen des Landes müssen sein:

- die touristische Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe in der jeweiligen Region zu steigern
- die Wertschöpfung in der Region, vor allem im ländlichen Raum, zu erhöhen
- innovative, hochwertige, regionale Produktketten (weiter-) zu entwickeln
- bei Bedarf einen intensiven, grenzüberschreitenden Erfahrungs- und Informationsaustausch in den Bereichen Esskultur, Ernährung, Genuss, Gesundheit und Tourismus zu fördern
- bestehende Initiativen zu integrieren und zu fördern.

#### **4.3 Förderung landwirtschaftlicher Betriebe in Rheinland-Pfalz**

##### **Nationales Stützungsprogramm Rheinland-Pfalz**

Rheinland-Pfalz bietet auf der Grundlage der Verordnung (EG) Nr. 1234/2007 und der entsprechenden Durchführungsbestimmungen folgende besondere Stützungsmaßnahmen für den Weinsektor an:

- Absatzförderung auf Drittlandsmärkten
- Umstrukturierung und Umstellung von Rebflächen
- Ernteversicherung
- Investitionen.

Mit den Maßnahmen sollen:

- Der Absatz und die Vermarktung von Weinen mit geografischer Herkunftsangabe in vorrangigen Zielmärkten der Drittländer mit einem Zuschuss zu den förderfähigen Kosten für Informations- und Absatzmaßnahmen unterstützt werden. Ziel ist die Wettbewerbsfähigkeit auszubauen und die Vermarktungschance zu verbessern.
- Die wirtschaftliche Situation der Bewirtschafter von Rebanlagen nachhaltig verbessert und die Arbeitsbelastung in den umgestellten und modernisierten Rebanlagen spürbar verringert werden. Durch bessere Flächengestaltung sollen zusätzlich wichtige Ressourcen (Kraftstoffe, Arbeitszeit) eingespart und



Umweltbelastungen (Einsatz von Dünge- und Pflanzenschutzmitteln) verringert werden.

- Die durch Naturkatastrophen, widrige Witterungsverhältnisse, Krankheiten oder Schädlingsbefall verursachten Risiken der Erzeugung durch einen Zuschuss für die dann abgeschlossenen Ernteversicherungen gemildert werden.
- Die Investitionen der Wirtschaftsunternehmen in Gebäude und Infrastrukturen im Rahmen des Konzentrierungsprozesses und zur Verbesserung der inneren und äußeren Qualität der Erzeugnisse zum Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit bezuschusst werden.

In der Förderperiode 2009 bis 2013 werden insgesamt rund 100 Mio. Euro verausgabt. Etwa die Hälfte im Bereich der Umstrukturierung und 40 % für Investitionen. Auf die Ernteversicherung entfallen 7 % und auf die Absatzförderung auf Drittlandsmärkten 3 %.

Für die neue Förderperiode 2014 bis 2018 wurde ein überarbeitetes Stützungsprogramm bei der EU-Kommission zur Genehmigung vorgelegt. Darüber hinaus hat die Landesregierung im Rahmen der GAP-Reform für 2014 bis 2020 die Position des Europäischen Parlaments unterstützt, die Pflanzrechtsregelung bis 2030 zu verlängern. Ebenso hat Rheinland-Pfalz die Förderung der Steillagen im Weinbau im Rahmen der einheitlichen gemeinsamen Marktorganisation gefordert, auch wenn sich dies letztendlich nicht in den Trilog Verhandlungen zur GAP-Reform niedergeschlagen hat. Die Ergebnisse der GAP-Verhandlungen sind in einem separaten Kapitel zusammengefasst dargestellt.

### **Programm Agrar-Umwelt-Landschaft (PAULa)<sup>21</sup>**

Rheinland-Pfalz bietet in seinem Programm Agrar-Umwelt-Landschaft (PAULa) die Förderung von Agrarumweltmaßnahmen an. Der im Jahr 2013 geförderte Flächenumfang wird voraussichtlich bei rund 151.000 ha liegen. Damit werden rund 21 % der landwirtschaftlich genutzten Fläche des Landes nach spezifischen Kriterien bewirtschaftet, die über die „gute fachliche Praxis“ hinausgehen. Das Programm PAULa

<sup>21</sup> PAULa stellt in der EU-Förderperiode 2007 bis 2013 das Agrarumweltprogramm des Landes Rheinland-Pfalz dar. Es ist Bestandteil des ländlichen Entwicklungsprogramms PAUL. Zusammen mit der Ausgleichszulage bildet es dessen Schwerpunkt 2.

besteht aktuell aus 16 Programmteilen. Zusätzlich bestehen noch Verpflichtungen in 5 Programmteilen des Vorgängerprogramms FUL.

Im Jahre 2013 wird voraussichtlich eine Gesamtsumme von rund 26 Mio. Euro an rund 7.000 Antragsteller ausgezahlt.

Die Auflagen der Agrarumweltmaßnahmen, zu denen sich die Landwirtinnen und Landwirte sowie Winzerinnen und Winzer freiwillig verpflichten, gehen deutlich über die Standards der guten fachlichen Praxis hinaus. Diese besonders umweltschonende Landwirtschaft ist aktiver Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen und hilft, den Verbraucherwünschen nach naturverträglichen Produkten gerecht zu werden.

Die Agrarumweltmaßnahmen sind Teil der Entwicklungsprogramme für den ländlichen Raum und werden einer Evaluierung unterzogen, um ihre Auswirkungen zu beurteilen. Die Zielerreichung für die Agrarumweltmaßnahmen muss im Rahmen der Evaluierung der EU-Kommission nachgewiesen werden. Dabei wird der Einfluss der Agrarumweltmaßnahmen auf die Biodiversität und auf die Boden-, Wasser- und Luftqualität bewertet. Diese Programme tragen auch wesentlich zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie bei.

Die Ergebnisse der Halbzeitbewertung weisen für die derzeitigen Agrarumweltmaßnahmen deutlich positive Effekte in der Biodiversität und der Verbesserung der Boden-, Wasser- und Luftqualität aus. Zusammenfassend können die folgenden Punkte als wesentliche Ergebnisse festgehalten werden:

- Die Stickstoff-Zufuhr liegt auf allen geförderten Grünlandflächen deutlich unter den Vergleichsflächen. Unter Berücksichtigung der Erträge weisen PAULA-Grünlandflächen einen neutralen bis negativen Stickstoff-Saldo auf und tragen somit zur Reduktion von Nitratbelastungen des Grundwasserkörpers bei. Auf den Grünlandflächen der Programmteilnehmer ist bei allen Programmteilen eine höhere Artenzahl (darunter viele gefährdete Arten) als auf den Vergleichsflächen festzustellen. Gleiches gilt für die Weinbaubetriebe (niedrigerer N-Saldo, Einsparung von Insektiziden, höhere Biodiversität durch Begrünungsmaßnahmen).

- Auch im Bereich des Ackerbaus liegen die N-Salden der Teilnehmer unter denen der Nichtteilnehmer (Vergleichsbetriebe), die Behandlungsintensität mit Pflanzenschutzmitteln ist geringer und eine deutlich längere Bodenbedeckung wurde festgestellt, die wesentlich zum Erosions- sowie Grundwasserschutz beiträgt.

Im Jahr 2013 wurde die Agrarumweltmaßnahme „vielfältige Fruchtfolge“ neu eingeführt. Das Landwirtschaftsministerium hat hierfür insgesamt 1 Mio. Euro öffentliche Mittel bereitgestellt. Die neue Maßnahme wurde bereits im ersten Antragsverfahren enorm nachgefragt, so dass nur rund zwei Drittel der Antragsteller (133 Betriebe mit 14.300 ha LF) anhand einer Prioritätenliste zur Teilnahme zugelassen werden konnten.

Die Effekte der vielfältigen Fruchtfolge sind auf die im Vergleich zu den Standardverfahren größere Anzahl verschiedener Ackerkulturen und den Anbau von Leguminosen zurückzuführen. Mehr Fruchtarten führen zu erweiterten Fruchtfolgen, d. h. zu größeren zeitlichen Abständen zwischen dem wiederkehrenden Anbau einer Kultur auf demselben Acker. Dies vermindert das Vorkommen spezifischer Schadorganismen und hilft damit, den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln zu verringern. Die Leguminosen binden mit Hilfe der Knöllchenbakterien Luftstickstoff. Dieser steht dann als Pflanzennährstoff auch für die Folgekultur zur Verfügung und kann damit zur Einsparung von synthetischem Mineraldünger genutzt werden. Darüber hinaus können Leguminosen wie z. B. Bohnen, Erbsen oder Lupinen als Eiweißfuttermittel verwendet werden. Sie ersetzen importiertes Sojaschrot und verbessern damit die Eiweißversorgung aus heimischer Produktion.

Die größere Vielfalt auf den Äckern unterstützt die Biodiversität. Insbesondere die Leguminosen verbessern mit ihren Blüten das Nahrungsangebot für Insekten. Zusätzliche Fruchtarten führen zu einer Auflockerung und größeren Abwechslung im Landschaftsbild. Damit ist diese neue Agrarumweltmaßnahme ein Gewinn für die Landwirte, die Natur und die Gesellschaft.

Kritisch sind die Kürzungen der EU-Mittel für die zweite Säule der GAP. In den letzten Jahren wurden die Agrarumweltmaßnahmen ausgebaut. Diese Erfolge sind nun

zunehmend mit Blick auf die neue EU-Förderperiode 2014 bis 2020 gefährdet. Positiv zu bewerten ist das „Greening“, also die Bindung der Direktzahlungen an Umweltleistungen der Landwirte, das aber national einer konsequenten Umsetzung bedarf. Das Prinzip „öffentliches Geld für öffentliche Leistungen“ muss beweisen, dass wirkungsvolle Beiträge für den Umwelt- und Naturschutz erzielt und die Akzeptanz für Prämien in der Öffentlichkeit erhalten werden.

### **Steillagenförderung am Beispiel von Rheinland-Pfalz – Hintergrund und Ziele**

In Rheinland-Pfalz werden auf rd. 5.200 ha Steil- und Steilstlagen insbesondere am Rhein, an Mosel, Nahe und Ahr Reben angebaut. Dies entspricht 8 % der Rebfläche des Landes. Der Steillagenweinbau prägt das Landschaftsbild der Flusstäler in besonderer Weise. Das Land strebt einen umfassenden Schutz der Landschaftsregionen an. Deshalb hat das Land bereits mit der Landesverordnung über das Landschaftsschutzgebiet Moselgebiet von Schweich bis Koblenz (1979) sowie durch das von der UNESCO anerkannte Weltkulturerbe Oberes Mittelrheintal (2002) besonderen Schutz eingeräumt. Die Steillagenregionen sind wichtige kulturhistorische und touristische Gebiete im Land und deshalb als Weinkulturlandschaften zu bewahren.

Die Wirtschaftlichkeit des Steillagenweinbaus leidet unter hohen Produktionskosten gegenüber dem Weinbau im Direktzug. Vom Land Rheinland-Pfalz wurden erhebliche Anstrengungen unternommen, zweckmäßig zu bewirtschaftende Rebflächen im Rahmen von Wegeerschließungen und Flurbereinigungsverfahren zu schaffen um eine Mechanisierung zu ermöglichen. Insbesondere bei Trauben- und Fassweinerzeugung sind die Erlöse oft nicht ausreichend, um ein nachhaltig gesichertes und ausreichendes Arbeitseinkommen zu erzielen. Deshalb müssen die Betriebe ihre Arbeitsproduktivität verbessern und gleichzeitig höhere Wertschöpfung erzielen. Dies wird jedoch häufig nicht ausreichen, die produktions- und arbeitstechnischen Nachteile vollständig auszugleichen. Aus diesen Gründen ist zur Erhaltung des Steillagenweinbaus eine finanzielle Förderung notwendig.

Im Steillagenkompetenzzentrum beim DLR Mosel in Bernkastel-Kues werden Versuchswesen und Beratung des Steillagenweinbaus konzentriert. Mit dem Steillagenkonzept werden in Abstimmung mit dem Weinbau die relevanten Maßnahmen zur Kostensenkung und Qualitätsverbesserung entwickelt.

Für die Kennzeichnung der Weine aus Steillagen werden derzeit besondere Qualitätskriterien entwickelt, um diesen Weinen zu einem wertvollen und wiedererkennbaren Profil zu verhelfen.

In Rheinland-Pfalz wird der Weinbau mit verschiedenen Maßnahmen gefördert. Dies sind die Umstellung und Umstrukturierung, der biotechnische Pflanzenschutz (Pheromone) die Flurbereinigung und die Förderung des ökologischen Weinbaus. Als besondere Maßnahme wird die Förderung der umweltschonenden Bewirtschaftung für Steil- und Steilstlagen mit 765 Euro/ha bzw. 2.555 Euro/ha angeboten.

Eine finanzielle Unterstützung des Weinbaus in Steil- und Steilstlagen wird von allen relevanten politischen Gruppen des Landes sowie im Europäischen Parlament gefordert. Eine gesellschaftspolitische Akzeptanz von staatlichen Hilfen zur Erhaltung der Steillagen ist gegeben. Die Förderung der Agrarumweltmaßnahmen reicht nicht aus, den Wettbewerbsnachteil dieser besonders zu erhaltenden Weinbaukultur auszugleichen.

#### **4.4. Grüne Berufe, Wissenstransfer, Agrarforschung und -innovation**

Rheinland-Pfalz verfügt über ein umfangreiches staatliches Beratungsangebot für die Bereiche Landwirtschaft, Weinbau, Gartenbau (mit Schwerpunkten in den Bereichen Obstbau und Gemüsebau) und Ernährung. Es richtet sich in den Bereichen der Agrarwirtschaft an die landwirtschaftlichen Betriebe und im Bereich der Ernährung im Wesentlichen an Verantwortliche für die Gemeinschaftsverpflegung in Schulen und Kindertagesstätten sowie an Multiplikatoren für Ernährungsbildung, wie Lehrkräfte oder Erzieherinnen und Erzieher. Das staatliche Beratungsangebot gewährleisten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der sechs Dienstleistungszentren Ländlicher Raum (DLR) des Landes.

Neben dieser staatlichen Beratung erbringen außerdem die Landwirtschaftskammer Rheinland-Pfalz, die Bauern- und Winzerverbände Rheinland-Nassau und Rheinland-Pfalz Süd e.V. sowie private Beratungsanbieter Beratungsleistungen in und für die landwirtschaftlichen Betriebe.

Beratungsleistungen werden zu folgenden Themengebieten angeboten:

- Unternehmensberatung
- Investitions- und Förderberatung
- Landwirtschaftliches Bauen und Landtechnik

- Tierzuchtspezialberatung
- Sonstige Beratungsangebote im Rahmen der Selbstverwaltung
- Steuer-, Rechts- und Versicherungsfragen
- sozio-ökonomische Beratung, Existenzsicherung

Ziel der vom Land geförderten Beratung ist die Stärkung der unternehmerischen Kompetenzen und damit eine verbesserte Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe sowie eine besonders umwelt-, tier- und qualitätsgerechte Produktion in unserer Agrarwirtschaft. Die staatliche Beratung an den DLR ist für die Betriebe kostenlos.

### Grüne Berufe

Die Berufe der Agrarwirtschaft sind zusammengefasst unter dem Oberbegriff Grüne Berufe. Insgesamt gibt es im dualen Ausbildungssystem 14 Grüne Berufe, die von ihren Ausbildungszahlen in RLP am häufigsten vertretenen sind Gärtnerin/Gärtner, Winzerin/Winzer, Landwirtin/Landwirt, Pferdewirtin/Pferdewirt sowie Forstwirtin/Forstwirt. Die Agrarwirtschaft in Rheinland-Pfalz benötigt gut ausgebildete Fachkräfte, die gleichermaßen fachliches und unternehmerisches Wissen mitbringen. Für die Aus- und Fortbildung dieser Fachkräfte sind in Rheinland-Pfalz die Landwirtschaftskammer als zuständige Stelle nach Berufsbildungsgesetz sowie das Landwirtschaftsministerium für den schulischen Teil zuständig. Die Ausbildungszahlen sind trotz des enormen Strukturwandels in der Branche in den vergangenen Jahren relativ stabil.

Tab. 14 : **Zahl der Ausbildungsverhältnisse 2010 bis 2012<sup>22</sup>:**

<b>Beruf</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>
Landwirt	294	267	277
Winzer (einschl. dualer Studiengang)	552	526	547
Gärtner	617	616	583
Forstwirt	155	151	149
Pferdewirt	115	116	104
Hauswirtschaft	17	14	9
Tierwirt	13	12	12
Revierjäger	14	10	13
Molkereiberufe	22	22	25
Fachkraft Agrarservice	15	17	20
Fischwirt	6	6	4
Werker Gartenbau	202	195	188
Werker Pferdewirt	8	8	6
Werker Landwirt	7	12	10
<b>Gesamtergebnis</b>	<b>2.037</b>	<b>1.972</b>	<b>1.947</b>

Insgesamt bestanden im Jahr 2012 in Rheinland-Pfalz 1.947 Ausbildungsverhältnisse in 1.045 Ausbildungsbetrieben (gegenüber 2.037 Ausbildungsverhältnissen in 2010 und 1.972 Ausbildungsverhältnissen in 2011). Gleiches gilt auch für die Zahl der Absolventinnen und Absolventen von Wirtschaftler- und Techniker-ausbildungen sowie von Meisterprüfungen. An den Berufsschulen Agrarwirtschaft, die an den Dienstleistungszentren Ländlicher Raum Rheinhessen-Nahe-Hunsrück, Mosel, Eifel und Rheinpfalz angesiedelt sind, werden neben der Berufsschule auch eine Wirtschaftler- und Technikerschule der Fachrichtungen Landwirtschaft und Weinbau sowie die Wirtschaftlerschule in der Fachrichtung Gartenbau, Schwerpunkte Gemüsebau, Obstbau und Zierpflanzenbau sowie in der Fachrichtung Agrarmanagement angeboten. Landesweit besuchten jährlich knapp 350 Schülerinnen und Schüler eine

<sup>22</sup> Quelle: Landwirtschaftskammer Rheinland-Pfalz, 03.06.2013



der genannten Fachschulen im Agrarbereich. Den größten Anteil haben hier die Schülerinnen und Schüler der Fachschulen im Weinbau.

### **Weiterbildung, Wissenstransfer, Agrarforschung- und innovation an den Dienstleistungszentren Ländlicher Raum**

Die sechs Dienstleistungszentren Ländlicher Raum Rheinland-Pfalz (DLR) verknüpfen Berufsschule als Partner der dualen Berufsausbildung, Weiterbildung, Wissenstransfer und agrarwissenschaftliche Innovation für die Agrarwirtschaft in Rheinland-Pfalz zu einem umfassenden Dienstleistungsangebot für die Betriebe.

Ziele der Tätigkeiten der DLR sind zum einen die Sicherung einer wettbewerbsfähigen Landwirtschaft incl. Obst-, Wein- und Gemüsebau, die nachhaltig, ressourcenschonend und tiergerecht wirtschaftet und hochwertige Nahrungsmittel und Rohstoffe erzeugt, zum anderen die Verbesserung der Gesundheitssituation der Bevölkerung durch Vermittlung von Wissen und Informationen rund um richtige Ernährung und gesundheitsförderliche Gemeinschaftsverpflegung.

Die Bediensteten der DLR führen Praxisversuche im Land-, Wein- Obst- und Gartenbau sowie der Tierhaltung durch und beraten die Betriebe in Fragen des Pflanzenschutzes, der Produktionstechnik, des Umweltschutzes im Rahmen der Wasserrahmenrichtlinie und von Agrar- und Umweltprogrammen und bei Fragen zur Betriebsumstellung auf ökologische Wirtschaftsweise.

Zur Verbesserung des Ernährungsverhaltens beraten sie Verantwortliche für die Gemeinschaftsverpflegung von Kindern und Jugendlichen und vermitteln Informationen zu einer nachhaltigen, gesunden Ernährung an Lehrkräfte, Erzieherinnen und Erzieher sowie an Verbraucherinnen und Verbraucher.

Die DLR nehmen ihre Aufgaben regional für den jeweiligen Dienstbezirk und teilweise auch überregional bzw. landesweit wahr. Es bestehen z. T. unterschiedliche Schwerpunkte, die sich im Wesentlichen aus den agrarstrukturellen Gegebenheiten ergeben.

Landesweite Zuständigkeiten bestehen für den Bereich Gartenbau in Neustadt, für Ökolandbau und Pflanzenschutz in Bad Kreuznach, für Weinmarketing in Oppen-

heim, für die Agrarförderung in Bernkastel-Kues, für die Tierhaltung und Tierzucht in Bitburg bzw. Münchweiler und für die Ernährungsberatung in Montabaur. Angewandte Forschung für Wein- und Gartenbau findet am DLR Rheinpfalz in Neustadt statt, dort ist auch ein dualer Studiengang Weinbau und Oenologie eingerichtet.

Insgesamt wurden im Jahr 2012 an den DLR ca. 60.000 Beratungen durchgeführt, 5.000 Versuchsfragen bearbeitet. Rund 40.000 Personen nutzen die Pflanzenschutzdatenbank für Sonderkulturen. 1.345 Schülerinnen und Schüler besuchten eine Berufsschulklasse sowie 337 Schülerinnen und Schüler eine Fachschulklasse. 182 Studierende waren eingeschrieben für den dualen Studiengang für Weinbau und Oenologie.

Die Einheit von Schule, Beratung, Versuchswesen und angewandter agrarwissenschaftlicher Forschung bietet die Basis für eine optimale Vernetzung von Wissenschaft und Praxis. In den DLR wird das aktuelle Fachwissen aus den Versuchen und der Vorhaben der angewandten agrarwissenschaftlichen Forschung direkt in das Schul-, Studien-, Beratungs- und Weiterbildungsangebot integriert und damit zeitnah der Praxis zur Verfügung gestellt.

#### **4.5 Nachhaltige und tiergerechte landwirtschaftliche Erzeugung**

In Referenzsystemen zur sicheren und nachhaltigen Lebensmittelproduktion auf nationaler, wie auch auf der zunehmend wichtiger werdenden internationalen Ebene (EU-Tiergesundheitsstrategie, GLOBALGAP, Tierarzneimittel) sind die Tiergesundheitsdienste als Bindeglied zwischen Tiergesundheit und Verbraucherschutz unverzichtbar. Für die Tiergesundheit, den Tierschutz und den Verbraucherschutz relevantes Fachwissen wurde auch 2012 in zahlreichen Vorträgen und Publikationen vor Landwirten und Tierärzten von den Tiergesundheitsdiensten vermittelt. Die Tiergesundheitsdienste nehmen zur Gesunderhaltung der Tierbestände Aufgaben wahr, die im Interesse einzelner Rinder- und Schweinehalter, der Gesamtheit der Tierhalter aber auch im Interesse aller Bürger in Rheinland-Pfalz liegen. Ihre Aufgabe ist es auch, Tierärzte, die staatliche Veterinärverwaltung, Organisationen und Einrichtungen der Landwirtschaft und der Lebensmittelproduktion im Lande zu beraten bzw. in deren Beratung zu ergänzen – im Sinne eines vorbeugenden Verbraucherschutzes vom Stall bis zum Tisch. Die Gesundheitsdienste unterstützen die Tierhalter in ihrem

Bemühen, gesunde und leistungsfähige Tierbestände zu schaffen und zu erhalten, die gesamthygienischen Haltungsbedingungen zu optimieren und moderne, tiergerechte Haltungsformen einzuführen. Besonderes Augenmerk gilt der Früherkennung, Vorbeugung und wirkungsvollen Bekämpfung von Zoonosen sowie verlustreicher Infektionserkrankungen, wie z.B. BVD und BHV1, insbesondere solcher, die nicht oder noch nicht einer staatlichen Bekämpfung unterliegen (z.B. Paratuberkulose oder PRRS beim Schwein).

### Programm zur Verbesserung der Tiergesundheit

Der Rindergesundheitsdienst (Rinder GD) betreute zur Minimierung der Tierverluste auch im Jahr 2012 wieder gezielt Betriebe mit erhöhten Tierverlusten. Für jeden der 40 im Rahmen dieses Programms besuchten Bestände wurde vom Rinder GD ein Bericht erstellt, der dem Tierhalter, dem Hoftierarzt und der zuständigen Kreisverwaltung zuging. Weitere Bestände mit Tierverlusten wurden vom Rinder GD telefonisch beraten. Als Verlustursache Nr. 1 wurde, wie in den vergangenen Jahren, wieder der Kälberdurchfall ermittelt. An zweiter Stelle standen Infektionen wie BVD, Rinder Grippe, Clostridien oder Parafilariose, an dritter Stelle Totgeburten, gefolgt von Stoffwechselstörungen und Problemen bei der Fütterung und Haltung.

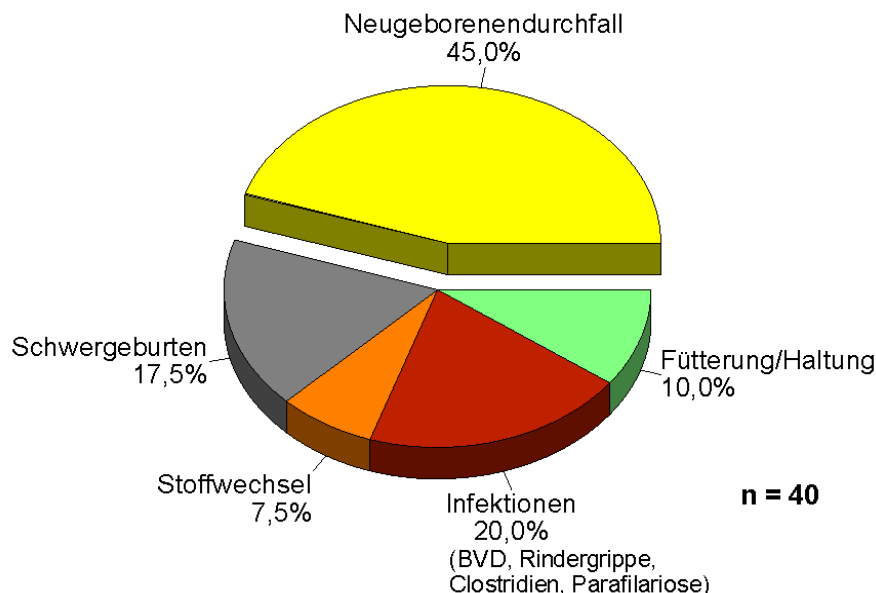


Abb. 11 : Ursachen der Tierverluste in den 2012 im Rahmen des Projektes besuchten Beständen

**Bsp.: Faktorenkrankheit in der Rinderherde**

Seit etwa 15 Jahren wird auf wissenschaftlicher Ebene und in den Medien kontrovers über Erkrankungen in Milchviehherden diskutiert, die auf Clostridien, insbesondere Clostridium botulinum und dessen Giftstoffe (Toxine) zurückgeführt werden. Vom Land Rheinland-Pfalz wurde im Frühjahr 2012 ein Beratungsangebot für Betriebe mit entsprechenden Problemen initiiert. In solchen Beständen werden durch den Rinder GD und das zuständige DLR umfassende Ursachenanalysen durch Abklärung verschiedener Auslöser der Herdenprobleme wie Tierseuchenerreger, Parasiten, Stoffwechselprobleme, Futtermittelqualität und natürlich der Belastung mit Clostridien durchgeführt.

**Bsp.: Tierschutz in der Schweinehaltung**

Die Tätigkeit des Schweinegesundheitsdienstes (Schweine GD) im Jahr 2012 war geprägt durch die Änderungen in der Tierschutznutztierverordnung der zum Jahresende auslaufenden Fristen, insbesondere für die Gruppenhaltung von Sauen und zum Vorhandensein von Beschäftigungsmaterial. Es erfolgten zahlreiche Beratungen der Tierhalter für eine sinnvolle praktische Umsetzung der Vorgaben. Dem Tiervershalten muss entsprochen werden und dabei ergeben sich viele offene Fragen insbesondere wie dem Aggressionsverhalten der Tiere begegnet werden soll. Kannibalismus, Ohrrentenzündungen, Kastration mit Betäubung, Rückstände und der Antibiotikaeinsatz waren weitere Themen, neben anderen.

**Verbot der betäubungslosen Kastration von Ferkeln im Alter von unter acht Tagen**

Das Tierschutzgesetz wird dahingehend geändert, dass auch die betäubungslose Kastration von Ferkeln im Alter von unter acht Tagen ab 2019 verboten sein wird. Grund hierfür ist, dass die Kastration unstreitig mit Schmerzen, Leiden und Schäden verbunden ist und alternative Methoden wie die Ebermast, Betäubungsverfahren oder die Immunkastration praktiziert werden können.

## **Das Tiergesundheitsmonitoring**

Um Milchviehbestände gezielter tiergesundheitslich beraten zu können und um den Antibiotikaeinsatz weiter zu minimieren, wurde vom Land Rheinland-Pfalz ein Projekt für ein Tiergesundheitsmonitoring auf freiwilliger Basis in Zusammenarbeit mit dem Landeskontrollverband in Bad Kreuznach gestartet. Interessierte Landwirte geben hierzu aufs Einzeltier bezogen Angaben zu Art und Dauer von Erkrankungen in ihrer Herde in eine vom LKV geführte Datenbank ein. Durch die Eingabe der Daten direkt durch den Tierhalter wird sichergestellt, dass so auch leichtere Erkrankungen erfasst werden, die nicht gleich durch einen Tierarzt behandelt werden müssen. Die Daten werden an den VIT in Verden übermittelt. Dadurch können tiergesundheitsliche Aspekte überbetrieblich ausgewertet werden und noch besser züchterisch genutzt werden. Die am Projekt teilnehmenden Landwirte erhalten vierteljährlich eine Auswertung der Daten mit Durchschnittswerten des eigenen Betriebs im Vergleich zu denen der anderen Teilnehmer, die für eine gezielte tiergesundheitsliche Beratung durch den Hoftierarzt, das zuständige DLR und den Rindergesundheitsdienst am Landesuntersuchungsamt in Koblenz genutzt werden können.

## **Verbesserung der Haltungsbedingungen:**

### **Novellierung des Baugesetzbuches - Anforderungen an tiergerechte Stallbauten**

Der Deutsche Bundestag hat fraktionsübergreifend die Novellierung des Baugesetzbuches beschlossen. Damit wird der Bau großer gewerblicher Tierhaltungsanlagen im Außenbereich an weitere Auflagen geknüpft. So erhalten die Kreise, Städte und Gemeinden mehr Einfluss auf die Planung von großen Ställen, deren Bau in der Vergangenheit in einigen Regionen zu Konflikten geführt hat. Im Detail sieht die Gesetzesnovelle vor, dass gewerbliche Tierhaltungsanlagen im Außenbereich nicht mehr privilegiert sind, wenn für diese Anlagen eine standortbezogene Vorprüfung der Umweltverträglichkeit nach dem UVP-Gesetz durchgeführt werden muss. Das gilt zum Beispiel für Ställe mit 15.000 Hennen oder 1.500 Schweinen. Für diese Ställe ist künftig ein Bebauungsplan oder ein Vorhaben- und Erschließungsplan erforderlich.

Derzeit wird in Rheinland-Pfalz bei der Förderung einzelbetrieblicher Investitionen im Rahmen des Agrarinvestitionsförderungsprogramms ein Schwerpunkt auf die Förderung des Baus tierartgerechter Stallanlagen gesetzt. Durch eine Absenkung des

Höchstzuschusses auf 200.000 Euro wurde ein breiterer Einsatz der Fördermittel möglich gemacht. Die Fördermittel werden nicht mehr nur auf wenige große Investitionsvorhaben konzentriert.

Dazu wurde bereits 2011 das Agrarinvestitionsförderungsprogramm (AFP) erstmals angepasst:

Der Regelfördersatz wird von 25 % auf 15 % der zuwendungsfähigen Investitionskosten abgesenkt werden.

Für Investitionen in Stallbauten für besonders tiergerechte Haltung wird eine höhere Förderung gewährt:

### **Milchviehhaltung**

- 20 % bei Erfüllung der Anforderungen für tiergerechte Haltung (abgesenkte Bonus gegenüber Schweine – und sonstiger Tierhaltungen, da hier die Anforderungen an eine tiergerechte Haltung, wie diese in der GAK definiert sind, bei der überwiegenden Zahl der Stallneubauten erfüllt werden)
- 25 % bei Erfüllung der Anforderungen für tiergerechte Haltung und Aufstallung auf Stroh (Tiefstreu).

### **Schweinehaltung**

- 25 % bei Erfüllung der Anforderungen für tiergerechte Haltung
- 30 % bei Erfüllung der Anforderungen für tiergerechte Haltung und Aufstallung auf Stroh.

### **Sonstige Tierhaltung (Geflügel, Schafe, Ziegen)**

- 25 % bei Erfüllung der Anforderungen für tiergerechte Haltung.

Zusätzlich wurden noch folgende ergänzende Fördervoraussetzungen bei Investitionen in die Tierhaltung eingeführt:

- die Einhaltung der Obergrenzen der BImSchV (z. B. 600 Rinder, 1.500 Mastschweine, 15.000 Hennen) und
- die Flächenbindung auf 2 GVE/ha begrenzt werden.

Auch damit soll eine Förderung hin zu großen und gewerblichen, flächenunabhängigen Tierhaltungen verhindert und eine umweltgerechtere Landbewirtschaftung sichergestellt werden. Gleichzeitig werden damit verstärkt die Aspekte Tierschutz und tierartgerechte Haltungsverfahren berücksichtigt.

#### 4.6 Regionalität und Ökolandbau im Trend

Zahlreiche Umfragen und Studien<sup>23</sup> belegen, dass Regionalität ein stabiler Trend ist. Neben diesen theoretischen Abhandlungen, die meist auf Verbraucherbefragungen basieren, zeigt aber auch das Verhalten des Lebensmitteleinzelhandels (LEH), dass es hier ein interessantes Marktsegment gibt. Dieser Regionalitätsboom hat jedoch auch Schattenseiten: Neben seriösen Regionalinitiativen im LEH sorgen dubiose Bezeichnungen oder regional anmutende, aber nicht nachprüfbar Herkunftsangaben regelmäßig für negative Schlagzeilen<sup>24</sup>.

Viele Agrarregionen in Rheinland-Pfalz sind aufgrund historischer (Realteilung) oder naturräumlicher Bedingungen (Mittelgebirgslage, Steillagenweinbau) strukturell benachteiligt. Die Ackerbau- und Tierhaltungsbetriebe können aufgrund ihrer Größen- und Kostenstrukturen häufig nicht für einen anonymen Markt produzieren, auf dem allein der Preis über den Markterfolg entscheidet. Diesen Betrieben können über funktionierende Regionalmarken mit klaren Herkunfts- und seriösen Qualitätsaussagen neue Perspektiven eröffnet werden.

Ferner wirkt sich die Bildung von regionalen Wertschöpfungsketten zwischen Erzeugern, Verarbeitern, Vermarktern, Touristikern und Gastronomie positiv auf die regionale Wertschöpfung aus. Damit werden Geld und Strukturen in der Region gehalten, Bleibeperspektiven für die Menschen in diesen Regionen geschaffen und ein Beitrag zum Erhalt der rheinland-pfälzischen Kulturlandschaften geleistet.

Daher unterstützt das Landwirtschaftsministerium im Rahmen des Agrarmarketings die Träger seriöser Regionalmarken bzw. produktbezogener Initiativen. Zu den Handlungsfeldern gehören:

<sup>23</sup> Emnid-Umfrage 2011, im Auftrag des BMELV, zu finden unter [www.bmelv.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/2012/24-AI-Regionalkennzeichnung.html](http://www.bmelv.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/2012/24-AI-Regionalkennzeichnung.html) Nestlé-Studie 2011 „So is(s)t Deutschland“, zu finden unter [www.nestle.de/Unternehmen/Nestle-Studie/Nestle-Studie-2011/Documents/Nestle\\_Studie\\_2011\\_Zusammenfassung.pdf](http://www.nestle.de/Unternehmen/Nestle-Studie/Nestle-Studie-2011/Documents/Nestle_Studie_2011_Zusammenfassung.pdf) DLG-Studie 2011 „Regionalität aus Verbrauchersicht“, zu finden unter [www.dlg.org/39.html?detail/dlg.org/4/1/4479](http://www.dlg.org/39.html?detail/dlg.org/4/1/4479)

<sup>24</sup> Öko-Test, Heft 9/11, S. 14 ff. „Der große Schwindel: Regionalität in Lebensmitteln“



- Förderung: Marketingmaßnahmen können mit bis zu 50 % der förderfähigen Kosten bezuschusst werden;
- Öffentlichkeitsarbeit: Das für Landwirtschaft zuständige Ministerium organisiert seit 2006 jährlich (außer in 2011) eine „Grüne Woche Rheinland-Pfalz“, in deren Rahmen unter wechselnden Mottos besonders gelungene Beispiele bei der Vermarktung regionaler Produkte öffentlichkeitswirksam vorgestellt werden. Auch bei der Präsentation des Landes auf der Internationalen Grünen Woche in Berlin stehen regionale Produkte der Wein- und Agrarwirtschaft im Mittelpunkt;
- Transparenz: Mit dem Portal [www.regionalmarkt.rlp.de](http://www.regionalmarkt.rlp.de) hat das Ministerium Internetseiten bestehender Regional- und produktbezogener Initiativen aus Rheinland-Pfalz gebündelt. Das Ministerium ist Träger des „Qualitätszeichens Rheinland-Pfalz“ mit klaren Qualitäts- und Herkunftskriterien sowie einem dreistufigen Kontrollsystem. Den Zeichennutzern eröffnen sich damit Perspektiven in der Regionalvermarktung, denn unter diesem Label werden Obst, Gemüse, Kartoffeln, Getreide und Eier vor allem über regionale Handelsmarken im LEH vermarktet;
- Rahmenbedingungen: Auf Bund-Länder-Ebene verfolgt das Land konstruktiv-kritisch die Bemühungen für eine bundesweite Regionalkennzeichnung („Regionalfenster“), die weder zu Verbrauchertäuschung noch zu einer Benachteiligung bestehender Regional- und Direktvermarkterinitiativen führen darf.

### **Förderung der ökologischen Wirtschaftsweise im Unternehmen**

In 2012 wurden im Entwicklungsprogramm PAUL mit ELER-Unterstützung im Programm **A**grar **U**mwelt **L**andschaft (PAULa) die Prämiensätze zur Förderung der ökologischen Wirtschaftsweise im Unternehmen um 20 – 25 % angehoben. Diese Prämiensätze galten erstmals für die ab 01.01.2012 neu abgeschlossenen fünfjährigen Verpflichtungen.

Tab. 13: **Anpassung der Fördersätze im ökologischen Landbau**

<b>Bereich</b>	<b>Einführung (€/ha)</b>	<b>Beibehaltung (€/ha)</b>
Acker/Grünland	von 240 auf 300	von 140 auf 175
Obstbau	von 715 auf 860	von 610 auf 720
Weinbau	von 660 auf 800	von 560 auf 680
Gemüsebau	von 480 auf 600	300

Neu ist auch die Gewährung eines Kontrollkostenzuschusses. Dieser beträgt 35 Euro/ha bis max. 530 Euro je Unternehmen.

Die Landesregierung hat damit ein deutliches Signal für den Ökologischen Landbau gesetzt. Die deutliche Ausweitung des Ökolandbaus gegenüber 2011 ist sicher auch darauf zurückzuführen.

### **Verbesserung der Vermarktungsstrukturen und Marketingmaßnahmen**

Aufgrund der agrarstrukturellen Situation der Landwirtschaft in Rheinland-Pfalz spielen auch außerlandwirtschaftliche Einkommensalternativen für die Sicherung der landwirtschaftlichen Familien und des ländlichen Raums eine wichtige Rolle. Die Landesregierung will die Marktchancen für eine nachhaltigere Landwirtschaft durch die Entwicklung von strukturellen Gegebenheiten und von Vermarktungsstrategien verbessern, um dadurch mehr Landwirten und Weinbauern die Umstellung auf den ökologischen Landbau zu ermöglichen und die Verbrauchernachfrage nach heimischer Bioproduktion zu bedienen.

Mit den vorhandenen Förderinstrumenten der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes (GAK)“ (Marktstrukturförderung und Investitionsförderung) werden verstärkt Initiativen unterstützt, die zum Aufbau leistungsfähiger Vermarktungsstrukturen im Öko- wie auch im Regionalbereich beitragen.

#### Gefördert werden können:

- Erzeugerzusammenschlüsse in der Gründungs- und Aufbauphase,
- Investitionen in die Verarbeitung und Vermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse durch Unternehmen, Erzeugergemeinschaften, Erzeugerzusammenschlüsse,
- Vermarktungskonzeptionen,

- In 2011 wurden die Fördersätze für Investitionen in die regionale Verarbeitung und Vermarktung von Qualitätsprodukten auf 35 % angehoben. Erzeugnisse des ökologischen Landbaus werden als Qualitätserzeugnisse behandelt.

(Beispiel: Projekt zur Verbesserung der Vermarktungssituation von Biorindfleisch)

Auch im Rahmen des Entwicklungsprogramms PAUL können neben der genannten Förderung des ökologischen Landbaus in PAULa sowie der Marktstrukturförderung weitere Vorhaben zur Förderung der Regionalvermarktung bzw. regionaler Wertschöpfungsketten insbesondere in den Impulsregionen (ILE-, LEADER-Regionen) unterstützt werden. Der ELER beteiligt sich mit 50 % (LEADER 55 %) an den öffentlichen Ausgaben. Eine öffentliche Kofinanzierung ist insofern unentbehrlich, um die nachstehenden Zuwendungssätze zu erreichen.

Dies umfasst zunächst die Förderung der Diversifizierung landwirtschaftlicher Unternehmen (Förderung der Direktvermarktung) im Rahmen der einzelbetrieblichen Investitionsförderung – FID).

In LEADER- und ILE-Regionen können zudem gefördert werden:

- Erarbeitung und Umsetzung von Konzepten,
- Qualifizierungs- und Sensibilisierungsmaßnahmen,
- Unternehmensinvestitionen,
- Infrastrukturmaßnahmen.

(Beispiel: Förderung des Projektes „Ökologische Landwirtschaft Saar-Pfalz-Hunsrück“ (Hof am Weiher)

Im Rahmen von Marketingmaßnahmen sind förderfähig:

- technische Hilfen zur Verbesserung der Effizienz und Professionalität der Landwirtschaft in der Europäischen Gemeinschaft. Dazu zählen bspw. die Durchführung von oder die Teilnahme an Informationsveranstaltungen, -messen und -ausstellungen, die Verbreitung allgemeiner wissenschaftlicher Informationen bei Erzeugern, Verarbeitern oder Vermarktern landwirtschaftlicher Erzeugnisse einschließlich der hierzu im Vorfeld erforderlichen Umfragen, Marktanalysen und -forschung. Förderfähig sind auch Entwicklungs-, Machbarkeits- und Konzeptstudien, Beratungsleistungen für Verarbeiter und Vermarkter von Qualitätsprodukten, Veröffentlichungen wie Kataloge oder

Websites mit Sachinformationen über Erzeuger aus einer bestimmten Region oder Erzeuger eines bestimmten Produkts.

- Werbemaßnahmen sowie Presse- und Öffentlichkeitsarbeit für Qualitätserzeugnisse. Dazu zählen Ökoprodukte gemäß der EG-Öko-Basisverordnung (EG) NR. 834/2007, Produkte mit geschützter Ursprungsbezeichnung (g. U.), geschützter geografischer Angabe (g. g. A.) oder der Bezeichnung „garantiert traditionelle Spezialität“ (g. t. S.) oder Produkte mit anderen, von der Europäischen Kommission genehmigte bzw. anerkannte nationalen oder regionalen Gütezeichen (z. B. das Qualitätszeichen RLP).
- Projekte, die der Information und Aufklärung der Verbraucherinnen und Verbraucher hinsichtlich einer gesunden Ernährung, des ernährungsphysiologischen Wertes bestimmter Lebensmittel sowie deren Herstellungsverfahren dienen, und Projekte mit regionaltypischem, saisonalem oder traditionellem Charakter.

Die Zuwendung wird als Projektförderung in Form der Anteilsfinanzierung als Zuschuss zu den förderfähigen Kosten der Maßnahmen gewährt. Bezogen auf die förderfähigen Kosten kann ein Zuschuss in Höhe von bis zu 50 % gewährt werden.

Bei der „Grünen Woche Rheinland-Pfalz“ werden zudem regelmäßig verschiedene Ökobetriebe vorgestellt. Vom 25.08. bis 01.09.2013 wurden zudem erstmals in Rheinland-Pfalz die „Ökotage Rheinland-Pfalz“ durchgeführt, um auf die besondere Produktionsweise hinzuweisen und die Nachfrage nach diesen Produkten zu stärken.

### **Stärkung der Beratung und des Versuchswesens im ökologischen Land- und Weinbau**

Es ist vorgesehen, die Umstellungsberatung zu intensivieren und die produktionstechnische Beratung in der Landwirtschaft und in den Bereichen Wein- und Gartenbau weiter auszubauen. Erste wichtige Schritte wurden bereits vorgenommen.

Im landwirtschaftlichen Bereich wird das Versuchswesen durch eine intensivere Kooperation mit Praxisbetrieben und Einrichtungen der angewandten Agrarwissenschaft vertieft.

Derzeit wird an dem Aufbau eines Netzwerkes von Leitbetrieben gearbeitet. Das Konzept beruht auf ökologisch wirtschaftenden Praxisbetrieben (Öko-Leitbetrieben), die nach regionalen Standortgegebenheiten, Betriebstypen und Produktionsschwerpunkten ausgewählt werden und beispielhaft arbeiten. Sie sind Versuchsstandorte, Orte der Demonstration von praxisreifen Verfahrenstechniken und Orte der Begegnung von Wissenschaftlern, Beratern, Landwirten und Winzern. Die Leitbetriebe sollen für Landwirte, Winzer und Verbraucher als Multiplikatoren dienen.

Bei den Versuchen spielt z. B. der Eiweißpflanzenanbau eine wichtige Rolle (Eiweißpflanzenstrategie zur Reduzierung von Eiweißimporten bei der Öko-Fütterung). Das Versuchswesen im Bereich ökologischer Tierhaltung soll aufgebaut werden.

Der Themenbereich Öko-Anbau in der Berufs- und Fachschule soll weiter ausgebaut werden, insbesondere durch stärkere Verankerung der Ökothemen in den Lehr- und Arbeitsplänen und ein durchgängiges Angebot an Wahlpflichtmodulen aus dem Ökobereich in der Fachschule. Dabei werden die qualifizierten Öko-Beratungskräfte im Unterricht eingesetzt.

Zur Forschung auf dem Gebiet des ökologischen Landbaus bestehen enge Kooperationen z. B. mit den Universitäten in Bonn, Hohenheim und Halle, den Fachhochschulen in Bingen und Neustadt sowie der Hochschule Geisenheim und den Bundesforschungseinrichtungen.

2012 wurde das Lehr- und Versuchsgut des DLR-Rheinhausen/Nahe/Hunsrück in Bad Kreuznach vollständig auf ökologischen Weinbau umgestellt. Damit ist erstmals weltweit ein staatlicher Versuchsbetrieb für den ökologischen Weinbau etabliert worden. In den kommenden drei Jahren soll verstärkt die Umstellung der Rebflächen und dabei die Bodenentwicklung, die Einsatz angepasster Begrünungsmischungen sowie die Optimierung des Pflanzenschutzes untersucht und umfangreich dokumentiert werden. Das Ziel wird sein, den ökologischen Weinbau durch Versuche in einem umgestellten Betrieb weiterzuentwickeln und der Praxis neue Erkenntnisse in der Optimierung der ökologischen Bewirtschaftung zu vermitteln.

#### 4.7 Landwirtschaft im Spannungsfeld des Klimawandels und des Klimaschutzes

Land- und Forstwirtschaft nehmen im Zusammenhang mit Klimawandel und Klimaschutz unterschiedliche Rollen ein:

- Betroffenheit durch negative Auswirkungen des Klimawandels auf die Verfügbarkeit von Ressourcen, Veränderung von Ökosystemen, Rückgang der Biodiversität, Rahmenbedingungen für die Wirtschaftsbereiche Land- und Forstwirtschaft
- Speicherfunktion der Böden für Kohlendioxid aus dem Sektor landwirtschaftliche Bodennutzung und Forstwirtschaft (Berechnung und Verbuchung von CO<sub>2</sub>-Senken)
- Emittenten von Treibhausgasen (Anteil der THG-Emissionen der Landwirtschaft an den Gesamtemissionen liegt bei ca. 7 %<sup>25</sup> )

Neben den Auswirkungen des Klimawandels gehört der Klimaschutz zu den höchsten Prioritäten der Politik zur Entwicklung des ländlichen Raums in der EU.

Die Erarbeitung und Umsetzung sowohl von Anpassungsstrategien als auch Strategien zur Reduzierung von Treibhausgasemissionen, um somit zugleich auch dem Gewässer-, Boden- und Naturschutz Rechnung tragen zu können, gehören zu den wesentlichen Herausforderungen und Aufgaben.

Die GAP als der flächenwirksamste und bedeutendste EU-Politikbereich gestaltet derzeit die ELER-Förderung - ausgerichtet an den Zielen der Strategie Europa 2020 (intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum) - stärker ziel- und ergebnisorientiert aus. Die Mitgliedstaaten sollen mindestens 25 % ihrer ELER-Mittel auf die Eindämmung des Klimawandels einerseits und die Anpassung an seine Folgen und die Landbewirtschaftung andererseits ausrichten. Die Mittel sollen für Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen, den ökologischen bzw. biologischen Landbau und die Ausgleichszulage für benachteiligte Gebiete verwendet werden.

Rheinland-Pfalz setzt sich sowohl auf Bundes- als auch auf EU-Ebene dafür ein, dass die Sektoren Land- und Forstwirtschaft durch Förderung und Unterstützung sowohl von Anpassungsmaßnahmen als auch zur Reduzierung von THG-Emissionen angemessen berücksichtigt werden.

<sup>25</sup> Bericht 2012 der Nationalen Klimaberichterstattung

## **Überblick über die strukturellen und inhaltlichen Maßnahmen zur Bearbeitung der Folgen des Klimawandels für die Landwirtschaft**

### Einrichtung des Rheinland-Pfalz Kompetenzzentrums für Klimawandelfolgen

Die Auswirkungen des globalen Phänomens Klimawandel auf einzelne Sektoren wie Natur und Landschaft, Ökonomie und Gesundheit sind regional unterschiedlich. In der Konsequenz müssen auch die Anpassungsoptionen an unvermeidbare Klimaänderungen den regionalen Besonderheiten Rechnung tragen.

Zentrale Empfehlung der Enquete-Kommission „Klimawandel“ des rheinland-pfälzischen Landtags war die Einrichtung eines Kompetenzzentrums für Klimawandelfolgen.

Das am 1. September 2010 eröffnete „Rheinland-Pfalz Kompetenzzentrum für Klimawandelfolgen“ bei der Forschungsanstalt für Waldökologie und Forstwirtschaft (FAWF) ist ein zentraler Anlaufpunkt. Es sorgt für Information und Beratung über die Folgen des Klimawandels und wendet sich an Politik, Entscheidungsträger und die Öffentlichkeit. Das Kompetenzzentrum koordiniert und betreibt eigene Forschung, bereitet die Daten und Erkenntnisse auf und macht Vorschläge für notwendige Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel.

Die Aufgaben des Kompetenzzentrums bestehen darin,

- Forschung, Monitoring und Aktivitäten im Themenfeld Klimawandel zu vernetzen,
- eigene Forschungsprojekte durchzuführen bzw. zu koordinieren (z.B. KlimLand RP),
- regionale Anpassungsoptionen z. B. für die Bereiche Land- und Forstwirtschaft, Naturschutz, Sozioökonomie, Gesundheit etc. zu erarbeiten,
- ein Klimawandelinformationssystem einzurichten, zu pflegen und weiter zu entwickeln,
- ein Netzwerk mit Hochschulen, Bundes- und Landeseinrichtungen, Verbänden, Wirtschaft etc. aufzubauen und
- die Arbeit in Berichten und Informationsveranstaltungen zu präsentieren.

Einschlägige Forschungsschwerpunkte sind zudem an den Universitäten Mainz, Trier und Koblenz-Landau etabliert.



## **Handlungsprogramm Klimawandel**

Mit dem ab 2012 unter Federführung des MWKEL zu erarbeitenden „Handlungsprogramm Klimawandel“ sollen u.a. auf Basis der bereits über Forschungsprojekte wie z.B. KlimLand RP und KLIWA erarbeiteten Daten und Erkenntnisse Anpassungen für den Naturschutz und die naturgebundene Nutzung (Landwirtschaft, Weinbau, Forstwirtschaft) in Bezug auf den Klimawandel weiter entwickelt werden.

Zu den Inhalten des Programms zählen Ausführungen zu bereits erkennbaren und erwarteten Folgen sowie zu möglichen Anpassungsoptionen bzw. Handlungsempfehlungen. Im weiteren Sinne sind diese auch als Entscheidungshilfen für Politik und Verwaltung nutzbar sowie für weitergehende Informations- und Beratungsangebote und einen Ausblick auf notwendige Forschungsaktivitäten.

### **4.8 Umweltgerechte, nachhaltige Nutzung des Bodens**

Durch die Reformen der Gemeinsamen Agrarpolitik der Europäischen Union und der Förderung der Energieerzeugung aus erneuerbaren Energieträgern haben sich die Nutzungsformen des Ackerlandes in den letzten Jahren stark verändert.

Nach den Erhebungen des Statistischen Landesamtes in Rheinland-Pfalz werden dabei die landwirtschaftlichen Betriebe immer größer. Jeder zehnte Betrieb bewirtschaftet mittlerweile mehr als 100 ha.

Die landwirtschaftlich genutzte Fläche ging im Jahr 2012 leicht um 2.000 ha auf 700.000 ha zurück. Davon werden 401.000 ha als Ackerland und rund 229.000 ha als Dauergrünland genutzt.

Der Boden stellt den wichtigsten Produktionsfaktor für landwirtschaftliche Betriebe, und zwar nicht nur als Standort für Kulturpflanzen, sondern auch als Wasser- und Nährstoffspeicher dar. Der Boden spielt darüber hinaus als Ökosystem, als Kohlenstoffspeicher und als Wasserfilter eine zentrale Rolle bei der Klimaregulation und im Wasserhaushalt.

Durch den ständigen Verlust fruchtbarer Ackerböden z. B. durch Versiegelung, Versalzung, Erosion und Bodenverdichtung sowie Nitrat- und Pestizidbelastung ist diese wertvolle Ressource bedroht. Deshalb ist der Schutz des Bodens nicht nur eine landwirtschaftliche, sondern auch eine gesamtgesellschaftliche und umweltpolitische Aufgabe. Dabei tragen besonders die Bewirtschafter landwirtschaftlicher Flächen eine große Verantwortung für die heutige und für zukünftige Generationen.

Die Art der Bodenbearbeitung stellt ein zentrales Element einer nachhaltigen, flächendeckenden, wettbewerbsfähigen und qualitätsorientierten Nutzung des Bodens dar. Nachhaltig heißt, den Boden möglichst schonend zu bearbeiten und Bodenverdichtungen zu vermeiden, ohne dabei auf Ertragsleistung und wirtschaftlichen Erfolg verzichten zu müssen. Die vielen unterschiedlichen Böden und Anbaubedingungen in Rheinland-Pfalz erfordern individuelle und standortangepasste Anbausysteme. Zudem müssen ständig Preis- und Kostenkalkulation bei der Erzeugung landwirtschaftlicher Kulturpflanzen beachtet werden. Das Pflügen ist nach wie vor die wichtigste Art der Grundbodenbearbeitung. Aus Kosten- sowie Bodenschutzgründen verzichten vermehrt Landwirte auf den Pflug und stellen auf nichtwendende Bodenbearbeitungssysteme oder Direktsaaten um, allerdings ergeben sich in diesem Zusammenhang vermehrt Probleme des Pestizideinsatzes.

Welche Intensität und welche Systeme zur Bodenbearbeitung erforderlich sind, müssen in Bezug auf Düngung, Pflanzenschutz, Kulturart und Fruchtfolge an den jeweiligen Standort individuell angepasst werden. Dabei gilt es insbesondere die Ertragsfähigkeit dauerhaft zu erhalten und die vielfältigen Anforderungen an Umwelt-, Boden-, und Klimaschutz im Sinne einer nachhaltigen Bewirtschaftung umzusetzen.

#### **4.9 Nachhaltige Sicherung der Biodiversität**

Bei der zukünftigen Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) gilt es auch die Interessen der Verbraucher stärker zu berücksichtigen. Die Einhaltung einer abwechslungsreichen Fruchtfolge zum Erhalt der Artenvielfalt / Biodiversität sowie der Schutz des Bodens und der Gewässer sind in diesem Zusammenhang die zentralen Themen zur Unterstützung einer umweltschonenden, ökologischen und nachhaltigen Landwirtschaft. Saatgut ist ein Teil unseres Kulturerbes.

Die Verfügbarkeit von biologischem Saatgut, historische Sorten und die Erhaltung der Nutzpflanzenvielfalt sind daher wichtige Themenschwerpunkte der rheinland-pfälzischen Landespolitik. Die Vielfalt des Lebendigen umfasst nicht nur wildlebende Pflanzen und Tiere, sondern auch unsere Nutzpflanzen. Viele Pflanzen werden seit Jahrtausenden vermehrt und ausgelesen, wodurch eine enorme Fülle an Sorten entstanden ist. Viele historische Nutzpflanzen genügen allerdings oft nicht mehr den

heutigen Ansprüchen der Landwirtschaft sowie der verarbeitenden Lebensmittelindustrie, des Handels oder auch der Verbraucher. Unter anderem haben sich Anbaubedingungen, Handelswege und die Lebensumstände der Verbraucher entschieden verändert. Zudem beschränken gesetzliche Bestimmungen den Handel mit historischen Nutzpflanzen.

Im Interesse der Sicherung genetischer Ressourcen werden in einem Projekt<sup>26</sup> selten gewordene historische Sorten an Obst, Reben, Gemüse, Kräuter, Ackerfrüchten und Feldfutterpflanzen in Rheinland-Pfalz ausfindig gemacht und erfasst. Von besonderer Bedeutung sind dabei Sorten, die in bestimmten Regionen in Rheinland-Pfalz früher durch bäuerliche oder gärtnerische Züchtung entstanden sind (Lokalsorten/Landsorten). Im Rahmen des von der Landesregierung unterstützten Projektes können sich alle Interessenten, die historische Nutzpflanzen anbauen oder verwenden, online melden und beispielsweise als Pate für den Erhalt historischer Landsorten eintragen. Aktuell werden von der EU-Kommission die saatzutrechtlichen Regelungen überarbeitet. Ziel ist die Umsetzung eines gemeinschaftlichen Sortenschutzrechtes aller Mitgliedstaaten in Europa. Hierbei sollen insbesondere die seit den 60er Jahren des vergangenen Jahrhunderts bestehenden Vorschriften an neuere Erkenntnisse und Entwicklungen im Bereich der Saat- und Pflanzguterzeugung angepasst werden. Bei der aktuellen Änderung geht es aber vor allem auch darum, noch vorhandene bürokratische Hürden für die Vermarktung von Pflanzenvermehrungsmaterial alter Sorten, sog. Erhaltungs- und Landsorten, weiter abzubauen. Bereits in den letzten Jahren sind vereinfachte Sortenzulassungs- und Vermarktungsvorschriften für Erhaltungssorten im Bereich Gemüse- und Obstbau erlassen und in den EU-Mitgliedstaaten umgesetzt worden. Für den Anbau von alten, traditionellen Rebsorten hat das Ministerium eine entsprechende Initiative in die Wege geleitet. Des Weiteren sollen Änderungen vorgenommen werden, die es ermöglichen, genetisch breiter angelegte Sorten für den ökologischen Landbau und damit für den Markt verfügbar zu machen.

---

<sup>26</sup> [http://www.dlr-rnh.rlp.de/Internet/global/inetcntr.nsf/dlr\\_web\\_full.xsp?src=I7VE2YZS25&p1=6G7VS39051&p3=AXC0512M40&p4=088Q69VJ5P](http://www.dlr-rnh.rlp.de/Internet/global/inetcntr.nsf/dlr_web_full.xsp?src=I7VE2YZS25&p1=6G7VS39051&p3=AXC0512M40&p4=088Q69VJ5P)

Mit dem Saatgutrecht wird unter anderem auch dafür Sorge getragen, dass Landwirte, Winzer und Gemüsebauern qualitativ hochwertiges Saat- und Pflanzgut kaufen können. Solche Verbraucherschutz-Regelungen sind nicht nur für den Landwirt, Winzer oder Gärtner wichtig, da man Saat- und Pflanzgut beim Kauf weder ansieht, welcher konkreten Pflanzensorte das Saatgut zugehört, noch, ob das Pflanzenvermehrungsmaterial die für einen erfolgreichen Anbau erforderlichen Qualitätsparameter (z. B. ausreichende Keimfähigkeit) erfüllt. Zum Erhalt der Arten- und Sortenvielfalt wird sich die Landesregierung in Rheinland-Pfalz auch zukünftig für eine bäuerliche Landwirtschaft mit ihren regionstypischen und zum Teil lokal angepassten Nutzpflanzen und die Vermarktung regionaler Produkte einsetzen.

#### **4.10 Umweltgerechter, nachhaltiger Pflanzenschutz**

Pflanzenschutzmaßnahmen dienen der Sicherung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse und somit einer ausreichenden Versorgung mit qualitativ hochwertigen und gleichzeitig preiswerten Lebens- und Futtermitteln. Bei der Durchführung von Pflanzenschutzmaßnahmen ist aber gleichzeitig auch der Schutz von Umwelt und Naturlandschaft sicherzustellen. Kontaminationen von Boden, Wasser und Luft sowie Beeinträchtigungen von Arten und Lebensgemeinschaften in landwirtschaftlich genutzten Gebieten sind zu vermeiden. Weitgehend auf dem Einsatz von Pflanzenschutzmitteln fußende Pflanzenschutzsysteme werden diesen Anforderungen nicht gerecht.

Die Landesregierung verfolgt das Ziel, den vorbeugend ausgerichteten, nachhaltigen Pflanzenschutzes, der vorrangig auf der Nutzung von möglichst aufgelockerten, weitgestellten Fruchtfolgen, dem Anbau wenig anfälliger Sorten, einer ausgewogenen Nährstoffversorgung und der Anwendung von Pflanzenstärkungsmitteln basiert, zu fördern. Wird eine Bekämpfung von Krankheiten, Schädlingen oder Beikräutern erforderlich, so sollten prioritär nicht – chemische Maßnahmen ergriffen werden, wie mechanische Beikrautregulierung oder Schnittmaßnahmen im Obstbau, Einsatz von biotechnischen Verfahren bzw. der Einsatz von biologischen Pflanzenschutzpräparaten. Gleichzeitig wird das Ziel der Verbesserung des chemischen Pflanzenschutzes durch Optimierung der Applikationstechnik sowie der Sachkunde verfolgt.

Im ökologischen Landbau ist das Prinzip des nachhaltigen Pflanzenschutzes weitestgehend verwirklicht. Daher ist die ständige Ausweitung des Ökolandbaus in

Rheinland-Pfalz ein wichtiger Schritt zur Verringerung des Pestizideinsatzes. Das umfangreiche Sortenversuchswesen der DLR besonders im Acker- und Gemüsebau liefert wertvolle Ergebnisse und ermöglicht so die dauerhafte Nutzung von Sortenresistenzen gegen Krankheiten und Schädlinge und den Verzicht auf Pflanzenschutzmitteleinsätze. Gleiches gilt für die PiWis (pilzwiderstandsfähige Rebsorten) im Weinbau, deren Anbau den Fungizideinsatz beträchtlich reduzieren kann. Das Land Rheinland-Pfalz fördert den Einsatz der „Pheromon – Verwirrungsmethode“ zur Kontrolle der Traubenwickler – Arten. Hierdurch wird im Weinbau ein weitgehender Verzicht auf Insektizideinsätze erreicht, welcher wiederum weitere biologische Bekämpfungsmaßnahmen, wie den Einsatz von Raubmilben gegen Spinnmilben und andere Schadinsekten ermöglicht. Großes Potenzial wird auch im Ersatz von Herbizidbehandlungen durch mechanische Verfahren gesehen. Besonders bei Reihenkulturen im Gemüsebau schreitet die Entwicklung GPS – gestützter Hackverfahren voran.

In Kooperation mit der Gesellschaft für konservierende Bodenbearbeitung werden im Ackerbau die Möglichkeiten der sog. „Stoppelbearbeitung“ nach der Ernte von landwirtschaftlichen Kulturen optimiert, mit dem Ziel die Einsätze von Totalherbiziden (Glyphosat – Mittel) zu reduzieren. Zur Abwehr von Schadinsekten im Gemüsebau propagiert der Pflanzenschutzdienst mit zunehmendem Erfolg den Einsatz von Kulturschutznetzen und Vliesen, um Insektizidbehandlungen einzusparen. Eine besondere Herausforderung stellt die Bekämpfung von Bodenschädlingen (z.B. Drahtwürmer) dar, deren Bedeutung steigt. Hier wird an der Entwicklung biologischer Kontrollmöglichkeiten gearbeitet, die auf der Einarbeitung pflanzlicher Inhaltsstoffe basieren („Biofumigation“).

Der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln ist nach wie vor eine weit verbreitete Pflanzenschutzmaßnahme. Grundsätzlich werden hier eine Reduzierung des Pflanzenschutzmittelaufwandes (Aufwandmengen, Anzahl Behandlungen), sowie der Ersatz kritisch zu bewertender Pflanzenschutzmittel durch weniger bedenkliche Mittel bzw. durch nicht chemische Alternativen verfolgt. Bei der Abschätzung der Notwendigkeit von Pflanzenschutzmitteleinsätzen bzw. im Hinblick auf eine risikoreduzierte Ausbringung von Pflanzenschutzmitteln sind EDV-basierte Entscheidungshilfen (Prognosemodelle und Expertensysteme) mittlerweile unverzichtbare Werkzeuge. Die Entwicklung wird durch eine am DLR Rheinhessen-Nahe-Hunsrück installierte, bundes-

weit tätige Einheit („ZEPP“) sehr erfolgreich vorangetrieben. Die Modelle und Systeme werden zur Verbesserung der an die landwirtschaftlichen Betriebe übermittelten Warndienstinformationen intensiv genutzt.

Ein weiterer Fortschritt auch für den Pflanzenschutz liegt in der Nutzung von Geobasisdaten auf mobilen Endgeräten (Mobiltelefone, Tablet-PC). Das Land Rheinland-Pfalz stellt künftig in einem mobilen Agrarportal (MAPrlp) die Geobasisdaten zur Verfügung. Direkt auf dem Acker können dann Pflanzenschutzentscheidungen unter Nutzung aller relevanten Daten getroffen und die Ausbringung von Pflanzenschutzmitteln mittels Applikationskarten unter Einhaltung aller Umweltauflagen automatisch maschinell gesteuert werden.

Die Reduktion des Fungizidaufwandes im Zuckerrübenanbau und die Forcierung der biologischen Bekämpfung von Rübennematoden sind Gegenstand eines umfangreichen Gemeinschaftsprojektes des Landes mit dem Zuckerrübenanbauverband. Vorrangig Sortenresistenzen und Prognosemodelle sollen hierzu genutzt werden. Intensiv werden Möglichkeiten erforscht und zur Praxisreife gebracht, mit denen der Ausstieg aus der Anwendung bedenklicher Pflanzenschutzmittel zu erreichen ist.

Nach langer Entwicklungszeit ist es gelungen, den umstrittenen Einsatz von Streptomycin im Kernobstanbau zu beenden. Dagegen werden die Anstrengungen zum Ersatz von Kupfer – Mitteln und bienengefährlichen Neonicotinoid – Insektiziden fortgesetzt.

Die Reduktion bzw. Verhinderung von Kontaminationen von Oberflächengewässern durch Pflanzenschutzmittelwirkstoffe ist ein zentraler Projektschwerpunkt im Arbeitsfeld Pflanzen- und Wasserschutz. In Kooperation mit der Wasserwirtschaft hat der Pflanzenschutzdienst Eintrittspfade von Pflanzenschutzmittelwirkstoffen in die Gewässer aufgeklärt und die Belastung ermittelt. Die Einträge aus den landwirtschaftlichen Betrieben stammen überwiegend aus Hofabläufen infolge unsachgemäßen Umgangs mit Pflanzenschutzmitteln, Fehlern bei der Spritzenbefüllung oder Reinigung und Abschwemmungen von befestigten Hofflächen oder Wegen. Eine spezielle betriebliche Beratung schafft hier Abhilfe, wobei sich bereits die ersten Erfolge zeigen.

Die Gestaltung von Reinigungsplätzen für Pflanzenschutzgeräte, das Herausfiltern von Pflanzenschutzmittelwirkstoffen aus der Reinigungsflüssigkeit und ihr beschleunigter Abbau werden in mehreren Projekten am DLR Rheinland-Pfalz untersucht. Einträge des Wirkstoffes Glyphosat in Oberflächengewässer sind hauptsächlich auf unsachgemäße und teilweise illegale Anwendung im Haus- und Kleingartenbereich, an Straßen- und Wegrändern oder auf kommunalen Flächen zurückzuführen. Auch hier wird seitens des Pflanzenschutzdienstes Aufklärung betrieben und Beratung zu alternativen Bekämpfungsverfahren von unerwünschtem Pflanzenaufwuchs angeboten.

Einen Spezialfall der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln stellen Fungizidbehandlungen mittels Hubschrauber im Steillagenweinbau an den großen Flusstälern in Rheinland-Pfalz dar. Durch die Entwicklung von unbemannten Kleinhubschraubern (Drohnen) zum Pflanzenschutzgerät wird in Zusammenarbeit der DLR Mosel und Rheinhessen-Nahe-Hunsrück mit mehreren anderen Projektpartnern versucht, die Applikationsqualität zu steigern (bessere Anlagerung der Fungizide an das Laub der Reben) und die Verdriftung des Sprühnebels in Gewässern und die Umgebung der Weinberge zu verhindern.

Im Zuge des Klimawandels sichten sich die Dominanzverhältnisse in den Schaderegengemeinschaften um. So geht generell die Bedeutung bestimmter Pilzkrankheiten zurück, wogegen Schadinsekten größere Bedeutung erlangen. In der vergangenen Dekade ist auch in Rheinland-Pfalz das Auftreten zahlreicher wärmeliebender Schädlingsarten (z. B. Schildläuse, Zikaden, Kirschessigfruchtfliege) zu verzeichnen. Erkenntnisse zu diesen Schädlingen werden im Rahmen der phytomedizinischen Grundlagenforschung am DLR Rheinland-Pfalz erarbeitet.

Ein ebenfalls zunehmendes Problem stellen die, bedingt durch die Ausweitung des globalen Handels besonders mit südostasiatischen Ländern, Einschleppungen von Quarantäneschädlingen durch Pflanzenimporte oder Verpackungsholz dar, die einheimische Kulturpflanzenbestände massiv gefährden können. Dies erfordert intensive Pflanzengesundheitskontrollen durch die ADD. Zur Ausrottung bzw. Eingrenzung bereits eingewanderter Quarantäneschädlinge (z. B. Maiswurzelbohrer, Kartoffelzys-



tennematoden) führt der Pflanzenschutzdienst Rheinland-Pfalz aufwändige Maßnahmen durch.

#### **4.11 Die Rolle der Landwirtschaft in der Energiewende**

Das Ziel der Landesregierung in Rheinland-Pfalz ist es, bis 2030 bilanziell 100 % Strom aus regenerativen Quellen zu erzeugen und die regionale Versorgung in den Händen des Mittelstandes, der Kommunen sowie der Bürger und Bürgerinnen umweltgerecht und effizient auszubauen. Die anwendungsnahe Forschung in Rheinland-Pfalz zeigt überregional sichtbare Erfolge wie bspw. das Institut für Verbundwerkstoffe mit der Entwicklung einer innovativen Antriebswelle für Windkraftanlagen.

Der Zubau von Windenergie- und Fotovoltaikanlagen im Lande schreitet rasch voran, verlangt aber zusätzliche Ausgleichs- und Regelenergie, da die Verfügbarkeit von Wind- und Solarenergie sich in ihren jeweiligen Grenzen unabhängig voneinander ändert und diese Entwicklung nur begrenzt prognostizierbar ist. Ein wirksamer und in der Tendenz stärkerer Ausgleich des Leistungsangebotes ist grundsätzlich möglich durch den Einsatz von Speichertechnologien, den konventionellen Kraftwerkspark sowie durch Energiemanagement auf der Nachfrageseite und beim Betrieb von EEG-Anlagen. Regelenergie kann grundsätzlich auch von Biogasanlagen zur Verfügung gestellt werden, wenn diese dafür technisch ausgerüstet sind.

Ziel muss es sein, in einer ausgewogenen Kombination einzelner Energieträger und Rohstoffe, sowohl die Aspekte des Landschaftsschutzes (Landschaftsbild, Vermeidung von Monokulturen etc.) als auch die des Umwelt- und Naturschutzes (Vermeidung der Belastung angrenzender Ökosysteme) zu berücksichtigen und dabei betriebsindividuelle Entscheidungsspielräume einzubeziehen.

Um dabei die möglichen negativen Entwicklungen bei der Flächenkonkurrenz, auf dem Pachtmarkt und dem Landschaftsbild vorzubeugen und um regionale Kreisläufe zu fördern, sind regional angepasste Lösungen zu erarbeiten. Gleichzeitig sind entsprechende Handlungsempfehlungen herauszugeben, damit die Wertschöpfung möglichst in der Hand bäuerlicher Betriebe sowie des Mittelstandes bleibt. Zudem müssen alle ökonomischen und klimarelevanten Aspekte bei dem Anbau von Biomasse berücksichtigt werden. Nur wenn Biomasse nachhaltig angebaut und genutzt

wird, kann sie auf Dauer und in großem Stil zu unserer Energie- und Rohstoffversorgung beitragen. Dabei müssen die Umweltwirkungen der Biomasseproduktion entlang der Prozesskette betrachtet werden. Für die Stromherstellung aus Pflanzenöl und Bioethanol und für die Herstellung von Biokraftstoffen gilt bereits eine Nachhaltigkeitsverordnung. Im Interesse des Umwelt-, Klima- und Naturschutzes darf der Anbau keine besonders ökologisch wertvollen Flächen oder Flächen mit hohem Kohlenstoffanteil zerstören. Auch hier setzt die rheinland-pfälzische Landesregierung an und fördert z. B. den Einsatz von Pflanzenöltreibstoffen in der Land- und Forstwirtschaft. Die Vorgaben von Cross Compliance müssen wie für alle anderen Produktionszweige eingehalten werden. Für die Erzeugung von Biomasse zur energetischen Verwertung gelten ansonsten die gleichen Anforderungen wie für die Nahrungs- und Futtermittelerzeugung.

#### Entwicklung Biogasanlagen

Die Landwirtschaft trägt mit der Produktion von Biogas einen großen Teil zur Energiewende bei. Aktuell sind 132 Biogasanlagen in Rheinland-Pfalz in Betrieb und erzeugen mit einer Leistung von 54 Megawatt Strom. Zur Biogasproduktion werden hauptsächlich Energiepflanzen eingesetzt. Den größten Anteil hierbei hat Mais mit 70 %. Die Gründe hierfür liegen zum einen in der Flächeneffizienz dieser Pflanze. Sie hat den höchsten Biomasseertrag sowie die höchsten Gasausbeuten. Dies führt zu dem höchsten Methanertrag pro Hektar von allen bisher eingesetzten und untersuchten Pflanzen. Zum anderen ist Mais in der Biogasanlage am einfachsten und ohne großen Aufwand zu verarbeiten. Diese beiden Punkte sind für die Wirtschaftlichkeit des Betriebes entscheidend.

Die Maisanbaufläche betrug 2012 ca. 44.000 ha. Dies entspricht einem Anteil von etwa 11 % der rheinland-pfälzischen Ackerfläche für Futter- und Energiegewinnung. Gemessen an der bundesweiten durchschnittlichen Maisanbaufläche von rund 20 %, spielt der Maisanbau in Rheinland-Pfalz daher in der Summe eine eher untergeordnete Rolle. Allerdings gibt es deutliche regionale Unterschiede, wobei gut ein Viertel der Maisanbaufläche im Eifelkreis Bitburg-Prüm anzutreffen ist.

Etwas mehr als drei Viertel des Maises wird als Silomais angebaut. Hiervon werden ca. 11.000 ha Mais für die Biogasnutzung genutzt. Der Anteil von Silomais, der energetisch in einer Biogasanlage verwertet wird, liegt somit bei ca. 31 %. Der überwie-

gende Anteil des Silomaises wird jedoch als Futter für landwirtschaftliche Nutztiere angebaut.

Der Anbau aller Pflanzen, die in Rheinland-Pfalz energetisch in Biogasanlagen verwertet werden, umfasst etwa 3,8 % der gesamten Ackerfläche (AF). Eine ernsthafte Gefahr bzw. Flächenkonkurrenz zu anderen Feldfrüchten bezogen auf die Gesamtanbaufläche besteht somit nicht. Außer Mais werden in Rheinland-Pfalz weitere, sog. nachwachsende Rohstoffe (NaWaRos), als Substrate für den Einsatz in Biogasanlagen angebaut.

#### **In Zahlen sind das:**

- |                              |               |
|------------------------------|---------------|
| • Silomais                   | 11.000 ha     |
| • Ganz-Pflanzen-Silage (GPS) | 1.500 ha      |
| • Getreide-Korn              | 840 ha        |
| • Klee gras                  | 600 ha        |
| • Grünroggen                 | 340 ha        |
| • Sonstiges                  | <u>100 ha</u> |

**Summe 14.380 ha (= ca. 3,6 % der AF)**

Zudem wird der Aufwuchs von insgesamt ca. 5.300 ha Dauergrünland zur Erzeugung von Bioenergie bzw. Biogas genutzt. Dies entspricht einem Anteilswert von ca. 2,3 % der gesamten Grünlandfläche in Rheinland-Pfalz. Gras als Biomasse ist in der Produktion jedoch recht teuer, in der Biogasanlage schwierig zu handhaben und hat eine niedrigere Gasausbeute als Mais.

In verschiedenen Versuchen in Rheinland-Pfalz werden alternative Kulturen oder optimale Fruchtfolgen für die Biomasseproduktion untersucht. So z. B. in einem Dauerkulturversuch an drei Standorten oder im bundesweiten Fruchtfolgeversuch „Entwicklung und Vergleich von optimierten Anbausystemen für die landwirtschaftliche Produktion von Energiepflanzen unter den verschiedenen Standortbedingungen Deutschlands“ - Phase III (EVA III) mit einem Standort in der Eifel.

Als Alternativen zu Biomassepflanzen wird der Einsatz von Reststoffen und Landschaftspflegematerial diskutiert. Der Einsatz von Landschaftspflegematerial in Biogasanlagen ist aufgrund der Verholzung und der langen Fasern sehr problematisch. Dazu bedarf es effizienter und kostengünstiger Aufschlussverfahren, um dieses Potential nutzen zu können. Durch intelligente Aufschlussverfahren ist auch eine Kaskadennutzung möglich. Zuerst werden aus dem Pflanzenmaterial Plattformchemikalien extrahiert und anschließend die Reste vergoren. Für diese Verfahren besteht jedoch noch weiterer Forschungsbedarf.

### Nutzung weiterer Biomasse

Angesichts steigender Kosten für fossile Energieträger, wird die energetische Verwertung von Biomasse künftig einen noch höheren Stellenwert einnehmen. Im Hinblick auf die Umsetzung wichtiger Umwelt- und Klimaschutzziele können weitere vorhandene Potenziale verschiedener Bioenergieträger bei der Bioenergieproduktion ausgeschöpft werden.

Winterraps wird auf einer Fläche von ca. 47.000 ha angebaut. Der überwiegende Anteil wird zu Öl für Speisezecke verarbeitet. Eine energetische Verwertung des Öls zu Treibstoff ist in Rheinland-Pfalz relativ unbedeutend. Der Anteil der reinen Pflanzenöle, die als Treibstoff in land- und forstwirtschaftlichen Maschinen und Geräten eingesetzt werden, ist bislang noch sehr gering. Aufgrund des hohen Potenzials Triebhausgasimmissionen zu vermindern sind sie jedoch sehr umweltfreundlich und können im Vergleich zu fossilen Treibstoffen den Ausstoß an CO<sub>2</sub> um bis zu 80 % reduzieren. Reine Pflanzenöle sind als nachwachsende Rohstoffe nicht nur klimaschonend sondern sind im Gegensatz zu fossilen Ölen schwer entflammbar und ungiftig. Der Einsatz von Pflanzenölen als Treib- und Schmierstoffe ist daher insbesondere in umweltsensiblen Bereichen der Landwirtschaft oder Gewässerschutzgebieten äußerst sinnvoll und wird von der rheinland-pfälzischen Landesregierung gefördert.

Mit der Förderung von mit Pflanzenöl angetriebenen Traktoren und sonstigen Landmaschinen soll eine Verbesserung der Absatzmöglichkeiten von Pflanzenöl erreicht und damit zugleich die Situation der Ölmühlen verbessert werden. Die in der Vergan-

genheit häufig mit staatlicher Unterstützung entstandenen dezentralen Ölmühlen befinden sich derzeit in einer wirtschaftlich schwierigen Situation.

#### **4.12 GAP-Weiterentwicklung 2014 bis 2020 und ihre Umsetzung in Deutschland**

##### **Vorbemerkung**

Am **26. Juni 2013** haben sich das Europäische Parlament (EP) und der Rat – unter dem Vorbehalt der noch ausstehenden Einigung über den Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) für die Zeit 2014 bis 2020 und der zum Teil noch vorzulegenden ausformulierten Rechtstexte – politisch auf die künftige Ausrichtung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) verständigt. Die formelle Annahme konkreter Rechtstexte steht noch aus (s. u.). Die Weiterentwicklung der GAP trägt den künftigen Herausforderungen an die Landwirtschaft, insbesondere einer

- nachhaltigen Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen,
- markt- und verbrauchergerechten Nahrungsmittelerzeugung sowie
- ausgewogenen Entwicklung ländlicher Räume, Rechnung.

Der neue Rahmen ist im Wesentlichen ab dem Jahr 2015 anzuwenden.<sup>27</sup>

Am **3. Juli 2013** hat das EP dem Mehrjährigen Finanzrahmen 2014 bis 2020 zugestimmt, so dass auch das Agrarbudget für die GAP-Reform feststeht. Es verbleibt demzufolge bei dem am 8. Februar 2013 von den EU-Staats- und Regierungschefs beschlossenen Finanzbudget.

Auf Wunsch des EP steht die Berücksichtigung der GAP-bezogenen Elemente des Beschlusses der Staats- und Regierungschefs vom 8.02.2013 zum MFR noch unter Vorbehalt. Dazu sollen die Trilog-Verhandlungen am **3./4.09.2013** in Brüssel unter litauischer EU-Ratspräsidentschaft fortgesetzt und abgeschlossen werden (u. a. zu Kappung, Degression, Mittelumschichtungen 1./2. Säule, externe Konvergenz, Krisenreserve und Kofinanzierungssätze in der 2. Säule).

<sup>27</sup> Bezüglich der 2. Säule ab der Programmeinreichung in 2014.

Im EU-Agrarministerrat sollen die Rechtstexte schließlich nach vorausgegangener förmlicher Beschlussfassung im EP im Oktober 2013 voraussichtlich am **18./19.11.2013** beschlossen werden.

Nachfolgend sind die wesentlichen Eckpunkte des o.a. Beschlusses vom 26.6.2013 dargestellt.

Die Einigung, der die Kommissionsvorschläge von Oktober 2011 zugrunde liegen, betrifft vier Grundverordnungen des Europäischen Parlaments und des Rates für die Gemeinsame Agrarpolitik:

- eine Verordnung über Direktzahlungen,
- eine Verordnung über die gemeinsame Marktorganisation (einheitliche GMO),
- eine Verordnung über die Entwicklung des ländlichen Raums und
- eine horizontale Verordnung über die Finanzierung, Verwaltung und das Kontrollsystem der GAP.

**Direktzahlungen:** Um eine ausgewogenere Verteilung der Stützung zu erreichen, wird die bisherige GAP-Regelung für Direktzahlungen, bei der die Zuweisungen an die einzelnen Mitgliedstaaten - und die Inhaber landwirtschaftlicher Betriebe in den Mitgliedstaaten - auf historischen Referenzwerten beruhen, aufgegeben. Dies bedeutet eine tatsächliche klare Konvergenz der Zahlungen, und zwar nicht nur zwischen den Mitgliedstaaten, sondern auch innerhalb dieser. Deutschland hat hier bereits die größten Fortschritte erzielt.

Die Einführung eines Ökologisierungszuschlags (30 % der nationalen Finanzmittel-Obergrenze sind an die Anwendung bestimmter nachhaltiger landwirtschaftlicher Praktiken geknüpft) bedeutet zudem, dass ein erheblicher Anteil der Stützung künftig dazu dient, die Betriebsinhaber für die Bereitstellung ökologischer öffentlicher Güter zu belohnen ("Öffentliches Geld für öffentliche Güter!"). Alle Zahlungen sind weiterhin an die Einhaltung bestimmter Umweltauflagen und sonstiger Bestimmungen geknüpft (Näheres auch unten).

**Basisprämienregelung:** Die Mitgliedstaaten werden 70 % ihres für Direktzahlungen bestimmten nationalen Finanzrahmens für die neue Basisprämienregelung verwenden – abzüglich etwaiger Beträge für Zusatzzahlungen zugunsten von Junglandwirten und andere Optionen wie Zusatzzahlungen für benachteiligte Gebiete, die Kleinlandwirteregelung, die Umverteilungsprämie für die ersten Hektare und „gekoppelte

Zahlungen“. Für die EU-12 wird das Auslaufen der einfacheren, pauschalen Regelung für die einheitliche Flächenzahlung im SPS-System<sup>28</sup> immerhin bis auf 2020 (Ende der neuen Förderperiode) verschoben.

**Interne Konvergenz:** Diejenigen Mitgliedstaaten, die derzeit weiterhin Zuweisungen auf der Grundlage historischer Referenzwerte vornehmen, müssen ein vergleichbares Niveau der Hektarzahlen erreichen. Dabei stehen ihnen verschiedene Optionen offen: Anwendung eines nationalen oder eines regionalen Ansatzes (anhand administrativer oder agronomischer Kriterien), Erreichen eines regionalen/nationalen Beihilfesatzes bis 2019 oder Gewährleistung, dass die Zahlungen für diejenigen Betriebe, die derzeit weniger als 90 % des regionalen/nationalen Durchschnittssatzes erhalten, schrittweise angehoben werden, mit der zusätzlichen Garantie, dass alle Betriebsinhaber spätestens 2019 eine Zahlung von mindestens 60% des regionalen/nationalen Durchschnitts – mindestens aber 196 €/ha - erhalten werden. Die Beträge für diejenigen Betriebsinhaber, die mehr als den regionalen/nationalen Durchschnitt erhalten, werden proportional angepasst, wobei die Mitgliedstaaten etwaige „Einbußen“ auf 30 % begrenzen können.

Die Mitgliedstaaten können auch eine Umverteilungsprämie (Art. 28 a DZ-VO) für die ersten Hektarflächen gewähren, d. h. sie können bis zu 30 % des nationalen Finanzrahmens an Betriebsinhaber für deren erste 30 ha oder bis zur durchschnittlichen nationalen Betriebsgröße, falls diese mehr als 30 ha beträgt, umverteilen. Damit wird ein erheblicher Umverteilungseffekt erzielt. Als weitere Möglichkeit kann auch eine Höchstzahlung pro Hektar gewährt werden.

**Junglandwirte:** Zur Förderung des Generationenwechsels sollte die Basisprämie für Junglandwirte (Erstniederlassung und noch keine 40 Jahre alt) in den ersten fünf Jahren der Niederlassung um 25 % angehoben werden. Der Aufschlag wird aus bis zu 2 % des nationalen Finanzrahmens finanziert und ist für alle Mitgliedstaaten obligatorisch. Er ergänzt andere Maßnahmen, die Junglandwirten im Rahmen der Entwicklungsprogramme für den ländlichen Raum zur Verfügung stehen.

**Kleinlandwirteregelung:** Betriebsinhaber, die eine Unterstützung beantragen, können sich für die Teilnahme an der für die Mitgliedstaaten fakultativen Kleinlandwirteregelung entscheiden und unabhängig von der Betriebsgröße eine von den Mit-

---

<sup>28</sup> Single Payment Scene.



gliedstaaten festgesetzte jährliche Zahlung von 500 EUR bis 1250 EUR erhalten. Die Mitgliedstaaten können unterschiedliche Methoden zur Berechnung der jährlichen Zahlung heranziehen, wobei es auch die Möglichkeit gibt, dass den Betriebsinhabern der Betrag gewährt wird, den sie sonst erhalten würden. Dies bedeutet für die betroffenen Betriebsinhaber und die nationalen Behörden eine enorme Vereinfachung. Für die Teilnehmer gelten weniger strenge Cross-Compliance-Auflagen und sie sind von der Ökologisierungskomponente ausgenommen. Die Gesamtkosten der Kleinlandwirteregelung dürfen nicht mehr als 10 % des nationalen Finanzrahmens betragen, es sei denn, der Mitgliedstaat entscheidet sich dafür sicherzustellen, dass Kleinlandwirte den Betrag erhalten, auf den sie ohne die Regelung Anspruch hätten. Außerdem gibt es im Rahmen der Entwicklung des ländlichen Raums durch die Finanzierung von Beratungsangeboten für Kleinlandwirte eine Unterstützung, und Regionen mit vielen kleinen Betrieben erhalten Umstrukturierungszuschüsse.

**„Gekoppelte“ Stützung:** Um möglichen negativen Auswirkungen der internen Konvergenz auf bestimmte Sektoren in bestimmten Regionen entgegenzuwirken und aktuellen Gegebenheiten Rechnung zu tragen, können die Mitgliedstaaten in begrenztem Umfang eine „gekoppelte“ Stützung gewähren, d. h. Zahlungen für ein ganz bestimmtes Erzeugnis. Diese Zahlungen sind auf 8 % des nationalen Finanzrahmens begrenzt, wenn der Mitgliedstaat derzeit 0 bis 5 % gekoppelte Stützung gewährt, und können bis zu 13 % ausmachen, wenn die derzeitige gekoppelte Stützung über 5 % liegt. Die Kommission kann auch einen höheren Satz genehmigen, wenn dies gerechtfertigt ist. Außerdem kann im Umfang von 2 % eine „gekoppelte“ Stützung für Eiweißpflanzen gewährt werden.

**Gebiete mit naturbedingten Benachteiligungen/Benachteiligte Gebiete:** Die Mitgliedstaaten (oder Regionen) können - in einem Umfang von bis zu 5 % des nationalen Finanzrahmens - für Gebiete mit naturbedingten Benachteiligungen (nach der Begriffsbestimmung in der Verordnung für die Entwicklung des ländlichen Raums) eine zusätzliche Zahlung gewähren. Diese Zahlungen sind fakultativ und berühren nicht die Optionen, die für Gebiete mit naturbedingten Benachteiligungen/benachteiligte Gebiete im Rahmen der Entwicklung des ländlichen Raums bestehen.

**Ökologisierung (Greening):** Ergänzend zur Basisprämienregelung/Regelung für die einheitliche Flächenzahlung erhält jeder Betrieb eine Hektarzahung für die Einhal-

tung bestimmter dem Klima- und Umweltschutz förderlicher Bewirtschaftungsmethoden. Die Mitgliedstaaten verwenden **30 % ihrer nationalen Obergrenze** auf die Finanzierung dieser Zahlungen. Diese sind verbindlich, und die Nichteinhaltung der Ökologisierungsaufgaben zieht Sanktionen nach sich, die höher sind als der Ökologisierungszuschlag, d. h. nach einer Übergangszeit verlieren Betriebsinhaber, die gegen die Auflagen verstoßen, bis zu 125 % dieses Zuschlags.

Vorgesehen sind drei grundlegende Maßnahmen:

- Erhaltung von Dauergrünland;
- Anbaudiversifizierung: Ein Landwirt, dessen Ackerland mehr als 10 ha umfasst, muss mindestens zwei verschiedene landwirtschaftliche Kulturen anbauen (bzw. drei verschiedene Kulturen, wenn sein Ackerland mehr als 30 ha umfasst). Die Hauptkultur darf 75 % des Ackerlandes nicht übersteigen, und die beiden Hauptkulturen müssen mindestens 95 % des Ackerlandes einnehmen;
- Erhaltung von „im Umweltinteresse genutzten Flächen“ im Umfang von mindestens 5 % der Ackerfläche des Betriebs für landwirtschaftliche Betriebe mit einer Fläche von mehr als 15 ha (ohne Dauergrünland) – d. h. Ackerränder, Hecken, Bäume, Brachflächen, Landschaftselemente, Biotop, Pufferstreifen und Aufforstungsflächen. Dieser Prozentsatz wird nach einem von der Kommission im Jahr 2017 vorgelegten Bericht und einem Rechtsvorschlag auf 7 % heraufgesetzt.

**Ökologisierungäquivalenz:** Damit Betriebsinhaber, die sich bereits um Umwelt und Nachhaltigkeit verdient machen, nicht benachteiligt werden, sieht die Einigung eine Regelung der „Ökologisierungäquivalenz“ vor, nach der die Anwendung bereits bestehender umweltfreundlicher Praktiken diese Grundanforderungen ersetzt. Beispielsweise müssen ökologische Erzeuger keine zusätzlichen Anforderungen erfüllen, da ihre Praktiken erwiesenermaßen einen klaren Nutzen für die Umwelt erbringen. Für andere Erzeuger können in Agrarumweltregelungen Maßnahmen einbezogen werden, die als äquivalent gelten. Die neue Verordnung enthält eine Liste solcher äquivalenter Maßnahmen. Zur Vermeidung der „Doppelfinanzierung“ solcher Maßnahmen müssen bei den Zahlungen im Rahmen der Entwicklungsprogramme für den ländlichen Raum die grundlegenden Ökologisierungsaufgaben berücksichtigt werden (siehe Abschnitt „Entwicklung des ländlichen Raums“).

**Finanzdisziplin:** Vorbehaltlich der Genehmigung des MFR und unbeschadet des separaten Beschlusses für das Haushaltsjahr 2014 wurde vereinbart, dass bei einer etwaigen künftigen Kürzung der jährlichen Direktzahlungen aufgrund der Finanzdisziplin (d. h. wenn die Zahlungsvorausschätzungen die für die erste Säule verfügbaren Haushaltsmittel übersteigen) eine Schwelle von 2000 EUR gelten sollte, was bedeutet, dass die Kürzung auf die ersten 2000 EUR der Direktzahlungen eines Betriebsinhabers KEINE Anwendung finden würde. Diese Mittel werden erforderlichenfalls auch zur Finanzierung der Reserve für Marktkrisen verwendet (siehe horizontale Verordnung).

„**Aktive Landwirte**“: Um Schlupflöcher zu schließen, dank deren eine begrenzte Zahl von Unternehmen Direktzahlungen beantragen konnten, obwohl ihre Hauptgeschäftstätigkeit nichtlandwirtschaftlicher Art ist, werden die Vorschriften für aktive Landwirte mit der Reform verschärft. Für die Mitgliedstaaten gilt eine verbindliche Negativliste von Geschäftstätigkeiten (Flughäfen, Eisenbahndienste, Wasserwerke, Dienstleistungen von Immobilienmaklern, permanente Sport- und Freizeitanlagen u. a.), für die keine Direktzahlungen gewährt werden sollten, es sei denn, das betreffende Unternehmen kann nachweisen, dass es eine tatsächliche landwirtschaftliche Tätigkeit ausübt. Die Mitgliedstaaten können weitere Geschäftstätigkeiten in die Negativliste aufnehmen.

**Beihilfefähige Hektarfläche** – Als neues Bezugsjahr für die zugrunde gelegte landwirtschaftliche Fläche wird 2014 festgesetzt, doch wird auch eine Verbindung zu den Begünstigten im Rahmen der Direktzahlungsregelung im Jahr 2013 hergestellt, um Spekulationen vorzubeugen. Mitgliedstaaten, in denen die angemeldete beihilfefähige Fläche stark zunehmen könnte, dürfen die Zahl der im Jahr 2015 zuzuweisenden Zahlungsansprüche auf 135 % oder 145 % der im Jahr 2009 angemeldeten Hektarzahl begrenzen.

### **Marktverwaltungsmechanismen**

Parallel zum Auslaufen der Milchquotenregelung im Jahr 2015 sieht die Reform das Auslaufen der Zuckerquotenregelung am 30. September 2017 vor, womit die bei der Reform der Zuckermarktordnung im Jahr 2005 erfolgte Ankündigung, die Quotenregelung solle abgeschafft werden, wobei dem Sektor zusätzlich Zeit zur Anpassung zu geben sei, bekräftigt wurde. Die Wettbewerbsfähigkeit der EU-Erzeuger auf dem Binnen- und dem Weltmarkt wird hierdurch gleichermaßen verbessert (da die EU-

Ausfuhren durch die WTO-Regeln beschränkt werden, solange es Quoten gibt). Auf diese Weise wird dem Sektor eine langfristige Perspektive geboten. Eine gute Versorgung der heimischen Märkte in der EU zu realen Preisen kommt auch den Zwischen- und Endverbrauchern von Zucker zugute. Zur zusätzlichen Sicherheit werden Standardbestimmungen für die Vereinbarungen zwischen Zuckerfabriken und Zuckerrübenanbauern beibehalten. Nach dem Auslaufen der Quotenregelung kann weiterhin eine Beihilfe für die private Lagerhaltung von Weißzucker gewährt werden. Die meisten Entwicklungsländer werden weiterhin unbegrenzten zollfreien Zugang zum EU-Markt haben.

In Bezug auf die **Weinerzeugung** trägt die Einigung der bei der Reform des Weinssektors von 2006 getroffenen Entscheidung Rechnung, die Regelung für Rebpfanzungsrechte Ende 2015 auslaufen zu lassen und - entsprechend der Empfehlung der Hochrangigen Gruppe Rebpfanzungsrechte - eine Regelung für die Zulassung von Neuanpflanzungen mit einer auf jährlich 1 % begrenzten (und bis auf 0,5 % absenkbar) Zunahme einzuführen.

Durch weitere Änderungen der gemeinsamen Marktorganisation (einheitliche GMO) soll die Marktausrichtung der Landwirtschaft in der EU angesichts der verschärften Konkurrenz auf den Weltmärkten gestärkt und zugleich aufgrund der externen Unsicherheiten ein wirksames Sicherheitsnetz für die Betriebsinhaber (zusammen mit Direktzahlungen und Optionen für das Risikomanagement im Rahmen der Entwicklung des ländlichen Raums) geschaffen werden. Die bestehenden Regelungen der öffentlichen Intervention und der Beihilfe für die private Lagerhaltung werden überarbeitet, um eine größere Flexibilität und Effizienz zu erreichen (z. B. technische Anpassungen für Rindfleisch und Milcherzeugnisse). Im Milchsektor ergänzen diese Änderungen das „Milchpaket“ von 2012, das in die Verordnung einbezogen wurde und die Verhandlungsmacht der Landwirte stärkt.

Außerdem werden für alle Sektoren neue Sicherheitsklauseln eingeführt, die es der Kommission ermöglichen, auf allgemeine Marktstörungen mit Sofortmaßnahmen zu reagieren – wie etwa die bei der EHEC-Krise von Mai bis Juli 2011 getroffenen Maßnahmen. Finanziert werden diese Maßnahmen aus einer durch jährliche Kürzung der Direktzahlungen finanzierten Krisenreserve. Die nicht für Krisenmaßnahmen verwendeten Mittel gehen den Betriebsinhabern im Folgejahr wieder zu. Bei einem schwerwiegenden Marktungleichgewicht kann die Kommission Erzeugerorganisationen und Branchenverbände zudem ermächtigen, unter Beachtung besonderer Garantien kol-

ektiv bestimmte befristete Maßnahmen zu ergreifen (z. B. Marktrücknahmen oder private Lagerhaltung), um den betreffenden Sektor zu stabilisieren.

Das **Schulobst- und das Schulmilchprogramm** werden erweitert, und die jährlichen Haushaltsmittel für das Schulobstprogramm werden von 90 auf 150 Mio. EUR/Jahr angehoben.

Zur **Stärkung der Verhandlungsmacht der Landwirte** in der Lebensmittelversorgungskette bemüht sich die Kommission mit einigen begrenzten Abweichungen vom Wettbewerbsrecht darum, die Organisation der Sektoren zu verbessern. Die Vorschriften für die Anerkennung von Erzeugerorganisationen (EO) und Branchenverbänden werden auf alle Sektoren ausgeweitet, und weitere Optionen für die Einrichtung solcher Erzeugerorganisationen können über Mittel für die Entwicklung des ländlichen Raums finanziert werden (siehe weiter unten). Außerdem ist vorgesehen, dass die Landwirte unter bestimmten Bedingungen und unter Beachtung besonderer Garantien kollektiv Verträge für die Lieferung von Olivenöl, Rindfleisch, Getreide und bestimmten anderen Ackerkulturen aushandeln können. Die Kommission wird Leitlinien zu etwaigen wettbewerbsrechtlichen Fragen herausgeben.

Im Interesse der Vereinfachung und Marktorientierung werden einige weniger bedeutende oder nicht in Anspruch genommene Regelungen abgeschafft (Beihilfe für die Verwendung von Magermilch und Magermilchpulver in Futtermitteln und Casein, gekoppelte Beihilfe für Seidenraupen).

### **Entwicklung des ländlichen Raums**

Die Politik zur Entwicklung des ländlichen Raums hält an ihrem bisherigen bewährten Grundkonzept fest: Die Mitgliedstaaten oder Regionen konzipieren weiterhin ihre Mehrjahresprogramme auf der Grundlage des auf EU-Ebene verfügbaren Maßnahmenmenüs, wobei sie auf die Bedürfnisse ihrer eigenen ländlichen Gebiete eingehen. Diese Programme werden aus den nationalen Finanzrahmen kofinanziert, wobei die Beträge und die Kofinanzierungssätze im Kontext des MFF behandelt werden. Die neuen Regeln für die zweite Säule sehen einen flexibleren Ansatz vor als den derzeitigen.

Die Maßnahmen werden nicht mehr auf EU-Ebene in „Schwerpunkte“ mit Mindestausgabenanforderungen für jeden Schwerpunkt eingeteilt. Stattdessen sollen die Mitgliedstaaten/Regionen anhand einer gründlichen Analyse entscheiden, welche

Maßnahmen sie anwenden wollen (und wie dies geschehen soll), um Ziele im Rahmen von sechs großen „Prioritäten“ und deren detaillierteren „Schwerpunktbereichen“ (Unterprioritäten) zu erreichen.

Die sechs Prioritäten lauten:

- Förderung von Wissenstransfer und Innovation;
- Förderung der Wettbewerbsfähigkeiten aller Arten von Landwirtschaft sowie der nachhaltigen Bewirtschaftung der Wälder;
- Förderung der Organisation der Lebensmittelversorgungskette (einschließlich Verarbeitung und Vermarktung) und des Risikomanagements;
- Wiederherstellung, Erhaltung und Verbesserung der Ökosysteme;
- Förderung der Ressourceneffizienz und des Übergangs zu einer Wirtschaft mit geringem CO<sub>2</sub>-Ausstoß;
- Förderung der sozialen Eingliederung, der Bekämpfung der Armut und der wirtschaftlichen Entwicklung in den ländlichen Gebieten.

Die Mitgliedstaaten müssen von den für die Entwicklung des ländlichen Raums verfügbaren EU-Fördermitteln mindestens 30 % für bestimmte Maßnahmen zur Landbewirtschaftung und zur Bekämpfung des Klimawandels und mindestens 5 % für den LEADER-Ansatz verwenden. Die Politik zur Entwicklung des ländlichen Raums wird zudem über einen gemeinsamen strategischen Rahmen auf EU-Ebene sowie über Partnerschaftsvereinbarungen auf nationaler Ebene, die die gesamte Unterstützung aus den europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ELER, EFRE, Kohäsionsfonds, ESF und EMFF) abdecken, mit anderen Politikbereichen enger koordiniert.

Im neuen Zeitraum können die Mitgliedstaaten/Regionen zudem thematische Unterprogramme aufstellen, um Themen wie Junglandwirte, Kleinbetriebe, Berggebiete, Frauen in ländlichen Gebieten, Klimaschutz und –anpassung, Biodiversität sowie kurze Lieferketten besondere Aufmerksamkeit zu widmen. In bestimmten Fällen können im Rahmen der Teilprogramme höhere Fördersätze gelten.

Das gestraffte Maßnahmenmenü knüpft an die Stärken der im gegenwärtigen Zeitraum verfügbaren Maßnahmen an.

Die Maßnahmen betreffen u. a. Folgendes:

Innovation: Unter dieses Schlüsselthema (und konkreter die geplante Europäische Innovationspartnerschaft für landwirtschaftliche Produktivität und Nachhaltigkeit („EIP“)) fallen verschiedene Maßnahmen zur Entwicklung des ländlichen Raums, etwa „Wissenstransfer“, „Zusammenarbeit“ und „Investitionen in materielle Vermögenswerte“. Die EIP fördert Ressourceneffizienz, Produktivität sowie die emissionsarme und klimafreundliche/-resistente Entwicklung der Land- und Forstwirtschaft. Erreicht werden soll dies über eine engere Zusammenarbeit zwischen Agrarwirtschaft und Forschung und eine raschere Übertragung von neuen Technologien in die landwirtschaftliche Praxis.

Wissen – „eine wissensbasierte Landwirtschaft“: verstärkte Förderung von Betriebsberatungsdiensten (auch in Verbindung mit Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel, Umwelanforderungen sowie wirtschaftlicher Entwicklung und Schulungen).

Umstrukturierung/Investitionen/Modernisierung: Es können weiterhin Finanzhilfen gewährt werden – bisweilen mit höheren Fördersätzen, wenn es sich um EIP-Projekte oder gemeinsame Projekte handelt.

Junglandwirte: eine Kombination verschiedener Maßnahmen einschließlich Starthilfen für die Erstinbetriebnahme (bis zu 70 000 EUR), für allgemeine Investitionen in materielle Vermögenswerte, für Schulung und Beratungsdienste.

Kleinlandwirte: Beihilfen für Unternehmensgründungen von bis zu 15 000 EUR/Kleinbetrieb.

Risikomanagement: Versicherungen und Gegenseitigkeits-Fonds – für Ernte- und Wetterschäden, Tierseuchen – Erweiterung um ein Stabilisierungsinstrument (Möglichkeit der Entschädigung (bis zu 70 % der Verluste) aus einem Fonds auf Gegenseitigkeit bei einem Einkommensrückgang um 30 %).

Erzeugergruppierungen/-organisationen: Unterstützung bei der Gründung von Gruppierungen/Organisationen auf der Grundlage eines Geschäftsplans und auf KMU-Gruppierungen beschränkt.



Agrarumweltmaßnahmen – Klimaschutz: gemeinsame Verträge in Verbindung mit angemessener Schulung/Information, mehr Flexibilität bei der Verlängerung der ursprünglichen Verträge.

Ökologischer/biologischer Landbau: neue getrennte Maßnahmen für größere Sichtbarkeit.

Forstwirtschaft: verstärkte/vereinfachte Unterstützung über Zuschüsse und jährliche Zahlungen.

Berggebiete: Für Berggebiete und landwirtschaftliche Flächen nördlich des 62. Breitengrads gibt es Finanzhilfen von bis zu 450 EUR/ha (angehoben von bisher 250 EUR/ha).

Andere Gebiete mit naturbedingten oder sonstigen spezifischen Benachteiligungen: neue Ausweisung von Gebieten mit naturbedingten Benachteiligungen (mit Wirkung von spätestens 2018) anhand von acht biophysikalischen Kriterien; Flexibilität für die Mitgliedstaaten, zwecks Erhaltung oder Verbesserung der Umwelt bis zu 10 % ihrer landwirtschaftlichen Fläche als aus spezifischen Gründen benachteiligte Gebiete auszuweisen.

Zusammenarbeit: erweiterte Möglichkeiten der Unterstützung technischer, ökologischer und gewerblicher Zusammenarbeit (z. B. Pilotprojekte, gemeinsame Umweltprojekte, Aufbau kurzer Versorgungsketten, Entwicklung lokaler Märkte).

Nichtlandwirtschaftliche Tätigkeiten: Zuschüsse für die Gründung und Entwicklung von Kleinst- und Kleinunternehmen.

Basisdienstleistungen und Dorferneuerung: Investitionen in Breitbandinfrastruktur und erneuerbare Energie dürfen umfangreicher sein als sonst vorgeschrieben. Investitionen für die Verlagerung von Tätigkeiten / Umgestaltung von Gebäuden sind nun auch erfasst.

LEADER<sup>29</sup>: stärkerer Schwerpunkt auf Sensibilisierung und andere vorbereitende Unterstützung für Strategien; Förderung flexiblerer Kombinationen mit anderen Fonds in lokalen Gebieten (Zusammenarbeit Stadt/Land).

<sup>29</sup> LEADER ist jetzt ein gemeinsamer Ansatz für partizipative lokale Entwicklung im Rahmen der folgenden europäischen Struktur- und Investitionsfonds: EFRE, ESF, EMFF und ELER.

## **Horizontale Verordnung**

Kontrollen: In Regionen, in denen die Ergebnisse vorausgegangener Überprüfungen belegen, dass die Vorschriften eingehalten werden, werden die Kontrollauflagen gelockert. In Regionen, in denen es Probleme gibt, müssen die Kontrollen dagegen verstärkt werden.

Betriebsberatungsdienst: Die Liste von Themen, für die die Mitgliedstaaten den Betriebsinhabern Beratungsdienste anbieten müssen, wurde erweitert und umfasst nun neben der Cross-Compliance auch die „ökologischen“ Direktzahlungen, die Bedingungen für die Erhaltung von für Direktzahlungen in Betracht kommenden Flächen, die Wasserrahmenrichtlinie und die Richtlinie über den nachhaltigen Einsatz von Pestiziden sowie bestimmte Maßnahmen zur Entwicklung des ländlichen Raums.

Cross-Compliance: Alle Direktzahlungen, bestimmte Zahlungen für die Entwicklung des ländlichen Raums und bestimmte Zahlungen für Rebflächen bleiben an die Einhaltung einer Reihe von Grundanforderungen an die Betriebsführung geknüpft, die die Umwelt, den Klimawandel, den guten landwirtschaftlichen Zustand der Flächen, die Gesundheit von Mensch, Tier und Pflanzen sowie den Tierschutz betreffen. Die Liste wurde vereinfacht, und Bestimmungen, die nicht mit klaren und überprüfbaren Verpflichtungen für die Betriebsinhaber verbunden sind, wurden gestrichen. Im Rahmen der Einigung wurde bestätigt, dass die Wasserrahmenrichtlinie und die Richtlinie über den nachhaltigen Einsatz von Pestiziden in die Cross-Compliance-Regelung einbezogen werden, sobald feststeht, dass die Richtlinien in allen Mitgliedstaaten ordnungsgemäß angewendet werden, und die Verpflichtungen für die Betriebsinhaber klar festgelegt wurden.

Krisenreserve: Jedes Jahr wird durch Anwendung der Finanzdisziplin eine Krisenreserve im Umfang von 400 Mio. EUR (zu Preisen von 2011) geschaffen. Beträge, die nicht für eine Krise verwendet wurden, werden den Betriebsinhabern im folgenden Jahr als Direktzahlungen zurückerstattet.

Transparenz: Die Mitgliedstaaten müssen vollständige Transparenz in Bezug auf sämtliche Begünstigte gewährleisten.

Monitoring und Evaluierung der GAP: Die Kommission wird vor Ende 2018 – und danach alle vier Jahre – einen Bericht über die Auswirkungen der GAP in den drei Kernzielbereichen (rentable Nahrungsmittelproduktion, nachhaltige Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen und ausgewogene territoriale Entwicklung) vorlegen.

## Übergangsregelungen von der EU - Förderperiode 2007 bis 2013 auf die Förderperiode 2014 – 2020

Die neuen Verordnungen sollen alle am 1. Januar 2014 in Kraft treten, und die Kommission kann nun mit der Ausarbeitung der Durchführungsbestimmungen zu diesen Ratsverordnungen beginnen. Angesichts der notwendigen Vorbereitungen ist jedoch bereits klar, dass den Zahlstellen der Mitgliedstaaten nicht genug Zeit bleibt, um das erforderliche Verwaltungs- und Kontrollsystem für die neue Direktzahlungsregelung bis Anfang nächsten Jahres zu errichten (wenn den Betriebsinhabern die InVeKoS-Formulare zugesandt werden). Infolgedessen hat die Kommission einen gesonderten Vorschlag unterbreitet, nach dem 2014 ein Übergangsjahr für die Direktzahlungen sein sollte. Dies bedeutet, dass die neuen Elemente wie Ökologisierung und die Zusatzzahlung für Junglandwirte **erst ab 2015** gelten würden. Ebenso wird den Mitgliedstaaten nahegelegt, ihre Mehrjahresprogramme für die Entwicklung des ländlichen Raums auszuarbeiten, die Anfang nächsten Jahres genehmigt werden sollten. Für bestimmte jährliche Komponenten (z. B. Agrarumweltzahlungen) würden jedoch Übergangsbestimmungen gelten, so dass es bei dieser Art von Regelung zu keiner Unterbrechung kommt.

**Gestaltungsspielräume** der GAP-Reform: Der EU-Rahmen der GAP ab 2015 lässt den Mitgliedstaaten viel Flexibilität bei der Entscheidung über die Anwendung einzelner Maßnahmen bzw. deren konkrete Ausgestaltung. Dies gilt z. B. im Bereich der Direktzahlungen für die Ausgestaltung des obligatorischen Greenings und der obligatorischen Junglandwirteregelung sowie für die Anwendung und Ausgestaltung einer Zusatzförderung für die ersten Hektare als Ersatz für eine Degression der Direktzahlungen, einer Kleinerzeugerregelung und einer Förderung benachteiligter Gebiete in der 1. Säule.

Die Finanzierung erfolgt aus der nationalen Obergrenze für die Direktzahlungen. Es ergeben sich je nach Anwendung und Ausgestaltung dieser Instrumente Umverteilungen von Finanzvolumen zwischen den Bundesländern.

Hinsichtlich der Fördermaßnahmen in der 2. Säule ist zunächst und möglichst bald über die Verteilung der ELER-Mittel auf die Bundesländer zu entscheiden. Beide Bereiche – sowohl die Auswirkungen der Anwendung unterschiedlicher Politikoptionen in der 1. Säule als auch die Aufteilung von Mitteln der 2. Säule – sind mit Blick auf die Verteilungswirkungen auf die Bundesländer im Zusammenhang zu sehen.

**Auswirkungen auf Rheinland-Pfalz:** Deutschland verliert 7,7 % der Direktzahlungen (niedrigeres Budget für die **1. Säule** und Beiträge zur externen Konvergenz) sowie in der **2. Säule** rd. 10 %, unter Berücksichtigung des Kaufkraftverlustes sogar 15 % und in Rheinland-Pfalz liegen die Verluste in Bezug auf das Jahr 2013 bei fast 30 %.

Vor dem Hintergrund der Bundesverfassungsgerichtsentscheidung vom 14.10.2013 setzt sich die Landesregierung für eine möglichst baldige Herbeiführung bundeseinheitlicher Direktzahlungen ein. Dadurch können die bereits erwähnten Direktzahlungsrückgänge in Rheinland-Pfalz kompensiert werden. Die Landesregierung wird den Gestaltungsspielraum insbesondere zugunsten einer **bäuerlichen Landwirtschaft** möglichst weitgehend ausnutzen (z. B. durch möglichst volle Ausnutzung der Zusatzprämien für die ersten Hektare und das Kleinlandwirteregime). Ein zweiter Gestaltungsspielraum tut sich im Bereich des **Umweltschutzes und der nachhaltigen Landbewirtschaftung** auf. Auch hier wird die Landesregierung einen Schwerpunkt der Ausgestaltung im Rahmen der nationalen Umsetzung der GAP-Reform mit Hilfe der neuen Kopplungsoptionen (Raufutterfresserprämie, Grünlanderhaltung und Ausgleichszulage aus der 1. Säule) setzen. Dieser Ansatz stellt eine weitere Optimierung der Ökologisierung der Landwirtschaft durch das Greening dar und ergibt ein neues Bild der Landwirtschaft, die im Übrigen auch eine Eiweißstrategie beinhaltet. Die Landesregierung setzt sich darüber hinaus **für eine finanzstarke 2. Säule** ein. Der Umsetzungsvorschlag des BMELV mit einer Beibehaltung des derzeitigen Verteilschlüssels, der einer linearen Kürzung gleichkommt, wird abgelehnt. Die neuen Bundesländer haben ihren Konvergenz-Status verloren. Demzufolge setzt sich die Landesregierung für einen neuen ELER-Verteilschlüssel ein. Dieser Vorschlag ist als Tabelle 27 im Anhang enthalten.

## 5. Anhang

### 5.1 Tabellen und Übersichten

**Tabelle 1 Vergleich ökologischer Landbau zu konventionellem Landbau in Rheinland-Pfalz**

Jahr	Anzahl landwirtschaftliche Betriebe			landwirtschaftl. genutzte Fläche in 1000 ha		
	insgesamt <sup>1</sup>	ökologisch <sup>2</sup>	konventionell <sup>3</sup>	insgesamt <sup>1</sup>	ökologisch <sup>2</sup>	konventionell <sup>3</sup>
1995	43.694	368	43.326	715,9	7,1	708,8
1996	41.721	388	41.333	711,7	8,4	703,3
1997	40.250	407	39.843	717,4	10,6	706,8
1998	39.229	404	38.825	719,4	10,8	708,6
1999	35.475	407	35.068	715,8	11,2	704,6
2000	33.900	423	33.477	715,8	12,7	703,1
2001	32.678	485	32.193	712,9	15,1	697,8
2002	30.400	518	29.882	707,0	17,0	690,0
2003	29.330	540	28.790	706,5	18,6	687,9
2004	27.900	539	27.361	709,8	19,0	690,8
2005	27.347	565	26.782	718,9	20,5	698,4
2006	25.900	593	25.307	708,4	21,3	687,1
2007	25.529	685	24.844	715,4	24,8	690,6
2008	24.700	798	23.902	719,4	28,7	690,7
2009	23.826	851	22.975	704,8	32,1	672,7
2010	20.600	926	19.674	706,8	37,7	669,1
2011	20.000	973	19.027	703	40,4	662,6
2012	19.200	1076	18.124	698	44,2	653,8

1. gemäß Agrarstrukturerhebung des Statistischen Landesamtes, Betriebe >2 ha

2. Erhebung der ADD, alle A Betriebe (Erzeuger) und alle gemeldeten Flächen gemäß VO (EG) Nr. 834/2007

Tabelle 2 Landwirtschaft auf einen Blick 1949–2011

Merkmal	Betriebe <sup>1</sup>							
	Einheit	1949	1960	1971	1979	1991	1999	2011
Landwirtschaftliche Betriebe	Anzahl	21107	168 128	106 358	74 792	51506	35 475	20 000 <sup>2</sup>
LF je Betrieb	ha	4,2	5,0	7,7	10,2	13,8	20,2	35,2
Haupterwerbsbetriebe	%	.	.	51,4	44,9	42,1	38,7	46,7 <sup>3</sup>
Nebenerwerbsbetriebe	%	.	.	48,6	55,1	57,9	61,3	53,3 <sup>3</sup>
Betriebe mit 100 ha und mehr LF	Anzahl	65	44	68	102	422	1235	2 100 <sup>2</sup>
Gepachtete LF	1000 ha	.	.	314,1	339,7	396,0	464,2	4612 <sup>3</sup>
Anteil an der LF insgesamt	%	.	.	38,9	44,7	55,6	64,9	65,4 <sup>3</sup>
Pachtentgelt	EUR/ha	.	.	112	144	181	178	199 <sup>3</sup>

Merkmal	Arbeitskräfte <sup>1</sup>							
	Einheit	1949 <sup>2</sup>	1960 <sup>2</sup>	1971	1979	1991	1999	2011
Familienarbeitskräfte	1000	436,1	302,5	2211	1512	100,1	60,7	37,0
im Betrieb vollbeschäftigt	1000	.	.	72,6	38,9	26,3	14,3	12,4
	%	.	.	32,8	25,7	26,3	23,6	33,5
Arbeitskräfte, die keine Familienangehörigen des Betriebsinhabers sind	1000	80,9	43,0	29,9	33,4	24,9	62,5	62,4
ständige Arbeitskräfte	1000	46,1	15,2	10,4	8,2	5,5	9,7	10,8
Betriebliche Arbeitsleistung insgesamt	1000 AK	.	.	133,5	86,9	55,1	40,4	37,9
Betriebliche Arbeitsleistung je 100 ha LF	AK	.	.	16,3	11,7	7,8	5,7	5,4

<sup>1</sup>Vergleichbarkeit zwischen den Jahren eingeschränkt. – <sup>2</sup>In landwirtschaftlichen Betrieben ab 2 ha LF.

Merkmal	Bodennutzung und Ernte							
	Einheit	1950	1960	1971	1979	1991	1999	2011
Landwirtschaftlich genutzte Fläche	1000 ha	953,1	969,9	910,0	765,7	716,6	715,8	703,0
Dauergrünland	1000 ha	261,5	268,8	274,8	243,8	224,7	242,8	230,7
Rebfläche	1000 ha	41,2	52,2	61,9	65,5	67,6	65,9	63,3
Obstanlagen	1000 ha	8,0	9,3	11,5	6,9	6,2	6,3	5,2
Ackerland	1000 ha	616,1	617,2	539,6	446,2	415,8	398,9	401,6
Getreide <sup>1</sup>	1000 ha	321,0	364,8	377,7	352,8	283,7	248,4	239,4
Weizen	1000 ha	63,7	12,1	134,5	117,5	88,8	82,5	117,5
Triticale	1000 ha	.	.	.	.	6,8	12,1	16,2
Roggen und Wintermengge	1000 ha	100,6	89,6	44,5	36,1	19,4	14,8	10,9
Wintergerste	1000 ha	2,9	10,4	18,4	48,5	38,3	32,4	35,1
Sommergerste	1000 ha	51,8	60,8	85,3	87,3	98,2	85,2	44,4
Hafer	1000 ha	99,7	79,7	69,2	49,3	24,5	13,7	5,4
Raps und Rübsen	1000 ha	5,0	0,4	3,1	2,0	28,7	32,1	44,2
Kartoffeln	1000 ha	90,2	87,3	47,4	16,2	10,7	10,4	7,9
Zuckerrüben	1000 ha	12,7	19,1	21,6	22,6	22,6	23,3	19,6
Pflanzen zur Grünernte	1000 ha	100,9	70,6	45,2	30,7	24,4	33,0	60,0
Silomais	1000 ha	3,3	4,1	5,6	15,8	15,4	15,4	30,7
Getreide <sup>1</sup>	1000 t	852,4	1182,4	1399,3	1540,8	1460,2	1461,3	1329,8
Weizen	1000 t	187,1	419,2	549,9	567,6	519,0	556,1	706,3
Triticale	1000 t	.	.	.	.	35,7	72,6	82,6
Roggen und Wintermenggetreide	1000 t	268,0	259,2	153,4	143,8	91,4	86,6	57,0
Wintergerste	1000 t	6,9	38,8	73,8	221,8	209,1	192,3	183,6
Sommergerste	1000 t	144,1	207,8	308,0	355,8	460,4	439,9	186,9
Hafer	1000 t	241,3	222,4	223,3	191,8	108,3	63,9	20,0
Raps und Rübsen	1000 t	6,5	6,1	7,4	4,5	78,2	103,4	107,7
Kartoffeln	1000 t	2 246,2	1964,0	1224,4	440,9	274,2	339,5	326,4
Zuckerrüben	1000 t	485,8	935,9	1049,1	1168,6	1014,1	1310,9	1429,9
Silomais	1000 t	100,9	129,3	215,7	780,8	657,1	718,9	1478,5

<sup>1</sup>Einschließlich Körnermais und Corn-Cob-Mix.

Tabelle 2 (Seite 2)

## Landwirtschaft auf einen Blick 1949–2011

Merkmal	Weinbau							
	Einheit	1957	1964	1972	1979	1989	1999	2011
Betriebe <sup>1</sup>	Anzahl	41724	43 297	36 487	28 595	23 229	16 065	9 000 <sup>2</sup>
Rebfläche je Betrieb <sup>1</sup>	ha	10	10	16	2,2	2,9	4,1	7,0
Anteil <sup>3</sup>	%	.	.	.	38,2	40,3	45,3	45,2
Bestockte Rebfläche	ha	47 315	48 091	57 811	63 187	66 812	66 831	63 810
Weißweinsorten	%	88,6	89,9	92,3	94,8	90,1	82,6	69,3
Rotweinsorten	%	11,4	10,1	7,7	5,2	9,9	17,4	30,7
Weinmosternte	1000 hl	1783,6	5 386,1	5 533,0	5 395,8	8 664,6	7 954,8	6 162,2
Weißmost	%	87,8	88,3	91,0	94,4	93,1	82,5	64,1
Rotmost	%	12,2	11,7	9,0	5,6	6,9	17,5	35,9

Merkmal	Obstbau							
	Einheit	1950	1960	1972	1982	1992	2002	2011
Baumobst								
Betriebe	Anzahl	.	.	6 734	4 543	3 652	1 734	1 118 <sup>1</sup>
Baumobstfläche	ha	.	.	6 084	5 788	5 455	4 858	4 283 <sup>1</sup>
Äpfel	%	.	.	27,9	26,8	36,1	37,5	37,5 <sup>1</sup>
Birnen	%	.	.	6,6	3,5	4,2	5,3	4,9 <sup>1</sup>
Sauerkirschen	%	.	.	36,5	46,9	33,3	23,3	19,3 <sup>1</sup>
Süßkirschen	%	.	.	9,9	7,4	7,1	8,6	11,0 <sup>1</sup>
Pflaumen und Zwetschen	%	.	.	11,1	11,4	15,4	20,3	23,0 <sup>1</sup>
Erntemenge	t	.	.	.	81427	112 164	69 997	61 680
Äpfel	t	.	.	.	41 113	70 133	42 383	29 686
Birnen	t	.	.	.	3 119	5 787	4 037	4 080
Sauerkirschen	t	.	.	.	25 079	20 171	8 577	7 879
Süßkirschen	t	.	.	.	2 385	2 306	2 870	3 075
Pflaumen und Zwetschen	t	.	.	.	8 214	11 757	10 265	14 420

12007.

Merkmal	Gartenbau							
	Einheit	1950	1960	1970	1981	1992	2000	2011
Gemüse								
Betriebe	Anzahl	.	.	.	.	2 357	938	559 <sup>1</sup>
Anbaufläche	ha	4 408	5 288	6 055	4 867	8 718	13 922	18 454
Wurzel- und Knollengemüse	%	11,5	14,7	11,1	14,0	28,4	30,5	27,7
Blattgemüse	%	24,2	17,0	32,7	28,5	22,0	22,5	24,6
Zwiebelgemüse	%	13,1	8,1	5,4	10,9	13,9	12,9	13,8
Kohlgemüse	%	20,5	21,5	21,2	27,6	23,2	18,4	13,0
Erdbeeren								
Betriebe	Anzahl	.	.	.	.	259	152	131 <sup>1</sup>
Anbaufläche	ha	.	485	275	166	285	472	455
Erntemenge	t	.	.	1 778	890	1 378	3 102	3 699
Baumschulen								
Betriebe	Anzahl	.	.	.	199 <sup>2</sup>	168	145	106 <sup>1</sup>
Fläche	ha	359	559	648	878 <sup>2</sup>	905	929	656 <sup>1</sup>
Zierpflanzen								
Betriebe	Anzahl	.	.	.	.	552	502	354 <sup>1</sup>
Anbau auf dem Freiland	ha	174	194	209 <sup>3</sup>	154	211	185	215 <sup>1</sup>
Anbau unter Glas	ha	30	44	93 <sup>3</sup>	95	103	111	81 <sup>1</sup>

12008. – 2 1980. – 3 1969.



Tabelle 2 (Seite 3)

## Landwirtschaft auf einen Blick 1949–2011

Merkmal	Viehhaltung und tierische Erzeugung							
	Einheit	1949	1960	1971	1979	1990	1999	2011
Pferdehalter	Anzahl	.	37 781	9 656	7 844	5 198	3 848	2 242 <sup>1,2</sup>
Rinderhaltungen <sup>3</sup>	Anzahl	.	12 310	54 615	31 880	16 087	9 039	5 967
Milchkühhaltungen <sup>3</sup>	Anzahl	.	.	47 189	24 905	10 551	4 291	2 430
Schweinehalter	Anzahl	.	149 169	67 948	33 456	13 299	4 253	400 <sup>4</sup> x
Zuchtsauenhalter	Anzahl	.	.	.	7 112	2 791	1 161	200 <sup>4</sup> x
Schafhalter	Anzahl	.	2 024	2 523	4 175	3 942	1 838	500 <sup>4</sup> x
Legehennenhalter	Anzahl	.	.	.	26 208	11 550	4 328	15 652 x
Pferde	1000	88,1	50,6	16,5	218	213	22,0	19,6 <sup>1,2</sup> x
Rinder <sup>3</sup>	1000	665,3	733,9	685,6	678,2	542,3	457,2	363,1 x
Milchkühe <sup>3</sup>	1000	351,4	334,6	252,4	235,8	180,4	136,4	117,8 x
Schweine	1000	522,0	711,3	741,5	687,3	509,6	379,3	242,5 x
Zuchtsauen	1000	38,8	51,9	68,8	78,5	58,6	38,6	16,8 x
Schafe	1000	104,5	53,3	61,7	87,6	144,2	144,9	70,9 x
Legehennen 1/2 Jahr und älter	1000	1953,5	3 321,5	4 000,5	1995,1	1343,5	916,5	749,8 <sup>2</sup> x
Großvieheinheiten je 100 ha <sup>5</sup>	Anzahl	.	.	69,2	77,1	69,1	58,8	47,7 <sup>2</sup> x
Milcherzeugung	1000 t	470,3	906,5	950,7	948,2	831,7	782,6	836,8 <sup>7</sup> x
je Kuh und Jahr	kg	1397	2 780	3 656	3 977	4 470	5 767	7 105 <sup>8</sup> x
Schlachtmenge	1000 t	.	166,4	170,2	169,1	177,3	151,6	132,6 x
Rinder einschließlich Kälber	1000 t	.	56,9	67,8	59,7	57,7	38,8	27,6 x
Schweine	1000 t	.	97,4	101,8	108,2	117,5	111,3	104,3 x
Eiererzeugung <sup>6</sup>	1000	.	431 000	969 000	.	236 456	171 480	161 663 x

Merkmal	Forstwirtschaft							
	Einheit	1950	1960	1971	1979	1991	1999	2011
Forstbetriebe <sup>1</sup>	Anzahl	.	2 872	2 526	2 372	2 386	2 394	2 423 <sup>2,3</sup>
Waldfläche <sup>1</sup>	ha	.	667 641	650 683	660 574	658 760	654 423	662 890 <sup>2,3</sup>
Landwirtschaftliche Betriebe mit Waldfläc	Anzahl	.	.	35 568	25 980	16 622	11 739	6 800 <sup>2,4</sup>
Waldfläche	ha	.	.	51 155	41 024	33 235	27 586	24 800 <sup>2,4</sup>
Waldfläche insgesamt	ha	734 149	747 466	750 780	766 520 <sup>5</sup>	804 553 <sup>6</sup>	809 003	833 542 x
Anteil an der Bodenfläche insgesamt	%	37,0	37,7	37,9	38,6 <sup>5</sup>	40,5 <sup>6</sup>	40,7	42,0 x
Holzeinschlag	1000 fm	3 276	2 856	2 427	2 700	4 408	2 945	4 000 x

Merkmal	Fläche und Bevölkerung							
	Einheit	1950	1960	1971	1978	1988	1999	2011
Bodenfläche insgesamt	km <sup>2</sup>	19 826	19 831 x	19 835	19 848	19 849	19 853	19 854 x
Bevölkerung	Anzahl	3 004 784	3 417 116 <sup>1</sup>	3 678 519	3 630 947	3 653 155	4 030 773	3 999 117 x
je km <sup>2</sup>	Anzahl	151	172 x	185	183	184	203	201 x
Landwirtschaftsfläche <sup>2</sup> je Einwohner	m <sup>2</sup>	3 172	2 821 x	2 838	2 671	2 421	2 116	2 078 x
Anteil an der Bodenfläche insgesamt	%	48,1	48,9 x	48,4	48,9	44,6	43,0	41,8 x

1 1961 – 2 1950–1971 landwirtschaftliche Nutzfläche.

Merkmal	Wertschöpfung, Kaufwerte							
	Einheit	1950	1960	1970	1980	1990	2000	2011
Anteil Land-, Forstwirtschaft, Fischerei an der Bruttowertschöpfung insgesamt	%	14,4	8,6	5,0	2,7	2,3	1,7	1,6 x
Kaufwert je ha Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung	EUR	.	.	.	11 850	11 978	9 466	9 532 x

Tabelle 3 Landwirtschaftliche Betriebe 1949–2011 nach Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche

Landwirtschaftlich genutzte Fläche von ... bis unter ... ha	1949	1960	1971	1979	1991	1999	2010	2011 <sup>1</sup>	Durchschnittliche jährliche Veränderungsrate 1999–2011 in %
<b>Betriebe (Anzahl)</b>									
Unter 5 <sup>2</sup>	152 478	109 866	57 961	36 841	24 824	15 357	5 494	5 200	-8,7
5–10	42 240	35 355	20 035	13 148	7 638	5 307	3 331	3 300	-4,0
10–20	13 795	19 476	18 596	12 514	7 426	4 949	3 719	3 600	-2,6
20–50	2 194	3 147	9 296	11 021	8 557	5 462	3 411	3 400	-3,9
50–100	245	240	402	1 166	2 639	3 165	2 629	2 500	-2,0
100–200	62	39	60	83	391	1 134	1 624	1 700	3,3
200 und mehr	3	5	8	19	31	101	356	400	11,4
<b>Insgesamt</b>	<b>211 017</b>	<b>168 128</b>	<b>106 358</b>	<b>74 792</b>	<b>51 506</b>	<b>35 475</b>	<b>20 564</b>	<b>20 000</b>	<b>-4,7</b>
<b>Landwirtschaftlich genutzte Fläche (ha)</b>									
Unter 5 <sup>2</sup>	328 847	226 599	117 117	71 426	46 867	30 960	11 387	10 900	-8,4
5–10	292 572	253 728	143 469	94 182	54 756	37 804	24 066	23 900	-3,7
10–20	180 633	261 257	265 639	178 856	106 273	71 251	54 235	52 900	-2,5
20–50	60 190	82 666	252 748	326 493	272 091	179 638	112 930	111 200	-3,9
50–100	16 754	16 155	25 544	73 351	175 772	222 583	188 680	178 300	-1,8
100–200	7 987	5 080	7 920	10 453	47 867	148 223	219 409	227 000	3,6
200 und mehr	987	1 165	2 098	5 762	8 226	25 373	94 516	98 900	12,0
<b>Insgesamt</b>	<b>887 970</b>	<b>846 650</b>	<b>814 536</b>	<b>760 527</b>	<b>711 858</b>	<b>715 831</b>	<b>705 223</b>	<b>703 000</b>	<b>-0,2</b>

<sup>1</sup> Stichprobenerhebung; Ergebnis auf 100 gerundet. – <sup>2</sup> Vergleichbarkeit zwischen den Jahren aufgrund mehrfach geänderter unterer Erhebungsgrenzen eingeschränkt (siehe Grundlagen der Erhebungen).

Tabelle 4 Landwirtschaftliche Betriebe 2010 nach betriebswirtschaftlicher Ausrichtung und Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche

Landwirtschaftlich genutzte Fläche von ... bis unter ... ha	Insgesamt	Davon						Gemischtbetriebe
		spezialisierte Betriebe					Übrige <sup>1</sup>	
		Ackerbau	Dauerkulturen	darunter		Futterbau (Weidevieh)		
Weinbau	Milchvieh							
Betriebe (Anzahl)								
Unter 5	5 494	15	4 963	4 677	197	.	.	.
5–10	3 331	665	1649	1552	804	.	49	164
10–20	3 719	849	1492	1398	1031	.	49	298
20–50	3 411	939	791	721	1057	374	111	513
50–100	2 629	650	224	.	1 108	726	100	547
100–200	1 624	402	67	.	686	518	68	401
200 und mehr	356	19	8	6	113	83	.	.
<b>Insgesamt</b>	<b>20 564</b>	<b>3 639</b>	<b>9 194</b>	<b>8 613</b>	<b>4 996</b>	<b>1 857</b>	<b>672</b>	<b>2 063</b>
Größenklasse der LF von ... bis unter ... ha								
Unter 5	11 387	45	10 306	9 750	579	.	.	.
5–10	24 066	4 844	11 912	11 237	5 720	.	362	1 227
10–20	54 235	12 582	20 761	19 436	15 536	.	715	4 641
20–50	112 930	31 071	24 299	22 065	36 014	14 086	3 868	17 679
50–100	188 680	46 068	15 623	13 989	80 198	53 765	7 384	39 408
100–200	219 409	54 955	8 305	.	92 474	69 724	8 816	54 858
200 und mehr	94 515	32 956	1 989	.	28 849	20 537	.	.
<b>Insgesamt</b>	<b>705 223</b>	<b>182 521</b>	<b>93 195</b>	<b>85 282</b>	<b>259 369</b>	<b>160 504</b>	<b>24 920</b>	<b>145 218</b>
Nachrichtlich:								
LF je Betrieb	34,3	50,2	10,1	9,9	51,9	86,4	37,1	70,4
1Gartenbau, Veredlung.								

Tabelle 5 Landwirtschaftliche Betriebe der Rechtsform Einzelunternehmen 2010 nach sozialökonomischen Betriebstypen und ausgewählten Merkmalen

Merkmal	Insgesamt		Davon			
	Betriebe	LF	Haupterwerbsbetriebe		Nebenerwerbsbetriebe	
			Betriebe	LF	Betriebe	LF
	Anzahl	ha	Anzahl	ha	Anzahl	ha
Größenklasse der LF von ... bis unter ... ha						
Insgesamt	18 539	586 689	8 665	412 753	9 874	173 936
Unter 5	5 177	10 674	1 654	4 331	3 523	6 344
5–10	3 090	22 243	1 238	9 020	1 852	13 223
10–20	3 321	48 471	1 318	18 825	2 003	29 646
20–50	3 062	101 399	1 431	49 245	1 631	52 155
50–100	2 336	166 505	1 653	120 250	683	46 255
100–200	1 324	177 708	1 166	157 902	158	19 806
200 und mehr	229	59 688	205	53 181	24	6 507
Größenklasse des Standardoutputs von ... bis unter ... EUR						
Unter 4 000	683	5 904	37	397	646	5 507
4 000–8 000	1 694	11 482	105	714	1 589	10 768
8 000–15 000	2 711	22 217	294	2 132	2 417	20 085
15 000–25 000	2 281	29 216	422	3 956	1 859	25 260
25 000–50 000	3 068	61 248	1 223	19 801	1 845	41 447
50 000–100 000	3 075	104 299	2 039	64 111	1 036	40 188
100 000–250 000	3 810	227 140	3 401	203 045	409	24 095
250 000–500 000	970	96 413	909	91 604	61	4 809
500 000–750 000	131	15 378	125	14 309	6	1 069
750 000 und mehr	116	13 393	110	12 685	6	709
Betriebswirtschaftliche Ausrichtung						
Ackerbau	3 402	159 321	1 040	92 274	2 362	67 047
Gartenbau	367	9 184	.	.	.	.
Dauerkultur	8 126	70 681	4 289	58 198	3 837	12 483
Weinbau	7 590	64 442	.	.	.	.
Futterbau (Weidevieh)	4 611	214 973	1 911	151 330	2 700	63 644
Milchvieh	1 594	123 926	.	.	.	.
Veredlung	162	9 025	.	.	.	.
Pflanzenbauverbund	519	30 042	358	26 251	161	3 790
Viehhaltungsverbund	112	5 755	57	4 383	55	1 373
Pflanzenbau-Viehhaltung	1 240	87 707	583	63 360	657	24 348
Bodennutzung						
Landwirtschaftlich genutzte Fläche	18 539	586 689	8 665	412 753	9 874	173 936
Dauergrünland	9 417	202 507	3 868	125 228	5 549	77 280
Rebfläche	8 260	47 916	4 557	39 077	3 703	8 909
Obstanlagen	1 614	4 240	848	3 095	766	1 145
Ackerland	9 031	330 895	4 647	244 708	4 384	86 187
Weizen	5 899	100 552	3 266	74 890	2 633	25 663
Roggen einschließlich Wintermenggetreide	1 235	9 307	727	6 542	508	2 765
Wintergerste	3 386	30 511	1 875	21 613	1 511	8 899
Sommergerste	3 755	34 224	2 072	24 703	1 683	9 521
Hafer	1 931	5 580	895	3 288	1 036	2 292
Gemüse, Erdbeeren und sonstige Gartengewächse	881	9 241	673	8 668	208	573
Raps und Rübsen	2 970	39 317	1 514	27 298	1 456	12 019
Kartoffeln	2 040	6 081	1 010	5 363	1 030	718
Zuckerrüben	1 543	13 996	1 233	12 259	310	1 737
Pflanzen zur Grünernte	3 916	43 424	2 352	34 054	1 564	9 370
Silo mais	1 824	20 882	1 366	17 477	458	3 406
1Körnermais und Corn-Cob-Mix						

Tabelle 5 (Seite 2) Landwirtschaftliche Betriebe der Rechtsform Einzelunternehmen 2010  
nach sozialökonomischen Betriebstypen und ausgewählten Merkmalen

Merkmal	Insgesamt		Davon			
			Haupterwerbsbetriebe		Nebenerwerbsbetriebe	
	Betriebe	Tiere	Betriebe	Tiere	Betriebe	Tiere
Anzahl						
Viehhaltung						
Einhufer	2 112	18 003	661	6 759	1 451	11 244
Rinder	4 846	299 761	2 431	227 756	2 415	72 005
Milchkühe	2 149	91 047	1 705	81 972	444	9 075
Schweine	1 106	196 616	576	167 943	530	28 673
Zuchtsauen	329	16 711	222	14 799	107	1 912
Schafe	908	82 011	214	45 636	694	36 375
Ziegen	390	4 554	117	1 946	273	2 608
Legehennen 1/2 Jahr und älter	1 452	296 461	494	248 894	958	47 567

Tabelle 6 Landwirtschaftliche Betriebe der Rechtsform Einzelunternehmen 1971–2010<sup>1</sup>  
nach sozialökonomischen Betriebstypen und Verwaltungsbezirken

Kreisfreie Stadt (St.) Landkreis	Jahr	Insgesamt		Davon					
				Haupterwerbsbetriebe				Nebenerwerbsbetriebe	
		Betriebe	LF	Betriebe		LF		Betriebe	LF
		Anzahl	ha	Anzahl	%	ha	%	Anzahl	ha
Frankenthal (Pfalz), St.	1971	160	.	137	85,6	.	.	23	.
	1979	10	2 551	96	87,3	2 481	97,3	14	70
	1991	80	2 692	67	83,8	2 523	93,7	13	169
	1999	54	2 140	.	.	.	.	.	.
	2010	35	1 902	30	85,7	1 836	96,5	5	65
Kaiserslautern, St.	1971	115	.	54	47,0	.	.	61	.
	1979	75	1215	37	49,3	1011	83,2	38	204
	1991	48	1062	19	39,6	667	62,8	29	395
	1999	36	1 189	9	25,0	738	62,1	27	450
	2010	.	.	10	50,0	608	67,2	.	.
Koblenz, St.	1971	291	.	182	62,5	.	.	109	.
	1979	195	2 014	139	71,3	1 727	85,7	56	287
	1991	132	1 745	91	68,9	1 509	86,5	41	236
	1999	91	1 908	50	54,9	1 338	70,1	41	569
	2010	.	.	37	56,1	1 023	62,0	.	.
Landau i. d. Pfalz, St.	1971	629	.	379	60,3	.	.	250	.
	1979	610	2 736	303	49,7	2 358	86,2	307	378
	1991	471	2 494	209	44,4	2 040	81,8	262	454
	1999	327	2 111	134	41,0	1 723	81,6	193	389
	2010	189	1 813	89	47,1	1 490	82,2	100	322
Ludwigshafen a. Rh., St.	1971	215	.	176	81,9	.	.	39	.
	1979	163	2 322	135	82,8	2 050	88,3	28	272
	1991	114	2 257	98	86,0	2 182	96,7	16	75
	1999	54	1 657	.	.	.	.	.	.
	2010	36	1 560	33	91,7	1 499	96,1	3	61
Mainz, St.	1971	655	.	461	70,4	.	.	194	.
	1979	514	4 526	312	60,7	3 999	88,4	202	527
	1991	353	4 321	218	61,8	3 817	88,3	135	504
	1999	223	4 017	132	59,2	3 710	92,4	91	307
	2010	134	3 911	.	.	.	.	.	.
Neustadt a. d. Weinstr., St.	1971	998	.	479	48,0	.	.	519	.
	1979	782	3 647	365	46,7	2 984	81,8	417	663
	1991	603	3 450	259	43,0	2 845	82,5	344	605
	1999	399	3 125	166	41,6	2 571	82,3	233	553
	2010	239	2 800	125	52,3	2 414	86,2	114	386
Pirmasens, St.	1971	162	.	83	51,2	.	.	79	.
	1979	107	1 330	46	43,0	914	68,7	61	416
	1991	71	1 102	30	42,3	781	70,9	41	321
	1999	49	903	11	22,4	430	47,6	38	473
	2010	.	.	.	.	.	.	24	573
Speyer, St.	1971	70	.	48	68,6	.	.	22	.
	1979	60	820	37	61,7	723	88,2	23	97
	1991	38	782	27	71,1	686	87,7	11	96
	1999	30	574	17	56,7	472	82,2	13	102
	2010	18	527	7	38,9	219	41,6	11	308

Tabelle 6 (Seite 2) Landwirtschaftliche Betriebe der Rechtsform Einzelunternehmen 1971–2010<sup>1</sup> nach sozialökonomischen Betriebstypen und Verwaltungsbezirken

Kreisfreie Stadt (St.) Landkreis	Jahr	Insgesamt		Davon					
				Haupterwerbsbetriebe				Nebenerwerbsbetriebe	
		Betriebe	LF	Betriebe		LF		Betriebe	LF
		Anzahl	ha	Anzahl	%	ha	%	Anzahl	ha
Trier, St.	1971	323	.	196	60,7	.	.	127	.
	1979	226	1707	105	46,5	1213	71,1	121	494
	1991	138	1600	62	44,9	1066	66,6	76	534
	1999	89	1578	40	44,9	1058	67,0	49	520
	2010	51	1613	23	45,1	1022	63,4	28	591
Worms, St.	1971	550	.	441	80,2	.	.	109	.
	1979	470	6 495	318	67,7	5 927	91,3	152	568
	1991	356	6 677	245	68,8	6 232	93,3	111	445
	1999	257	6 363	196	76,3	6 178	97,1	61	184
	2010	154	5 195	.	.	.	.	.	.
Zweibrücken, St.	1971	229	.	113	49,3	.	.	116	.
	1979	153	3 037	89	58,2	2 702	89,0	64	335
	1991	99	2 873	52	52,5	2 395	83,4	47	478
	1999	74	2 385	37	50,0	2 023	84,8	37	362
	2010	40	2 089	.	.	.	.	.	.
Ahrweiler	1971	3 333	.	1 117	33,5	.	.	2 217	.
	1979	2 253	21 839	637	28,3	12 775	58,5	1 616	9 064
	1991	1 547	19 016	434	28,1	12 217	64,2	1 113	6 799
	1999	978	18 708	253	25,9	12 080	64,6	725	6 628
	2010	552	18 773	208	37,7	11 818	63,0	344	6 955
Altenkirchen (Ww.)	1971	2 517	.	893	35,5	.	.	1 624	.
	1979	1 672	18 271	521	31,2	11 132	60,9	1 151	7 139
	1991	1 095	16 523	309	28,2	10 718	64,9	786	5 805
	1999	731	14 947	198	27,1	9 076	60,7	533	5 871
	2010	.	.	127	32,4	8 525	62,8	.	.
Alzey-Worms	1971	5 359	.	3 558	66,4	.	.	1 801	.
	1979	4 836	43 994	2 684	55,5	39 847	90,6	2 152	4 147
	1991	3 464	43 120	1 818	52,5	38 243	88,7	1 646	4 877
	1999	2 313	37 267	1 250	54,0	33 180	89,0	1 063	4 086
	2010	1 264	31 006	.	.	.	.	.	.
Bad Dürkheim	1971	3 394	.	2 174	64,1	.	.	1 220	.
	1979	2 769	19 728	1 589	57,4	17 522	88,8	1 180	2 206
	1991	2 045	18 261	1 092	53,4	16 890	87,0	953	2 371
	1999	1 426	15 440	667	46,8	12 760	82,6	759	2 680
	2010	833	12 855	463	55,6	10 409	81,0	370	2 447
Bad Kreuznach	1971	4 553	.	2 674	58,7	.	.	1 879	.
	1979	3 586	36 203	1 764	49,2	27 158	75,0	1 822	9 045
	1991	2 481	33 754	1 071	43,2	24 078	71,3	1 410	9 676
	1999	1 569	29 592	626	39,9	20 479	69,2	943	9 113
	2010	929	28 240	444	47,8	19 205	68,0	485	9 035
Berncastel-Wittlich	1971	7 429	.	4 343	58,5	.	.	3 086	.
	1979	5 925	37 916	2 909	49,1	24 175	63,8	3 016	13 741
	1991	4 226	35 083	1 996	47,2	24 305	69,3	2 230	10 778
	1999	2 917	32 374	1 197	41,0	22 158	68,4	1 720	10 216
	2010	1 559	29 461	826	53,0	21 019	71,3	733	8 442



Tabelle 6 (Seite 3) Landwirtschaftliche Betriebe der Rechtsform Einzelunternehmen 1971–2010<sup>1</sup> nach sozialökonomischen Betriebstypen und Verwaltungsbezirken

Kreisfreie Stadt (St.) Landkreis	Jahr	Insgesamt		Davon					
				Haupterwerbsbetriebe				Nebenerwerbsbetriebe	
		Betriebe	LF	Betriebe		LF		Betriebe	LF
		Anzahl	ha	Anzahl	%	ha	%	Anzahl	ha
Birkenfeld	1971	2 067	.	1 019	49,3	.	.	1 048	.
	1979	1 346	21 258	579	43,0	15 469	72,8	767	5 789
	1991	810	19 338	305	37,7	14 263	73,8	505	5 075
	1999	497	18 753	157	31,6	13 142	70,1	340	5 611
	2010	299	17 796	106	35,5	11 369	63,9	193	6 427
Cochem-Zell	1971	4 353	.	2 472	56,8	.	.	1 881	.
	1979	3 489	23 916	1 529	43,8	14 081	58,9	1 960	9 835
	1991	2 501	22 687	962	38,5	13 287	58,6	1 539	9 400
	1999	1 629	20 902	573	35,2	11 851	56,7	1 056	9 051
	2010	879	19 944	397	45,2	11 679	58,6	482	8 265
Donnersbergkreis	1971	2 539	.	1 538	60,6	.	.	1 001	.
	1979	1 823	33 031	1 022	56,1	26 950	81,6	801	6 081
	1991	1 292	32 575	623	48,2	23 906	73,4	669	8 669
	1999	809	28 996	310	38,3	19 367	66,8	499	9 629
	2010	482	26 904	204	42,3	18 596	69,1	278	8 308
Eifelkreis Bitburg-Prüm	1971	7 842	.	4 296	54,8	.	.	3 546	.
	1979	5 773	87 935	2 829	49,0	67 127	76,3	2 944	20 808
	1991	3 796	81 344	1 921	50,6	65 091	80,0	1 875	16 253
	1999	2 435	71 926	1 133	46,5	55 479	77,1	1 302	16 447
	2010	1 342	60 843	716	53,4	47 356	77,8	626	13 487
Germersheim	1971	2 380	.	1 087	45,7	.	.	1 293	.
	1979	1 676	15 690	746	44,5	12 545	80,0	930	3 145
	1991	1 001	15 067	452	45,2	12 204	81,0	549	2 863
	1999	557	14 349	266	47,8	11 778	82,1	291	2 571
	2010	341	14 328	173	50,7	10 889	76,0	168	3 439
Kaiserslautern	1971	1 574	.	842	53,5	.	.	732	.
	1979	1 088	21 398	581	53,4	17 018	79,5	507	4 380
	1991	778	18 936	310	39,8	13 505	71,3	468	5 431
	1999	525	16 106	175	33,3	10 948	68,0	350	5 158
	2010	315	16 145	110	34,9	10 313	63,9	205	5 832
Kusel	1971	2 406	.	1 134	47,1	.	.	1 272	.
	1979	1 685	25 505	629	37,3	17 829	69,9	1 056	7 676
	1991	1 056	23 607	327	31,0	16 720	70,8	729	6 887
	1999	655	21 403	181	27,6	14 703	68,7	474	6 700
	2010	333	20 267	135	40,5	14 630	72,2	198	5 637
Mainz-Bingen	1971	6 111	.	3 451	56,5	.	.	2 660	.
	1979	5 377	34 424	2 552	47,5	29 098	84,5	2 825	5 326
	1991	3 863	33 000	1 664	43,1	27 128	82,2	2 199	5 872
	1999	2 580	27 983	1 063	41,2	23 570	84,2	1 517	4 413
	2010	1 307	23 261	664	50,8	19 062	81,9	643	4 200
Mayen-Koblenz	1971	3 308	.	1 998	60,4	.	.	1 310	.
	1979	2 440	36 792	1 351	55,4	29 824	81,1	1 089	6 968
	1991	1 700	35 441	858	50,5	27 763	78,3	842	7 678
	1999	1 051	34 850	454	43,2	24 754	71,0	597	10 096
	2010	659	32 854	307	46,6	21 866	66,6	352	10 988

Tabelle 6 (Seite 4) Landwirtschaftliche Betriebe der Rechtsform Einzelunternehmen 1971–2010<sup>1</sup>  
nach sozialökonomischen Betriebstypen und Verwaltungsbezirken

Kreisfreie Stadt (St.) Landkreis	Jahr	Insgesamt		Davon					
				Haupterwerbsbetriebe				Nebenerwerbsbetriebe	
		Betriebe	LF	Betriebe		LF		Betriebe	LF
		Anzahl	ha	Anzahl	%	ha	%	Anzahl	ha
Neuwied	1971	2 498	.	974	39,0	.	.	1524	.
	1979	1657	18 898	592	35,7	12 535	66,3	1065	6 363
	1991	1011	16 721	388	38,4	11957	71,5	623	4 764
	1999	628	16 125	222	35,4	11256	69,8	406	4 869
	2010	360	15 105	143	39,7	9 750	64,5	217	5 355
Rhein-Hunsrück-Kreis	1971	4 677	.	1967	42,1	.	.	2 710	.
	1979	3 430	38 681	945	27,6	21585	55,8	2 485	17 096
	1991	2 194	37 014	494	22,5	20 652	55,8	1 700	16 362
	1999	1 395	32 803	264	18,9	16 969	51,7	1 131	15 834
	2010	759	31 641	195	25,7	16 999	53,7	564	14 641
Rhein-Lahn-Kreis	1971	3 078	.	1456	47,3	.	.	1 622	.
	1979	2 174	27 006	774	35,6	18 425	68,2	1 400	8 581
	1991	1 412	26 311	462	32,7	18 196	69,2	950	8 115
	1999	831	23 740	266	32,0	16 061	67,7	565	7 678
	2010	508	23 605	185	36,4	14 895	63,1	323	8 710
Rhein-Pfalz-Kreis	1971	1 632	.	1 037	63,5	.	.	595	.
	1979	1 144	15 296	742	64,9	13 700	89,6	402	1 596
	1991	781	14 590	530	67,9	13 444	92,1	251	1 146
	1999	463	12 955	295	63,7	11 492	88,7	168	1 463
	2010	259	11 713	190	73,4	10 407	88,8	69	1 307
Südliche Weinstraße	1971	5 722	.	3 216	56,2	.	.	2 506	.
	1979	4 609	23 764	2 281	49,5	19 776	83,2	2 328	3 988
	1991	3 460	23 390	1 525	44,1	19 207	82,1	1 935	4 183
	1999	2 476	19 972	914	36,9	15 798	79,1	1 562	4 174
	2010	1 366	17 924	612	44,8	14 710	82,1	754	3 214
Südwestpfalz	1971	2 101	.	926	44,1	.	.	1 175	.
	1979	1 343	21 711	643	47,9	17 052	78,5	700	4 659
	1991	968	19 849	395	40,8	14 756	74,3	573	5 093
	1999	624	17 526	218	34,9	12 256	69,9	406	5 271
	2010	404	14 894	147	36,4	9 126	61,3	257	5 769
Trier-Saarburg	1971	6 908	.	3 548	51,4	.	.	3 360	.
	1979	5 379	38 072	2 401	44,6	26 504	69,6	2 978	11 568
	1991	3 778	34 648	1 512	40,0	25 191	72,7	2 266	9 457
	1999	2 529	32 572	925	36,6	23 885	73,3	1 604	8 687
	2010	1 239	29 514	563	45,4	21 811	73,9	676	7 703
Vulkaneifel	1971	4 216	.	1 531	36,3	.	.	2 685	.
	1979	2 933	35 838	761	25,9	19 810	55,3	2 172	16 028
	1991	1 813	31 366	476	26,3	20 483	65,3	1 337	10 883
	1999	1 160	29 516	300	25,9	18 742	63,5	860	10 774
	2010	621	27 487	204	32,9	17 204	62,6	417	10 283
Westerwaldkreis	1971	4 497	.	856	19,0	.	.	3 641	.
	1979	2 678	25 090	448	16,7	12 601	50,2	2 230	12 489
	1991	1 755	24 101	297	16,9	14 472	60,0	1 458	9 629
	1999	1 110	25 497	208	18,7	15 596	61,2	902	9 901
	2010	524	23 585	137	26,1	13 112	55,6	387	10 473

Tabelle 6 (Seite 5) Landwirtschaftliche Betriebe der Rechtsform Einzelunternehmen 1971–2010<sup>1</sup> nach sozialökonomischen Betriebstypen und Verwaltungsbezirken

Kreisfreie Stadt (St.) Landkreis	Jahr	Insgesamt		Davon					
				Haupterwerbsbetriebe				Nebenerwerbsbetriebe	
		Betriebe	LF	Betriebe		LF		Betriebe	LF
		Anzahl	ha	Anzahl	%	ha	%	Anzahl	ha
Rheinland-Pfalz	1971	98 891	.	50 856	51,4	.	.	48 036	.
	1979	74 550	754 653	33 491	44,9	552 627	73,2	41 059	202 026
	1991	51 330	706 797	21 598	42,1	524 419	74,2	29 732	182 378
	1999	33 571	642 253	13 002	38,7	461 301	71,8	20 569	180 952
	2010	18 539	586 689	8 665	46,7	412 753	70,4	9 874	173 936
kreisfreie Städte	1971	4 397	.	2 749	62,5	.	.	1 648	.
	1979	3 465	32 400	1 982	57,2	28 089	86,7	1 483	4 311
	1991	2 503	31 055	1 377	55,0	26 743	86,1	1 126	4 312
	1999	1 683	27 950	887	52,7	23 920	85,6	796	4 029
	2010	1 013	24 963	574	56,7	20 114	80,6	439	4 848
Landkreise	1971	94 494	.	48 107	50,9	.	.	46 388	.
	1979	71 085	722 253	31 509	44,3	524 538	72,6	39 576	197 715
	1991	48 827	675 742	20 221	41,4	497 676	73,6	28 606	178 066
	1999	31 888	614 303	12 115	38,0	437 381	71,2	19 773	176 923
	2010	17 526	561 723	8 091	46,2	392 640	69,9	9 435	169 085

Tabelle 7 Landwirtschaftliche Betriebe 2010 nach Art der Bewirtschaftung und betriebswirtschaftlicher Ausrichtung

Betriebswirtschaftliche Ausrichtung	Insgesamt		Konventionell wirtschaftende Betriebe			Ökologisch wirtschaftende Betriebe		
	Betriebe		Betriebe		LF	Betriebe		LF
	Anzahl	ha	Anzahl	%	ha	Anzahl	%	ha
Ackerbau	3 639	182 521	3 565	98,0	179 157	74	2,0	3 364
Gartenbau	465	13 027	424	91,2	11 450	41	8,8	1 577
Dauerkultur	9 194	93 195	8 848	96,2	88 043	346	3,8	5 152
darunter								
Weinbau	8 613	85 282	8 301	96,4	80 780	312	3,6	4 502
Futterbau (Weidevieh)	4 996	259 369	4 695	94,0	236 623	301	6,0	22 746
darunter								
Milchvieh	1 857	160 504	1 821	98,1	156 440	36	1,9	4 064
Veredlung	207	11 893	204	98,6	11 868	3	14	25
Pflanzenbauverbund	600	38 502	586	97,7	38 036	14	2,3	466
Viehhaltungsverbund	131	8 275	122	93,1	7 315	9	6,9	960
Pflanzenbau-Viehhaltung	1 332	98 441	1 290	96,8	94 779	42	3,2	3 662
Insgesamt	20 564	705 223	19 734	96,0	667 272	830	4,0	37 950

**Tabelle 8** Viehhaltung der landwirtschaftlichen Betriebe 1999–2010 nach Art der Bewirtschaftung und ausgewählten Tierarten

Tierart	1999		2003		2007		2010	
	Betriebe	Tiere	Betriebe	Tiere	Betriebe	Tiere	Betriebe	Tiere
<b>Ökologisch wirtschaftende Betriebe</b>								
Rinder	133	6 312	176	10 043	218	13 843	314	21 431
darunter								
Milchkühe	42	1026	42	1 185	40	1211	58	2 029
Schweine	71	2 593	63	3 409	60	3 465	49	2 685
darunter								
Zuchtsauen	21	174	20	327	22	445	18	377
Schafe	50	5 953	55	5 618	56	5 530	67	7 059
<b>Konventionell wirtschaftende Betriebe</b>								
Rinder	8 906	450 916	7 020	400 412	5 878	368 958	5 000	347 449
darunter								
Milchkühe	4 249	135 366	3 213	125 402	2 687	116 073	2 411	116 472
Schweine	4 182	376 681	2 591	337 400	1 735	294 124	1 194	255 481
darunter								
Zuchtsauen	1 140	38 400	693	30 621	483	26 144	355	20 851
Schafe	1 788	138 990	1 543	124 538	1 288	109 116	899	82 170

Tabelle 9 Bodennutzung der landwirtschaftlichen Betriebe 1999–2010 nach Art der Bewirtschaftung, Kultur- und Fruchtarten

Kultur-, Fruchtart	1999		2003		2007		2010	
	ha	%an LF	ha	%an LF	ha	%an LF	ha	%an LF
<b>Ökologisch wirtschaftende Betriebe</b>								
Ackerland	5 764	48,9	6 761	40,1	9 937	38,5	12 057	31,8
darunter								
Getreide einschließlich Mais <sup>1</sup>	2 588	22,0	3 434	20,4	4 132	16,0	5 555	14,6
Weizen	891	7,6	1 306	7,7	1 807	7,0	2 438	6,4
Wintergerste	72	0,6	210	1,2	233	0,9	320	0,8
Sommergerste	483	4,1	419	2,5	508	2,0	488	1,3
Hülsenfrüchte	306	2,6	469	2,8	298	1,2	459	1,2
Hackfrüchte	387	3,3	410	2,4	722	2,8	744	2,0
Kartoffeln	324	2,8	338	2,0	571	2,2	524	1,4
Ölfrüchte	249	2,1	89	0,5	180	0,7	177	0,5
Pflanzen zur Grünernnte	1 342	11,4	1 359	8,1	2 333	9,0	3 526	9,3
Silomais	24	0,2	27	0,2	84	0,3	72	0,2
sonstige Gartengewächse			364	2,2	1 581	6,1	1 074	2,8
Dauergrünland	4 811	40,9	8 591	50,9	13 540	52,5	21 896	57,7
Rebfläche	952	8,1	1 222	7,2	2 028	7,9	3 508	9,2
Obstanlagen	220	1,9	273	1,6	263	1,0	448	1,2
Landwirtschaftlich genutzte Fläche	11 777	100	16 874	100	25 782	100	37 950	100
<b>Konventionell wirtschaftende Betriebe</b>								
Ackerland	393 174	55,8	383 831	55,7	386 162	56,0	389 731	58,4
darunter								
Getreide einschließlich Mais <sup>1</sup>	245 768	34,9	242 139	35,1	231 352	33,5	235 661	35,3
Weizen	81 571	11,6	85 800	12,4	100 974	14,6	117 479	17,6
Wintergerste	32 339	4,6	32 873	4,8	37 396	5,4	35 262	5,3
Sommergerste	84 710	12,0	78 535	11,4	53 495	7,8	40 575	6,1
Hülsenfrüchte	4 221	0,6	3 715	0,5	1 362	0,2	1 266	0,2
Hackfrüchte	34 150	4,9	30 535	4,4	28 000	4,1	25 046	3,8
Kartoffeln	10 110	1,4	8 433	1,2	7 901	1,1	7 057	1,1
Ölfrüchte	36 064	5,1	33 118	4,8	43 297	6,3	46 753	7,0
Pflanzen zur Grünernnte	31 689	4,5	28 080	4,1	40 395	5,9	52 854	7,9
Silomais	15 339	2,2	16 286	2,4	22 882	3,3	28 832	4,3
sonstige Gartengewächse			11 136	1,6	10 784	1,6	12 997	1,9
Dauergrünland	237 951	33,8	235 316	34,1	235 369	34,1	211 431	31,7
Rebfläche	64 958	9,2	63 286	9,2	61 385	8,9	59 841	9,0
Obstanlagen	6 115	0,9	5 723	0,8	5 126	0,7	4 829	0,7
Landwirtschaftlich genutzte Fläche	704 054	100	689 663	100	689 574	100	667 273	100

<sup>1</sup>Körnermais und Corn-Cob-Mix.

Tabelle 10 Ökologisch wirtschaftende Betriebe 1999–2010 nach Verwaltungsbezirken

Kreisfreie Stadt (St.) Landkreis	1999		2003		2007		2010			
	Betriebe	LF	Betriebe	LF	Betriebe	LF	Betriebe		LF	
	Anzahl	ha	Anzahl	ha	Anzahl	ha	Anzahl	%	ha	%
Frankenthal (Pfalz), St.	5	398	4	318	8	657	9	11	656	17
Kaiserslautern, St.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Koblenz, St.	3	20	3	20	3	19	5	0,6	35	0,1
Landau i. d. Pfalz, St.	.	.	5	31	6	46	10	12	82	0,2
Ludwigshafen a. Rh., St.	.	.	.	.	.	.	4	0,5	143	0,4
Mainz, St.	.	.	.	.	.	.	4	0,5	125	0,3
Neustadt a. d. Weinstr., St.	3	72	.	.	4	104	8	10	172	0,5
Pirmasens, St.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Speyer, St.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Trier, St.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Worms, St.	4	26	6	164	8	196	12	14	281	0,7
Zweibrücken, St.	.	.	.	.	.	.	3	0,4	263	0,7
Ahrweiler	5	87	9	423	8	317	13	16	674	1,8
Altenkirchen (Ww.)	9	571	16	971	17	1179	27	3,3	1770	4,7
Alzey-Worms	23	324	32	455	43	862	73	8,8	1506	4,0
Bad Dürkheim	13	273	15	380	22	737	35	4	894,0	2
Bad Kreuznach	31	1290	32	1451	31	1531	37	4,5	1827	4,8
Bernkastel-Wittlich	20	412	35	947	45	1520	62	8	1924,0	5
Birkenfeld	20	900	18	889	17	1349	19	2,3	1580	4,2
Cochem-Zell	16	271	23	672	21	767	22	3	855,0	2
Donnersbergkreis	19	555	22	724	19	652	24	2,9	1330	3,5
Eifelkreis Bitburg-Prüm	15	594	23	1064	36	2219	51	6	3165,0	8
Germersheim	7	250	5	268	11	544	12	14	670	1,8
Kaiserslautern	9	482	11	654	11	790	14	2	1007,0	3
Kusel	14	689	13	1120	16	1325	25	3,0	2362	6,2
Mainz-Bingen	26	216	39	396	43	546	61	7	1076,0	3
Mayen-Koblenz	12	289	11	331	17	560	23	2,8	943	2,5
Neuwied	4	161	9	290	17	657	24	3	1398,0	4
Rhein-Hunsrück-Kreis	14	289	16	436	14	549	23	2,8	1289	3,4
Rhein-Lahn-Kreis	14	695	20	1098	21	1671	21	2,5	1452	3,8
Rhein-Pfalz-Kreis	7	186	9	298	16	1422	16	1,9	788	2,1
Südliche Weinstraße	28	235	31	337	42	791	63	7,6	1064	2,8
Südwestpfalz	9	674	6	597	7	751	15	1,8	1185	3,1
Trier-Saarburg	15	786	19	763	28	1352	37	4,5	1335	3,5
Vulkaneifel	11	261	13	385	16	469	25	3,0	1473	3,9
Westerwaldkreis	8	524	16	970	22	1632	50	6,0	4324	11,4
Rheinland-Pfalz	372	11777	469	16874	580	25782	830	100	37950	100
kreisfreie Städte	23	764	26	955	40	1590	58	7,0	2059	5,4
Landkreise	349	11014	443	15919	540	24192	772	93,0	35891	94,6



Tabelle 11 Landwirtschaftliche Betriebe mit gepachteter landwirtschaftlich genutzter Fläche 1971–2010

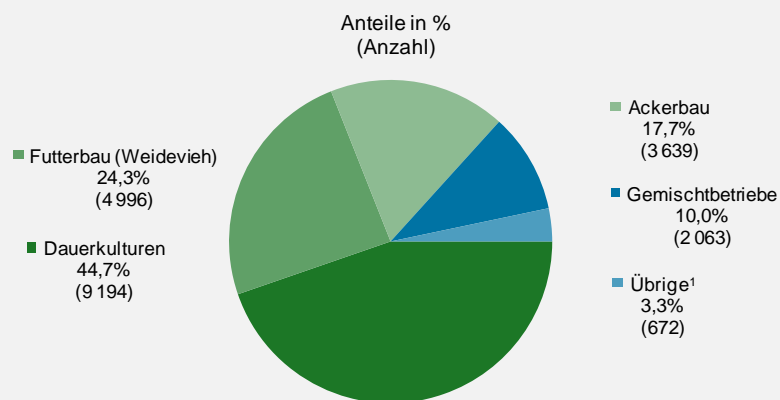
Jahr	Insgesamt		Darunter Betriebe mit selbstbewirtschafteter gepachteter LF			
	Betriebe	LF	Betriebe	LF	gepachtete LF	
	1000	1000 ha	1000	1000 ha		%
1971	99,5	806,5	62,8	676,7	344,1	38,9
1979	74,8	760,5	45,4	659,1	339,7	44,7
1983	66,3	735,8	38,4	622,2	338,0	45,9
1987	58,3	710,1	35,6	622,4	350,3	49,3
1991	51,5	711,8	32,6	639,6	396,0	55,6
1995	41,8	715,3	27,3	656,0	443,1	61,9
1999	35,5	715,8	24,8	674,8	464,2	64,9
2003	28,6	707,7	20,8	674,7	475,0	67,1
2007	24,8	716,9	18,3	684,6	472,7	65,9
2010	20,6	705,2	16,3	676,1	461,2	65,4

Tabelle 12 Landwirtschaftliche Betriebe und ihre Hofnachfolge 1999–2010 nach Größenklassen der LF, betriebswirtschaftlicher Ausrichtung und sozialökonomischen Betriebstypen

Merkmal	Betriebe, deren Inhaber 45 Jahre und älter sind <sup>1</sup>		Davon		Hofnachfolger 15 Jahre und älter				
			mit Hofnachfolge	keiner oder ungewisser Hofnachfolge	zusammen	darunter		Berufsbildung (vorhanden oder vorgesehen)	
	Mitarbeit im Betrieb					landwirtschaftlich	nicht landwirtschaftlich		
	Betriebe	LF	Betriebe					ständig	gelegentlich
Anzahl	ha	Anzahl		Personen					
1991	33 902	401 285	7 210	26 692	6 536	3 981	2 555	4 407	2 596
1999	20 094	337 804	3 720	16 374	3 541	1 573	1 672	1 961	1 596
2010	13 798	421 188	2 406	11 392	2 230	976	978	1 388	938
Größenklasse der LF von .. bis unter .. ha									
Unter 5	4 119	8 341	352	3 767	331	120	160	173	169
5–10	2 324	16 695	352	1972	331	127	148	198	137
10–20	2 300	33 524	407	1893	375	164	164	237	148
20–50	2 255	74 816	447	1808	413	160	191	208	220
50–100	1 688	119 942	416	1 272	381	173	169	236	179
100–200	955	127 288	359	596	331	196	120	278	73
200 und mehr	157	40 582	73	84	68	36	26	58	12
Betriebswirtschaftliche Ausrichtung									
Ackerbau	2 518	116 407	390	2 128	352	116	178	156	203
Gartenbau	280	6 793	46	234	45	31	11	36	10
Dauerkultur	6 302	52 973	1 000	5 302	946	414	414	716	273
darunter									
Weinbau	5 879	47 883	946	4 933	898	399	391	689	250
Futterbau (Weidevieh)	3 249	151 453	645	2 604	584	284	236	288	312
darunter									
Milchvieh	1 164	89 207	322	842	295	179	101	210	100
Veredlung	113	5 912	35	78	32	20	11	24	11
Gemischtbetriebe	1 336	87 649	290	1 046	271	111	128	168	129
Sozialökonomische Betriebstypen									
Haupterwerbsbetriebe	6 657	303 417	1 552	5 105	1 453	712	589	1 166	374
Nebenerwerbsbetriebe	7 141	117 771	854	6 287	777	264	389	232	564

<sup>1</sup>Betriebe der Rechtsform Einzelunternehmen.

Grafik zu Tabelle 12 Landwirtschaftliche Betriebe 2010 nach betriebswirtschaftlicher Ausrichtung



<sup>1</sup> Gartenbau, Veredlung.

Landwirtschaftliche Betriebe 2010 nach betriebswirtschaftlicher Ausrichtung

Dauerkulturen	44,7	9194		
Futterbau (Weidevieh)	24,3	4996		
Ackerbau	17,7	3639		
Gemischtbetriebe	10	2063		
Übrige <sup>1</sup>	3,3	672		

Tabelle 13      Arbeitskräfte in den landwirtschaftlichen Betrieben 1971–2010<sup>1</sup> nach Beschäftigtengruppen

Jahr	Arbeitskräfte insgesamt	Familienarbeitskräfte einschließlich Betriebsinhaber			Familienfremde Arbeitskräfte				Betriebliche Arbeitsleistung (AK-Einheiten)	
		zusammen	vollzeitbeschäftigt	teilzeitbeschäftigt	ständige Arbeitskräfte			nicht ständige Arbeitskräfte	insgesamt	je 100 ha LF
					zusammen	vollzeitbeschäftigt	teilzeitbeschäftigt			
1000										Anzahl
1971	251,0	221,1	72,6	148,5	10,4	5,9	4,5	19,5	133,5	16,3
1979	184,5	151,2	38,9	112,3	8,2	6,1	2,1	25,1	86,8	11,7
1991	125,0	100,1	26,3	73,8	5,5	3,9	1,5	19,4	55,1	7,8
1995	100,5	80,3	19,1	61,1	4,2	2,8	1,3	16,1	43,2	6,0
1999	123,2	60,7	14,3	46,3	9,7	6,2	3,5	52,9	40,4	5,7
2003	111,2	54,0	13,2	40,7	8,7	5,3	3,4	48,5	39,9	5,6
2007	105,2	48,1	12,1	36,0	10,4	5,3	5,2	46,7	36,6	5,1
2010	100,7	37,2	12,5	24,7	10,6	5,7	4,9	53,0	37,9	5,4

<sup>1</sup>Repräsentative Ergebnisse. Vergleichbarkeit aufgrund mehrfacher methodischer Änderungen eingeschränkt (siehe Grundlagen der Erhebungen).

Tabelle 14 Arbeitskräfte in den landwirtschaftlichen Betrieben 2010 nach Altersklassen

Alter von ... bis unter ... Jahren	Ständige Arbeitskräfte				Familienarbeitskräfte <sup>1</sup>				Betriebsinhaber <sup>1</sup>			
	insgesamt	vollzeitbeschäftigt	Frauen	Männer	zusammen	vollzeitbeschäftigt	Frauen	Männer	zusammen	vollzeitbeschäftigt	Frauen	Männer
Anzahl												
15-25	1046	586	262	784	1738	266	450	1288	74	19	9	65
25-35	1829	1187	519	1310	2593	756	795	1798	866	306	160	706
35-45	2407	1322	849	1558	6670	2297	2676	3994	3801	1668	478	3323
45-55	2693	1353	1108	1585	11318	4627	4463	6855	6889	3423	675	6214
55-65	2105	1211	847	1258	8852	3593	3192	5660	5563	2793	638	4925
65 und älter	700	181	226	474	5851	871	1894	3957	1346	301	214	1132
Insgesamt	10780	5840	3811	6969	37022	12410	13470	23552	18539	8510	2174	16365

<sup>1</sup>In Betrieben, die in der Rechtsform eines Einzelunternehmens geführt werden.

Tabelle 15 Landwirtschaftlich genutzte Fläche 1950–2011 nach Kultur- und Fruchtarten

Kultur-, Fruchtart	1950	1960	1979	1991	1999	2010	2011 <sup>1</sup>
	ha						
Ackerland	616 126	617 211	446 209	415 811	398 938	401 788	401 600
Getreide ohne Mais <sup>2</sup>	320 510	364 356	350 205	280 347	243 917	232 393	230 500
Getreide einschließlich Mais <sup>2</sup>	321 003	364 753	352 779	283 720	248 356	241 216	239 400
Weizen	63 736	112 149	117 514	88 765	82 462	119 917	117 500
Winterweizen <sup>3</sup>	62 259	107 709	113 195	82 814	77 023	115 585	113 900
Sommerweizen	1 477	4 440	4 319	1 777	3 641	1 353	1 400
Hartweizen (Durum)	.	.	.	4 174	1 797	2 979	2 100
Triticale	.	.	.	6 825	12 128	17 114	16 200
Roggen und Wintermenggetreide	100 607	89 622	36 085	19 400	14 845	11 235	10 900
Gerste	54 684	71 190	135 737	136 484	117 604	76 645	79 500
Wintergerste	2 851	10 438	48 474	38 253	32 411	35 582	35 100
Sommergerste	51 833	60 752	87 263	98 231	85 193	41 063	44 400
Hafer	99 728	79 717	49 280	24 462	13 726	6 180	5 400
Sommermenggetreide	1 755	11 678	11 589	4 411	3 152	997	800
Körnermais <sup>2</sup>	493	397	2 574	3 373	4 440	8 824	8 900
Hackfrüchte	165 909	154 159	53 314	36 357	34 537	25 790	27 700
Kartoffeln	90 226	87 314	16 176	10 699	10 434	7 581	7 900
Frühkartoffeln	5 852	6 129	4 049	3 580	3 964	3 132	3 200
Spätkartoffeln	84 374	81 185	12 127	7 119	6 470	4 449	4 600
Zuckerrüben	12 739	19 096	22 557	22 624	23 300	18 033	19 600
Hülsenfrüchte	2 990	799	740	2 432	4 527	1 725	1 900
Futtererbsen	.	.	.	1 733	4 229	1 338	1 400
Ackerbohnen	55	259	166	446	156	256	400
Süßlupinen	.	.	.	.	.	82	100
Gemüse, Erdbeeren und sonstige	.	.	.	.	.	.	.
Gartengewächse	6 218	7 852	4 237	6 182	10 023	14 071	14 200
Handelsgewächse	7 986	3 125	3 423	40 443	39 147	48 145	45 900
Ölfrüchte	5 041	443	2 034	38 784	36 318	46 930	44 600
Raps und Rüben	4 944	443	2 034	28 719	32 117	46 045	4 200
Winterraps	4 199	223	1 693	27 986	29 769	45 712	43 900
Flachs (Lein) zur Körner- und Fasergewinnung	15	.	.	178	2 712	83	100
Körnersonnenblumen	.	.	.	9 540	1 339	535	300
Tabak	2 708	2 106	1 182	917	1 134	559	700
Pflanzen zur Grünernte	100 943	70 624	30 708	24 376	33 031	56 380	60 000
Leguminosen	76 462	49 420	10 517	4 954	8 486	8 493	9 700
Feldgras/Grasanbau auf	.	.	.	.	.	.	.
dem Ackerland	11 821	12 562	3 767	3 353	8 485	14 579	15 300
Silomais	3 278	4 149	15 793	15 438	15 363	28 904	30 700
sonstige	.	.	.	22 301	29 317	11 785	9 300
Obstanlagen	8 038	9 273	6 944	6 234	6 335	5 278	5 200
Rebfläche	41 232	52 228	65 473	67 558	65 910	63 350	63 300
Baumschulen	359	559	834	895	733	682	800
Dauergrünland	261 537	268 816	243 751	224 678	242 762	233 327	230 700
Wesen	.	.	114 756	97 821	74 898	72 604	75 200
Mähweiden und Weiden	.	.	121 066	121 026	163 468	153 106	147 600
Hutungen	.	.	7 929	5 831	4 395	6 195	7 200
Aus der landwirtschaftlichen Erzeugung genommenes Dauergrünland	.	.	.	.	.	1 423	800
Sonstige LF <sup>6</sup>	25 762	21 846	2 473	1 412	1 153	797	1 400
Landwirtschaftlich genutzte Fläche <sup>7</sup>	953 054	969 933	765 684	716 588	715 831	705 223	703 000

1 Stichprobenerhebung; Ergebnis auf 100 gerundet. – 2 Körnermais und Corn-Cob-Mix. – 3 Einschließlich Dinkel. – 4 Ohne den Anbau nachwachsender Rohstoffe auf stillgelegten Flächen; dieser ist der jeweiligen Fruchtart zugeordnet. – 5 Ab 2006: einschließlich aus der landwirtschaftlichen Erzeugung genommenes Ackerland. – 6 Haus- und Nutzgarten, Korbweiden-, Pappelanlagen und Weihnachtsbaumkulturen außerhalb des Waldes. – 7 In den Jahren 1950 und 1960 landwirtschaftliche Nutzfläche.

Tabelle 16 Betriebe mit Weinbau<sup>1</sup> 1979–2010 nach Anbaugebieten und Bereichen

Anbaugbiet Bereich	1979	1989	1999	2007	2010	Durchschnittliche jährliche Abnahme der Betriebe	
						1989–1999	1999–2010
						%	
<b>Betriebe</b>							
Ahr	357	336	273	245	175	-2,1	-4,0
Mittelrhein	635	490	303	172	149	-4,7	-6,2
Mosel	8 598	7 302	5 109	3 379	2 673	-3,5	-5,7
Bernkastel	5 016	4 387	3 188	2 159	1 741	-3,1	-5,4
Obermosel	755	613	435	231	178	-3,4	-7,8
Burg Cochem	1 771	1 437	1 019	737	561	-3,4	-5,3
Ruwertal	.	.	70	52	40	.	-5,0
Saar	.	.	397	200	153	.	-8,3
Nahe	1 858	1 359	922	656	579	-3,8	-4,1
Rhein Hessen	8 969	7 014	4 705	3 219	2 865	-3,9	-4,4
Bingen	3 249	2 566	1 715	1 166	1 020	-3,9	-4,6
Nierstein	3 590	2 822	1 870	1 250	1 122	-4,0	-4,5
Wonnegau	2 130	1 626	1 120	803	723	-3,7	-3,9
Pfalz	8 178	6 728	4 753	3 366	2 941	-3,4	-4,3
Südliche Weinstraße	4 856	4 056	2 870	1 970	1 733	-3,4	-4,5
Mittelhaardt-Deutsche Weinstraße	3 322	2 672	1 883	1 396	1 208	-3,4	-4,0
Rheinland-Pfalz	28 595	23 229	16 065	11 037	9 382	-3,6	-4,8
<b>Rebfläche</b>							
Ahr	401	474	424	440	424	-1,1	0,0
Mittelrhein	772	737	618	475	451	-1,7	-2,8
Mosel	12 215	12 629	10 979	8 682	8 385	-1,4	-2,4
Bernkastel	7 393	7 823	7 149	5 506	5 383	-0,9	-2,5
Obermosel	1 007	1 090	994	698	675	-0,9	-3,5
Burg Cochem	2 105	2 067	1 710	1 463	1 335	-1,9	-2,2
Ruwertal	.	.	223	389	382	.	5,0
Saar	.	.	904	626	611	.	-3,5
Nahe	5 006	5 113	4 771	4 318	4 212	-0,7	-1,1
Rhein Hessen	24 584	26 381	26 058	26 339	26 529	-0,1	0,2
Bingen	8 327	8 968	8 732	8 743	8 785	-0,3	0,1
Nierstein	9 719	10 207	10 031	9 859	9 981	-0,2	0,0
Wonnegau	6 535	7 204	7 295	7 737	7 763	0,1	0,6
Pfalz	21 961	23 177	23 040	23 146	23 349	-0,1	0,1
Südliche Weinstraße	11 773	12 518	12 368	12 425	12 565	-0,1	0,1
Mittelhaardt-Deutsche Weinstraße	10 188	10 658	10 672	10 721	10 784	0,0	0,1
Rheinland-Pfalz	64 939	68 511	65 890	63 401	63 350	-0,4	-0,4

<sup>1</sup>Vergleichbarkeit zwischen den Jahren aufgrund geänderter unterer Erhebungsgrenzen eingeschränkt (siehe Grundlagen der Erhebungen).

Tabelle 17 Betriebe der Rechtsform Einzelunternehmen mit Weinbau<sup>1</sup> 1979–2010 nach sozialökonomischen Betriebstypen und Anbaugebieten

Anbaugebiet	1979 <sup>2</sup>		1989 <sup>2</sup>		1999		2010	
	Betriebe	Rebfläche	Betriebe	Rebfläche	Betriebe	Rebfläche	Betriebe	Rebfläche
	Anzahl	ha	Anzahl	ha	Anzahl	ha	Anzahl	ha
Haupterwerbsbetriebe								
Ahr	116	186	105	260	50	184	69	203
Mittelrhein	214	417	167	431	86	316	66	281
Mosel	5 219	9 167	3 790	8 793	2 100	7 009	1 357	5 441
Nahe	1 041	3 859	714	3 858	429	3 045	307	2 622
Rheinhessen	5 275	20 703	3 791	21 344	2 320	13 697	1 509	16 924
Pfalz	4 447	17 993	3 238	13 271	1 811	14 955	1 249	13 537
Rheinland-Pfalz	16 312	52 325	11 805	52 957	6 796	44 207	4 557	39 007
Nebenerwerbsbetriebe								
Ahr	238	191	228	191	209	155	88	98
Mittelrhein	421	358	323	307	193	178	71	95
Mosel	3 355	2 699	3 489	3 480	2 798	3 077	1 128	1 851
Nahe	813	1 033	639	1 135	410	784	193	558
Rheinhessen	3 676	3 675	3 209	4 869	2 051	3 528	947	3 054
Pfalz	3 716	3 840	3 476	4 750	2 561	4 120	1 276	3 252
Rheinland-Pfalz	12 219	11 796	11 364	14 732	8 222	11 842	3 703	8 909

<sup>1</sup>Vergleichbarkeit zwischen den Jahren aufgrund geänderter unterer Erhebungsgrenzen eingeschränkt (siehe Grundlagen der Erhebungen). – 2 Betriebe deren Inhaber natürliche Personen sind.



Tabelle 18 Arbeitskräfte in landwirtschaftlichen Betrieben mit Weinbau 2010<sup>1</sup>

Rebfläche von ... bis unter ... ha  Sozialökonomische Betriebstypen	Arbeits- kräfte insgesamt	Familienarbeitskräfte einschließlich Betriebsinhaber			Familienfremde Arbeitskräfte				Betriebliche Arbeitsleistung (AK-Einheiten)	
		zusammen	vollzeit- beschäftigt	teilzeit- beschäftigt	ständige Arbeitskräfte			nicht ständige Arbeits- kräfte	insgesamt	je 100 ha LF
					zusammen	vollzeitbe- schäftigt	teilzeitbe- schäftigt			
Anzahl									1000	Anzahl
Unter 0,5	384	191	49	142	29	13	16	164	0,1	3,9
0,5-1	4 384	2 491	126	2 365	142	17	125	1 751	10	25,5
1-2	4 462	2 768	441	2 327	225	51	174	1 469	13	23,7
2-3	3 803	1 970	533	1 437	196	64	132	1 637	13	21,1
3-5	5 862	2 653	1 135	1 518	399	176	223	2 810	2,3	19,5
5-10	9 738	3 698	1 982	1 716	1 050	551	499	4 990	4,1	13,9
10-20	12 060	3 054	1 878	1 176	2 045	1 333	712	6 961	5,1	11,9
20 und mehr	6 667	803	526	277	1 574	1 064	510	4 290	2,9	10,4
Rheinland-Pfalz	47 360	17 628	6 670	10 958	5 660	3 269	2 391	24 072	18,2	13,8
davon										
Einzelunternehmen	36 910	17 628	6 670	10 958	1 621	780	841	17 661	14,0	13,8
Haupterwerbsbetriebe	25 246	10 059	6 047	4 012	1 408	712	696	13 779	10,8	12,5
Nebenerwerbsbetriebe	11 664	7 569	623	6 946	213	68	145	3 882	3,1	20,9
Personengesellschaften <sup>2</sup>	10 450	X	X	X	4 039	2 489	1 550	6 411	4,2	14,0

<sup>1</sup>Betriebe ab 0,5 ha Rebfläche sowie Betriebe unter 0,5 ha Rebfläche, die festgelegte Schwellenwerte überschreiten (siehe Grundlagen der Erhebungen).

<sup>2</sup>– 2 Einschließlich juristische Betriebe.

Tabelle 19 Betriebe mit Weinbau 1979 - 2010 nach Grössenklassen der Rebfläche und Anbaugebieten

Rebfläche von ... bis unter ... ha	1979		1989		1999		2010	
	Betriebe	Rebfläche	Betriebe	Rebfläche	Betriebe	Rebfläche	Betriebe	Rebfläche
	Anzahl	ha	Anzahl	ha	Anzahl	ha	Anzahl	ha
Ahr								
Unter 1 <sup>1</sup>	258	164	217	131	175	98	70	49
1-2	65	99	63	94	43	61	39	58
2-3	21	56	21	52	21	52	31	77
3-5	9	40	26	112	20	79	17	66
5 und mehr	4	42	9	85	14	135	18	173
Zusammen	357	401	336	474	273	424	175	424
darunter mit ökologischem Weinbau	.	.	.	.	.	.	4	19
Nachrichtlich: Anteil an RLP in %	12	0,6	14	0,7	17	0,6	19	0,7
Mittelrhein								
Unter 1 <sup>1</sup>	429	270	295	190	149	84	52	32
1-2	18	173	103	155	63	85	28	39
2-3	45	109	43	124	31	77	18	46
3-5	32	138	32	140	24	89	21	77
5 und mehr	11	82	17	128	36	283	30	257
Zusammen	635	772	490	737	303	618	149	451
darunter mit ökologischem Weinbau	.	.	.	.	.	.	5	6
Nachrichtlich: Anteil an RLP in %	2,2	12	2,1	1,1	19	0,9	16	0,7
Mosel								
Unter 1 <sup>1</sup>	4 233	2 547	3 122	1 936	1 903	1 133	599	415
1-2	2 672	3 861	2 082	3 080	1 243	1 784	647	932
2-3	1 126	2 706	1 137	2 818	747	1 821	444	1 096
3-5	434	1 609	737	2 756	820	3 111	540	2 062
5-10	95	639	189	1 232	341	2 141	363	2 422
10-20	24	315	21	287	41	500	62	818
20 und mehr	14	536	14	520	14	489	18	641
Zusammen	8 598	12 215	7 302	12 629	5 109	10 979	2 673	8 385
darunter mit ökologischem Weinbau	.	.	.	.	30	119	61	306
Nachrichtlich: Anteil an RLP in %	30,1	18,8	31,4	18,4	31,8	16,7	28,5	13,2

<sup>1</sup>Vergleichbarkeit zwischen den Jahren aufgrund geänderter unterer Erhebungsgrenzen eingeschränkt (siehe Grundlagen der Erhebungen).

Tabelle 19 (Seite 2) Betriebe mit Weinbau 1979–2010 nach Größenklassen der Rebfläche und Anbaugebieten

Rebfläche von ... bis unter ... ha	1979		1989		1999		2010	
	Betriebe	Rebfläche	Betriebe	Rebfläche	Betriebe	Rebfläche	Betriebe	Rebfläche
	Anzahl	ha	Anzahl	ha	Anzahl	ha	Anzahl	ha
Nahe								
Unter 1 <sup>1</sup>	719	487	381	274	182	109	50	32
1-2	423	677	272	449	141	205	63	93
2-3	237	653	162	441	95	238	64	159
3-5	279	1200	226	968	145	567	100	396
5-10	170	1243	262	1922	240	1699	163	1166
10-20	18	237	45	618	99	1268	113	1529
20 und mehr	12	509	11	447	20	684	26	836
Zusammen	1858	5 006	1359	5 113	922	4 771	579	4 212
darunter mit ökologischem Weinbau	.	.	.	.	15	178	16	162
Nachrichtlich: Anteil an RLP in %	6,5	7,7	5,9	7,5	5,7	7,2	6,2	6,6
Rheinhessen								
Unter 1 <sup>1</sup>	3 259	1 931	2 036	1 224	999	566	239	162
1-2	1 716	2 602	1 186	1 783	659	963	297	422
2-3	1 186	3 110	755	1 960	439	1 092	235	586
3-5	1 542	6 309	1 152	4 756	634	2 542	376	1 493
5-10	1 072	7 489	1 481	10 699	1 157	8 333	700	5 183
10-20	167	2 211	364	4 755	706	9 382	742	10 299
20 und mehr	27	932	40	1 204	111	3 179	276	8 385
Zusammen	8 969	24 584	7 014	26 381	4 705	26 058	2 865	26 529
darunter mit ökologischem Weinbau	.	.	.	.	43	352	136	1 724
Nachrichtlich: Anteil an RLP in %	31,4	37,9	30,2	38,5	29,3	39,5	30,5	41,9
Pfalz								
Unter 1 <sup>1</sup>	3 098	1 828	2 243	1 359	1 427	873	508	360
1-2	1 525	2 189	1 163	1 672	718	1 027	419	591
2-3	881	2 221	653	1 632	414	1 016	214	528
3-5	1 313	5 237	933	3 726	477	1 872	298	1 171
5-10	1 207	8 143	1 376	9 769	980	7 170	604	4 534
10-20	139	1 806	338	4 293	651	8 464	691	9 582
20 und mehr	15	536	22	725	86	2 618	207	6 581
Zusammen	8 178	21 961	6 728	23 177	4 753	23 040	2 941	23 349
darunter mit ökologischem Weinbau	.	.	.	.	44	276	103	1 291
Nachrichtlich: Anteil an RLP in %	28,6	33,8	29,0	33,8	29,6	35,0	31,3	36,9
Rheinland-Pfalz								
Unter 1 <sup>1</sup>	11 996	7 227	8 294	5 114	4 835	2 864	1 518	1 051
1-2	6 519	9 601	4 869	7 233	2 867	4 125	1 493	2 135
2-3	3 496	8 855	2 771	7 027	1 747	4 296	1 006	2 492
3-5	3 609	14 533	3 106	12 458	2 120	8 258	1 352	5 265
5-10	2 558	17 619	3 330	23 773	2 759	19 639	1 865	13 547
10-20	349	4 589	772	10 009	1 506	19 738	1 619	22 375
20 und mehr	68	2 515	87	2 897	231	6 970	529	16 484
Insgesamt	28 595	64 939	23 229	68 511	16 065	65 890	9 382	63 350
darunter mit ökologischem Weinbau	.	.	.	.	138	951	325	3 508

<sup>1</sup>Vergleichbarkeit zwischen den Jahren aufgrund geänderter unterer Erhebungsgrenzen eingeschränkt (siehe Grundlagen der Erhebungen).

Tabelle 20

Viehbestände<sup>1</sup> 1950–2011 nach Nutzungskategorien

Jahr <sup>1,2</sup>	Rinder		Schweine		Schafe	Ziegen	Hühner		Einhufer
	insgesamt	darunter	insgesamt	darunter			insgesamt	darunter	
		Milchkühe		Zuchtsauen				Legehennen	
Tiere									
1950	678 204	366 000	628 053	44 082	79 253	166 072	2 827 746	1 785 977	87 783
1951	697 982	372 126	732 859	40 138	82 190	156 856	3 166 683	2 073 128	85 657
1952	702 684	371 401	645 624	34 645	78 580	135 504	3 282 130	2 204 196	81 941
1953	689 265	367 484	607 774	38 151	64 932	114 133	3 543 480	2 327 056	77 826
1954	665 557	357 593	732 876	47 224	52 490	93 626	3 568 653	2 344 258	72 775
1955	672 135	345 574	732 492	43 031	48 263	75 561	3 401 016	2 307 034	68 875
1956	696 322	344 355	727 287	46 351	47 780	61 181	3 434 870	2 057 248	65 676
1957	697 196	336 244	738 955	48 676	50 315	48 812	3 582 697	2 082 382	62 156
1958	693 804	326 828	659 284	41 768	54 456	38 327	3 561 082	2 120 390	59 711
1959	704 261	326 025	668 201	46 379	54 673	29 340	3 580 953	2 015 998	55 093
1960	733 861	334 569	711 296	51 875	53 300	22 758	3 505 913	2 041 002	50 570
1961	762 585	336 943	768 690	58 408	52 871	17 415	3 574 840	3 234 504	45 293
1962	737 215	326 679	705 504	50 503	49 950	12 575	3 587 583	3 251 938	40 108
1963	718 312	311 980	711 679	55 958	50 003	8 879	3 789 759	3 404 778	35 482
1964	704 559	302 324	747 276	55 337	47 323	6 400	3 986 618	3 513 347	30 926
1965	739 233	298 432	721 814	55 643	41 312	4 582	4 289 860	3 638 838	27 142
1966	759 748	298 190	738 908	61 577	44 529	3 439	4 716 995	3 956 837	23 643
1967	760 705	296 936	821 951	68 109	46 571	2 810	4 946 713	4 165 706	21 330
1968	755 331	293 783	786 885	64 559	47 269	2 136	5 018 379	4 309 837	19 508
1969	753 702	288 452	757 932	70 238	49 401	1 735	5 161 643	4 330 057	17 581
1970	725 734	265 755	827 395	76 533	55 198	1 432	5 075 975	4 011 888	16 642
1971	685 616	252 398	741 454	68 849	61 744	1 312	5 095 953	4 000 511	16 547
1972	678 039	250 933	743 565	69 548	62 822	1 112	4 937 964	3 837 334	16 829
1973	693 164	250 365	737 213	70 833	75 278	1 238	4 595 194	3 615 639	17 981
1974	685 706	242 132	712 597	69 588	75 226	.	4 509 457	3 383 951	19 368
1975	674 790	238 689	677 019	72 904	77 649	.	4 295 803	3 169 664	20 239
1976	653 996	232 831	683 137	74 676	82 997	.	4 312 502	2 930 531	20 990
1977	672 289	237 281	699 199	79 112	89 083	1 499	4 242 525	2 347 252	21 608
1978	682 292	238 423	729 319	80 747	85 578	.	3 755 677	2 083 670	21 525
1979	678 215	235 806	687 333	78 509	87 614	.	3 626 645	1 995 057	21 836
1980	672 930	234 610	695 202	77 934	99 706	.	3 520 323	2 006 802	21 290
1981	654 784	228 359	646 433	74 616	88 748	.	3 319 078	1 944 431	21 818
1982	638 387	227 983	658 352	75 203	95 007	.	3 290 640	1 918 178	20 946
1983	638 156	230 306	676 994	76 079	92 279	.	3 298 731	1 802 085	19 455
1984	637 259	227 428	639 542	75 097	99 719	.	3 297 145	1 812 095	19 135
1985	631 833	219 960	666 891	79 626	101 207	.	2 858 082	1 793 022	.
1986	604 321	216 081	639 312	76 075	113 124	.	2 870 106	1 687 914	19 927
1987	578 933	201 649	592 034	68 135	117 879	.	.	.	.
1988	564 311	198 871	544 654	60 296	125 254	.	3 106 631	1 441 550	20 946
1989	551 655	191 809	533 277	59 989	132 427	.	.	.	.

<sup>1</sup> Erhebungsstichtag 1950–1997: Dezember; Erhebungsstichtag 1998: November; Erhebungsstichtag 1999–2009: Mai; Erhebungsstichtag 2010: März; Erhebungsstichtag 2011: November. – <sup>2</sup> Vergleichbarkeit zwischen den Jahren aufgrund geänderter unterer Erfassungsgrenzen eingeschränkt (siehe Grundlagen der Erhebungen).

Tabelle 20 (Seite 2)

Viehbestände<sup>1</sup> 1950–2011 nach Nutzungskategorien

Jahr <sup>1,2</sup>	Rinder		Schweine		Schafe	Ziegen	Hühner		Einhufer
	insgesamt	darunter	insgesamt	darunter			insgesamt	darunter	
		Milchkühe		Zuchtsauen				Legehennen	
Tiere									
1990	542 268	180 420	509 562	58 607	144 180	.	2 861 573	1 343 471	21 264
1991	520 200	166 096	488 209	55 996	139 942	.	.	.	.
1992	497 253	155 398	485 946	56 847	141 926	.	2 669 441	1 186 332	24 247
1993	491 011	154 610	465 705	51 377	138 248	.	.	.	.
1994	488 061	150 866	435 270	45 496	137 032	.	2 125 578	1 059 440	27 712
1995	489 450	148 500	396 831	41 973	138 498	.	.	.	.
1996	487 366	148 461	396 519	40 605	132 377	.	1 837 704	1 094 730	29 857
1997	470 255	141 953	399 736	41 625	126 657	.	.	.	.
1998	456 637	136 019	418 876	41 908	.	.	.	.	.
1999	457 228	136 392	379 274	38 574	144 943	.	1 798 739	916 455	22 011
2000	451 282	130 451	374 698	35 951	142 595	.	.	.	.
2001	446 182	131 903	361 945	34 029	138 178	.	1 706 150	843 043	23 920
2002	433 652	130 012	355 436	32 280	127 236	.	.	.	.
2003	410 455	126 587	340 809	30 948	130 156	.	1 642 579	723 753	23 371
2004	397 443	125 179	324 047	28 895	128 777	.	.	.	.
2005	389 677	122 377	315 942	28 172	121 886	.	1 552 530	612 774	23 817
2006	383 749	118 067	301 323	27 848	112 946	.	.	.	.
2007	382 801	117 284	297 589	26 589	114 646	.	1 648 446	656 450	25 179
2008	391 580	119 265	285 740	25 009	107 951	.	.	.	.
2009	384 051	118 398	268 536	21 875	100 900	.	.	.	.
2010	368 880	118 501	258 166	21 228	89 229	5 145	1 519 812	749 804	19 639
2011 <sup>f</sup>	363 100	117 800	242 500	16 800	70 900	.	.	.	.

<sup>1</sup> Erhebungsstichtag 1950–1997: Dezember; Erhebungsstichtag 1998: November; Erhebungsstichtag 1999–2009: Mai; Erhebungsstichtag 2010: März; Erhebungsstichtag 2011: November. – <sup>2</sup> Vergleichbarkeit zwischen den Jahren aufgrund geänderter unterer Erfassungsgrenzen eingeschränkt (siehe Grundlagen der Erhebungen). – <sup>3</sup> Stichprobenerhebung; Ergebnis auf volle 100 gerundet.

Tabelle 21 Viehhalter und -bestände<sup>1</sup> 1970–2010

Viehhalter Viehart	1970	1980	1990	1999	2007	2010
Einhufer <sup>2</sup>						
Haltungen Einhufer	10 679	6 852	5 198	3 848	3 598	2 242
Einhufer insgesamt	16 642	21 290	21 264	22 011	25 179	19 639
Einhufer je Halter	16	3,1	4,1	5,7	7,0	8,8
Rinder <sup>3</sup>						
Haltungen Rinder insgesamt	60 882	29 658	16 087	9 039	6 096	6 282
Haltungen Milchkühe	52 382	22 805	10 551	4 291	2 727	2 562
Rinder insgesamt	725 734	672 930	542 268	457 228	382 801	377 142
Rinder je Halter	11,9	22,7	33,7	50,6	62,8	60,0
unter 1 Jahr	249 096	227 030	165 632	126 771	106 163	100 291
1–2 Jahre						
männlich	70 487	64 674	45 423	28 122	21 755	21 260
weiblich zum Schlachten	90 929	19 201	13 387	10 872	8 298	3 766
weibliche Nutz- und Zuchttiere		74 710	65 654	59 467	51 509	55 762
2 Jahre und älter						
männlich	12 832	6 012	5 073	7 063	4 885	6 068
Färsen zum Schlachten	29 801	4 898	5 494	1 906	1 281	916
Färsen als Nutz- und Zuchttiere		29 880	33 018	31 887	24 250	26 774
Milchkühe	265 755	234 610	180 420	136 392	117 284	118 230
Sonstige Kühe <sup>4</sup>	6 834	119 15	28 167	54 748	47 376	44 075
Schweine						
Schweinehalter	76 745	30 346	13 299	4 253	1 795	X
Mastschweinehalter	.	21 277	9 575	2 785	1 279	X
Zuchtsauenhalter	.	6 552	2 791	1 161	505	X
Schweine insgesamt	827 395	695 202	509 562	379 274	297 589	243 435
Schweine je Halter	10,8	22,9	38,3	89,2	165,8	X
Ferkel	213 948	195 741	152 891	123 934	76 127	66 379
Jungschweine bis unter 50 kg Lebendgewicht	413 208	174 612	106 609	76 535	74 463	52 970
Mastschweine zusammen <sup>5</sup>	121 198	243 156	188 607	138 662	119 784	104 415
Zuchtsauen zusammen (50 kg und mehr Lebendgewicht)	76 533	77 934	58 607	38 574	26 589	19 275
Eber	2 508	3 759	2 848	1 569	626	397
Schafe						
Schafhalter	2 390	4 140	3 942	1 838	1 344	966
Schafe insgesamt	55 198	99 706	144 180	144 943	114 646	89 229
Schafe je Halter	23	24	37	79	85	92
weiblich zur Zucht 1 Jahr und älter	31 306	69 675	104 680	95 494	70 472	59 303
Geflügel						
Hühnerhalter	97 020	24 920	12 000	4 476	2 509	1 599
Legehennenhalter	.	23 753	11 550	4 328	2 405	1 565
Hühner insgesamt	5 075 975	3 520 323	2 861 573	1 798 739	1 648 446	1 519 812
Hühner je Halter	52,3	141,3	238,5	401,9	657,0	950,5
Legehennen 1/2 Jahr und älter	4 011 888	2 006 802	1 343 471	916 455	656 450	749 804
Gänse	8 495	8 015	13 884	5 652	3 198	2 480
Enten	28 785	13 882	11 933	3 071	1 619	1 282
Truthühner	6 566	7 709	11 082	17 887	21 491	19 620

<sup>1</sup>Vergleichbarkeit aufgrund unterschiedlicher Erhebungsgrenzen und Erhebungsstichtage eingeschränkt; bis 1996 Viehzählung im Dezember, ab 1999 Viehzählung im Mai, 2010 Viehzählung im März. – <sup>2</sup>Bis 2007 Pferde. – <sup>3</sup>Ab 2008 Auswertung aus HI-Tier. – <sup>4</sup>Ammen- und Mutterkühe, Schlacht- und Mastkühe. –

Tabelle 22 Landwirtschaftliche Betriebe 2011 nach Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche und Ländern

Land	Insgesamt	Davon mit einer landwirtschaftlich genutzten Fläche von ... bis unter ... ha						
		unter 5	5–10	10–20	20–50	50–100	100–200	200 und mehr
Betriebe (Anzahl in 1000)								
Baden-Württemberg	43,4	7,6	7,2	9,1	10,2	6,2	2,6	.
Bayern	96,3	4,3	16,9	26,8	30,2	14,0	3,6	0,5
Brandenburg	5,5	0,4	0,7	0,8	0,9	0,5	0,6	16
Hessen	17,7	10	3,2	4,0	4,6	3,0	16	0,4
Mecklenburg-Vorpommern	4,6	0,3	0,5	0,6	0,6	0,4	0,5	17
Niedersachsen	415	2,4	5,1	6,1	9,2	11,2	5,9	16
Nordrhein-Westfalen	34,8	2,6	4,8	6,6	10,2	7,8	2,5	0,4
Rheinland-Pfalz	20,0	5,2	3,3	3,6	3,4	2,5	17	0,4
Saarland	13	0,1	0,2	0,2	0,3	0,2	0,2	0,1
Sachsen	6,1	0,7	12	11	10	0,6	0,6	0,9
Sachsen-Anhalt	4,2	0,3	0,4	0,4	0,6	0,5	0,5	16
Schleswig-Holstein	13,9	0,9	18	17	2,6	3,7	2,4	0,8
Thüringen	3,6	0,4	0,6	0,7	0,5	0,3	0,3	0,7
Stadtstaaten	.	.	.	.	.	.	.	.
Deutschland <sup>1</sup>	293,9	26,6	45,8	619	74,3	511	23,1	110
Landwirtschaftlich genutzte Fläche (1000 ha)								
Baden-Württemberg	1417,6	13,3	53,0	134,2	337,0	437,0	340,9	.
Bayern	3 143,3	10,1	123,7	414,5	997,6	954,1	476,5	166,8
Brandenburg	1319,4	0,6	5,2	11,3	28,6	39,1	85,4	1149,3
Hessen	768,1	2,1	23,4	59,5	151,2	216,7	212,1	103,1
Mecklenburg-Vorpommern	1342,7	0,6	3,4	8,2	20,9	29,9	76,7	1203,1
Niedersachsen	2 599,5	4,5	36,1	91,6	316,2	800,1	793,4	503,8
Nordrhein-Westfalen	1458,9	5,3	34,8	97,0	340,5	540,6	325,6	115,2
Rheinland-Pfalz	703,0	10,9	23,9	52,9	111,2	178,3	227,0	98,8
Saarland	77,7	0,2	.	3,5	8,1	16,3	31,7	.
Sachsen	909,3	1,3	8,5	16,2	31,4	45,1	80,8	726,1
Sachsen-Anhalt	1173,7	0,4	2,7	6,2	18,9	32,5	75,3	1037,5
Schleswig-Holstein	999,1	2,5	12,8	24,6	87,0	276,2	332,5	244,9
Thüringen	784,1	0,6	4,3	9,8	15,8	19,9	49,5	684,1
Stadtstaaten	.	.	.	.	.	.	.	.
Deutschland <sup>1</sup>	16 721,3	53,2	333,9	931,4	2 469,4	3 592,7	3 113,0	6 227,8

<sup>1</sup>Einschließlich Berlin, Bremen und Hamburg.

Tabelle 23 Landwirtschaftliche Betriebe 2010 nach sozialökonomischen Betriebstypen und Ländern

Land	Betriebe der Rechtsform Einzelunternehmen		Davon					
			Haupterwerbsbetriebe			Nebenerwerbsbetriebe		
	Betriebe	LF	Betriebe		LF	Betriebe		LF
	Anzahl	ha	Anzahl	%	ha	Anzahl	%	ha
Baden-Württemberg	40 469	1 186 360	15 189	37,5	760 101	25 280	62,5	426 259
Bayern	93 337	2 808 988	47 852	51,3	2 000 060	45 485	48,7	808 928
Brandenburg	3 932	323 765	1 590	40,4	247 970	2 342	59,6	75 795
Hessen	16 514	650 962	5 227	31,7	384 872	11 287	68,3	266 090
Mecklenburg-Vorpommern	3 091	397 891	1 419	45,9	323 797	1 672	54,1	74 094
Niedersachsen	37 607	2 119 277	23 435	62,3	1 852 010	14 172	37,7	267 267
Nordrhein-Westfalen	33 752	1 323 444	18 133	53,7	986 699	15 619	46,3	336 745
Rheinland-Pfalz	18 539	586 689	8 665	46,7	412 753	9 874	53,3	173 936
Saarland	1 227	70 867	435	35,5	44 755	792	64,5	26 113
Sachsen	5 162	267 897	1 972	38,2	199 005	3 190	61,8	68 892
Sachsen-Anhalt	2 800	324 997	1 413	50,5	267 825	1 387	49,5	57 172
Schleswig-Holstein	13 020	855 181	8 406	64,6	717 202	4 614	35,4	137 979
Thüringen	2 738	149 199	1 139	41,6	126 389	1 599	58,4	22 810
Stadtstaaten	842	19 197	537	64	13 726	305	36	5 471
Deutschland	273 030	11 084 714	135 412	49,6	8 337 162	137 618	50,4	2 747 552



Tabelle 24 Landwirtschaftliche Betriebe 2010 nach betriebswirtschaftlicher Ausrichtung und Ländern

Land	Insgesamt	Davon							
		Ackerbau	Gartenbau	Dauer- kulturen	Futterbau (Weide-vieh)	Veredlung	Pflanzen- bau- verbund	Vieh- haltungs- verbund	Pflanzen- bau-/ Vieh-haltung
Land	Anzahl								
Baden-Württemberg	44 512	8 894	1210	9 257	16 114	1997	1357	1412	4 271
Bayern	97 873	26 069	1141	2 218	52 177	4 023	807	2 391	9 047
Brandenburg	5 566	1693	217	137	2 219	186	66	152	896
Hessen	17 805	5 101	427	679	6 955	531	201	905	3 006
Mecklenburg-Vorpommern	4 725	1923	81	58	1693	206	26	77	661
Niedersachsen	41 730	10 145	1095	786	17 403	5 400	212	2 458	4 231
Nordrhein-Westfalen	35 750	7 917	1947	404	13 455	5 611	313	2 369	3 734
Rheinland-Pfalz	20 564	3 639	465	9 194	4 996	207	600	131	1 332
Saarland	1319	260	66	39	720	13	17	31	173
Sachsen	6 287	1 777	395	151	2 668	120	59	180	937
Sachsen-Anhalt	4 219	1 994	111	140	1 034	188	38	84	630
Schleswig-Holstein	14 123	2 746	507	149	8 482	712	86	255	1 186
Thüringen	3 658	1 049	161	57	1 629	91	28	142	501
Stadtstaaten	1 003	93	435	128	283	-	20	2	42
Deutschland	299 134	73 300	8 258	23 397	129 828	19 285	3 830	10 589	30 647

Tabelle 25 Ökologisch wirtschaftende Betriebe 2010 nach ausgewählten Merkmalen und Ländern

Land	Betriebe	Anteil an Betrieben insgesamt	LF	Durchschnittliche Betriebsgröße	Anteil an den Flächen insgesamt			Vieh haltende Betriebe	Anteil an Vieh haltenden Betrieben insgesamt
					LF	Ackerland	Dauergrünland		
	Anzahl	%	ha	%			Anzahl	%	
Baden-Württemberg	3 042	6,8	112 165	36,9	8,0	5,3	12,5	1 970	7,0
Bayern	5 732	5,9	194 065	33,9	6,2	4,4	9,5	4 343	5,7
Brandenburg	690	12,4	140 795	204,1	10,6	8,7	16,8	505	12,7
Hessen	1 527	8,6	72 697	47,6	9,5	4,9	16,6	1 326	9,8
Mecklenburg-Vorpommern	712	15,1	117 826	165,5	8,7	4,2	27,4	597	19,4
Niedersachsen	1 183	2,8	78 495	66,4	3,0	1,8	5,4	893	2,7
Nordrhein-Westfalen	1 304	3,6	54 500	41,8	3,7	1,7	8,8	1 141	4,1
Rheinland-Pfalz	830	4,0	37 950	45,7	5,4	3,0	9,4	391	4,9
Saarland	117	8,9	8 495	72,6	10,9	6,5	14,6	98	9,5
Sachsen	389	6,2	37 973	97,6	4,2	3,4	7,0	283	6,0
Sachsen-Anhalt	302	7,2	49 625	164,3	4,2	3,2	9,7	184	7,5
Schleswig-Holstein	442	3,1	35 179	79,6	3,5	3,0	4,6	365	3,2
Thüringen	217	5,9	39 023	179,8	5,0	3,2	10,8	162	5,9
Stadtstaaten	45	4,5	2 061	45,8	8,3	5,5	9,6	24	6,3
Deutschland	16 532	5,5	980 851	59,3	5,9	3,9	10,7	12 282	5,7

Tabelle 26 Bodennutzung 2011 nach ausgewählten Kulturarten und Ländern

Land	LF ins- gesamt	Darunter									
		Ackerland		Dauergrünland		Rebfläche		Obstanlagen		Baumschulen	
		1000 ha	%	1000 ha	%	1000 ha	%	1000 ha	%	1000 ha	%
Baden-Württemberg	1417,6	8316	58,7	535,7	37,8	24,0	1,7	21,7	1,5	1,7	0,1
Bayern	3 143,3	2 063,3	65,6	1065,5	33,9	5,4	0,2	5,3	0,2	1,6	0,1
Brandenburg	1319,4	1029,3	78,0	285,2	21,6	0,0	0,0	3,0	0,2	1,4	0,1
Hessen	768,1	479,3	62,4	282,3	36,8	3,5	0,5	1,8	0,2	0,4	0,1
Mecklenburg-Vorpommern	1342,7	1078,4	80,3	261,2	19,5	0,0	0,0	2,4	0,2	0,3	0,0
Niedersachsen	2 599,5	1877,7	72,2	702,2	27,0	-	-	11,4	0,4	5,2	0,2
Nordrhein-Westfalen	1458,7	1060,6	72,7	385,2	26,4	0,0	0,0	3,9	0,3	3,9	0,3
Rheinland-Pfalz	703,0	401,6	57,1	230,7	32,8	63,3	9,0	5,2	0,7	0,8	0,1
Saarland	77,7	37,1	47,7	40,2	51,7	0,1	0,1	0,2	0,3	0,1	0,1
Sachsen	909,3	719,5	79,1	184,5	20,3	0,3	0,0	3,9	0,4	0,6	0,1
Sachsen-Anhalt	1173,7	1002,0	85,4	168,7	14,4	0,6	0,1	2,0	0,2	0,2	0,0
Schleswig-Holstein	999,1	673,4	67,4	318,8	31,9	/	/	1,0	0,1	3,9	0,4
Thüringen	784,1	611,6	78,0	169,6	21,6	0,1	0,0	2,3	0,3	0,2	0,0
Stadtstaaten	24,8	8,7	35,1	14,0	56,6	.	.	1,5	6,0	0,4	1,6
Deutschland	16 721,3	11874,1	71,0	4 644,0	27,8	97,4	0,6	65,6	0,4	20,7	0,1

Tabelle 27: Verteilung der ELER-Mittel (in tausend Euro) - 30 % der ELER-Mittel für Bereiche Klimawandel über Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen, ökologischen Landbau, Zahlungen in benachteiligten Gebieten, Ausgleichszahlungen für Natura2000 und WRRL sowie Forstmaßnahmen durch Vorwegabzug pro ha LF, Anwendung der Verteilungsschlüssel EU-Förderperiode 2007 – 2013 mit 60 % Sicherheitsnetz für die ehemaligen Konvergenzregionen (einschl. Region Lüneburg/Niedersachsen) und Mindestausstattung von 50 €/ha LF

Verteilung 2007-13 einschl. Konvergenzmittel			Verteilung nach Nicht-konvergenzschlüssel	30 % - der Mittel auf Vorweg auf die LF		30 % nach LF und Berücksichtigung Sicherheitsnetzes in Höhe von 60 % für die Konvergenzgebiete der EU-Förderperiode 2007-13						Zusätzlich Mindestausstattung von min. 50 €/ha LF					
Land	in 1.000 Euro	%		in 1.000 Euro	LF-Anteil	Absolut in 1.000 Euro	%	in 1.000 Euro	Gesamtsumme in 1.000 Euro	Differenz	Diff. in %	Euro/ha LF/a	Zu-/Abschlag pro Hektar	Zu-/Abschlag insgesamt	Gesamtsumme in 1.000 Euro	Differenz	Diff. in %
1	2	3	4	5	6	7	8	9	11	12	13	14	15	16	17	18	19
BW	676.150	7,472	949.142	8,45	209.198	8,69	501.860	<b>711.058</b>	34.908	5%	72,04	0,00	0,00	<b>711.058</b>	34.908	5%	72
BY	1.412.575	15,609	1.982.895	18,80	465.408	18,16	1.048.458	<b>1.513.867</b>	101.292	7%	68,94	0,00	0,00	<b>1.513.867</b>	101.292	7%	69
BB / BE	1.139.633	12,593	594.669	7,94	196.718	10,97	633.296	<b>830.014</b>	-309.619	-27%	89,43	-0,38	-5.031,61	<b>824.982</b>	-314.651	-28%	89
HE	250.864	2,772	352.149	4,59	113.715	3,22	186.199	<b>299.914</b>	49.050	20%	55,90	0,00	0,00	<b>299.914</b>	49.050	20%	56
MV	975.077	10,775	481.921	8,09	200.428	9,28	536.167	<b>736.595</b>	-238.482	-24%	77,90	-0,38	-5.126,52	<b>731.468</b>	-243.609	-25%	77
NI / HB	975.003	10,774	1.089.844	15,44	382.348	11,51	664.710	<b>1.047.057</b>	72.054	7%	58,04	0,00	0,00	<b>1.047.057</b>	72.054	7%	58
NW	369.083	4,078	518.098	8,77	217.076	4,74	273.945	<b>491.021</b>	121.938	33%	47,94	2,06	21.059,44	<b>512.080</b>	142.997	39%	50
RP	275.472	3,044	386.692	4,22	104.633	3,54	204.464	<b>309.097</b>	33.625	12%	62,61	0,00	0,00	<b>309.097</b>	33.625	12%	63
SL	31.191	0,345	43.784	0,46	11.555	0,40	23.151	<b>34.706</b>	3.515	11%	63,66	0,00	0,00	<b>34.706</b>	3.515	11%	64
SN	990.845	10,949	563.378	5,47	135.422	9,70	560.417	<b>695.839</b>	-295.006	-30%	108,91	-0,38	-3.463,80	<b>692.375</b>	-298.470	-30%	108
ST	903.908	9,988	447.020	7,03	174.049	8,61	497.091	<b>671.139</b>	-232.769	-26%	81,73	-0,38	-4.451,79	<b>666.687</b>	-237.221	-26%	81
SH	302.176	3,339	424.178	5,96	147.721	3,88	224.285	<b>372.006</b>	69.830	23%	53,38	0,00	0,00	<b>372.006</b>	69.830	23%	53
TH	747.576	8,261	416.229	4,71	116.731	7,29	420.957	<b>537.688</b>	-209.888	-28%	97,63	-0,38	-2.985,72	<b>534.702</b>	-212.874	-28%	97
Summe	9.049.553	100,00	8.250.000	100,00	2.475.000	100,00	5.775.000	<b>8.250.000</b>	-799.553	-9%	70,65		0,00	<b>8.250.000</b>	-799.553	-9%	71

## 5.2 Literatur- und Quellenverzeichnis

BMELV, Buchführungsergebnisse, verschiedene Jg., bis 2011/12.

BMELV, Die wirtschaftliche Lage der landwirtschaftlichen Betriebe 2011/12.

DEHOGA Rheinland-Pfalz

DLG-Studie 2011 „Regionalität aus Verbrauchersicht“, zu finden unter [www.dlg.org/39.html?detail/dlg.org/4/1/4479](http://www.dlg.org/39.html?detail/dlg.org/4/1/4479)

DLR Rheinhessen-Nahe-Hunsrück, Biodiversität – Förderung historischer Nutzpflanzen ([http://www.dlr-rnh.rlp.de/Internet/global/inetcntr.nsf/dlr\\_web\\_full.xsp?src=l7VE2YZS25&p1=6G7VS39051&p3=AXC0512M40&p4=088Q69VJ5P](http://www.dlr-rnh.rlp.de/Internet/global/inetcntr.nsf/dlr_web_full.xsp?src=l7VE2YZS25&p1=6G7VS39051&p3=AXC0512M40&p4=088Q69VJ5P))

Emnid-Umfrage 2011, im Auftrag des BMELV, zu finden unter [www.bmelv.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/2012/24-AI-Regionalkennzeichnung.html](http://www.bmelv.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/2012/24-AI-Regionalkennzeichnung.html)

Forsa-Umfrage im Auftrag der Techniker Krankenkasse, 2013 „Iss was, Deutschland?“

Handwerkskammern in Rheinland-Pfalz ([www.handwerk-rlp.de](http://www.handwerk-rlp.de))

Landwirtschaftskammer Rheinland-Pfalz, 03.06.2013

Nestlé-Studie 2011 „So is(s)t Deutschland“, zu finden unter [www.nestle.de/Unternehmen/Nestle-Studie/Nestle-Studie-2011/Documents/Nestle\\_Studie\\_2011\\_Zusammenfassung.pdf](http://www.nestle.de/Unternehmen/Nestle-Studie/Nestle-Studie-2011/Documents/Nestle_Studie_2011_Zusammenfassung.pdf)

Öko-Test, Heft 9/11, S. 14 ff. „Der große Schwindel: Regionalität in Lebensmitteln“ Bericht 2012 der Nationalen Klimaberichterstattung

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Statistisches Landesamt, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen





Rheinland-Pfalz

MINISTERIUM FÜR  
UMWELT, LANDWIRTSCHAFT,  
ERNÄHRUNG, WEINBAU  
UND FORSTEN

Kaiser-Friedrich-Str. 1  
55116 Mainz

[Poststelle@mulewf.rlp.de](mailto:Poststelle@mulewf.rlp.de)  
[www.mulewf.rlp.de](http://www.mulewf.rlp.de)